Stadt Leipzig
Der Oberbürgermeister

VIELFALT LEBEN

GESAMTKONZEPT ZUR INTEGRATION der Migrantinnen und Migranten

FORTSCHREIBUNG

VIEL
FALT
LEBEN

INHALT

04 VORWORT

06 ZUSAMMENFASSUNG

08 EINLEITUNG

12 HINWEISE ZUR NUTZUNG

14 BILDUNG UND ERZIEHUNG

22 AUSBILDUNG, QUALIFIZIERUNG UND BESCHÄFTIGUNG

32 GESUNDHEITSVERSORGUNG UND GESUNDHEITSFÖRDERUNG

40 SOZIALRÄUMLICHE INTEGRATION

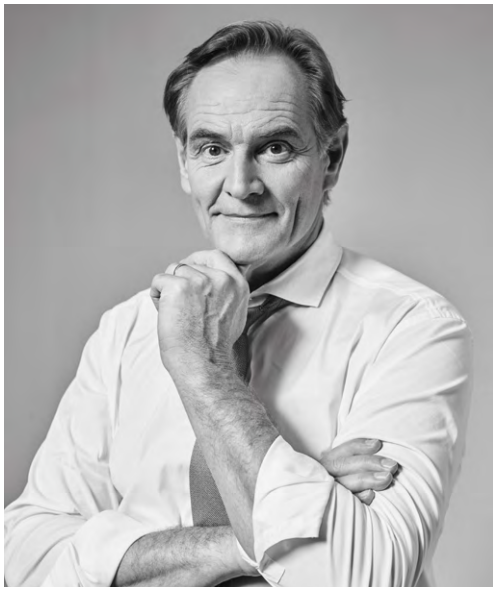
48 INTERKULTURELLER UND INTERRELIGIÖSER DIALOG

52 INTERKULTURELLE ORIENTIERUNG UND ÖFFNUNG

62 POLITISCHE TEILHABE

66 BEKÄMPFUNG VON DISKRIMINIERUNG UND RASSISMUS

72 ANHANG



Vorwort

Liebe Leipzigerinnen, liebe Leipziger,

ich freue mich sehr, Ihnen das Gesamtkonzept zur Integration von Migrantinnen und Migranten in Leipzig präsentieren zu können. Sie halten die aktuelle Fortschreibung in den Händen, die der Stadtrat im Januar 2020 beschlossen hat. Vielen Dank für Ihr Interesse!

Als Handels- und Messestadt hat unsere Stadt eine lange und stolze Tradition der internationalen Vernetzung. In jüngerer Zeit bot sie außerdem verstärkt Schutzsuchenden eine neue Heimat. Leipzig hat schon immer von der Vielfalt der Menschen mit verschiedensten Herkünften und kulturellen Prägungen profitiert. Diese Vielfalt gilt es wahrzunehmen, wertzuschätzen und zu unser aller Wohl zu nutzen.

Eine gleichberechtigte Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen in allen gesellschaftlichen Bereichen ist unser Ziel. Um das zu erreichen, sind wir alle gefragt: alteingesessene und zugewanderte Leipzigerinnen und Leipziger gleichermaßen. Schon jetzt tragen zahlreiche Personen, Gruppen und Institutionen, oft ehrenamtlich, umfangreiche Maßnahmen zur Unterstützung der Integration. Das wird im vorliegenden Konzept deutlich, auch wenn es sich „nur" auf einen Ausschnitt dieser Aktivitäten konzentriert: auf die Arbeit der Stadtverwaltung und die Handlungsbereiche, die kommunal beeinflussbar sind.

Der Inhalt dieser Broschüre ist das Ergebnis einer breit angelegten Zusammenarbeit. Den Vertreterinnen und Vertretern aus Stadtrat und Verwaltung, dem Migrantenbeirat und den Aktiven aus der Integrationsarbeit danke ich herzlich für die inhaltlichen Impulse. Ich finde, die Arbeit hat sich gelohnt. Das vorliegende Gesamtkonzept hebt die Integrationsarbeit in Leipzig auf eine neue Stufe. Mein besonderer Dank gilt dem Referat für Migration und Integration, das die Erarbeitung koordiniert und mit seiner fachlichen Expertise gestaltet hat.

Integration ist ein Prozess. Maßnahmen zu seiner Unterstützung müssen daher regelmäßig überprüft und nachjustiert werden. Dies soll zukünftig alle zwei Jahre parallel zur Planung des städtischen Haushalts erfolgen. Ein Steuerungsgremium wird diesen Prozess überwachen und die strategische Ausrichtung der Integrationsarbeit in Leipzig dezernatsübergreifend abstimmen.

Mit dem vorliegenden Konzept sind wir gut gerüstet. Gehen wir offen aufeinander zu und gestalten Leipzig weiter gemeinsam – zu einer toleranten, zukunftsfähigen Stadt.

Burkhard Jung
Oberbürgermeister der Stadt Leipzig

Abb. 1: Handlungsfelder der Integration in Leipzig

Zusammenfassung

Seit der Verabschiedung des ersten Gesamtkonzepts zur Integration der Migrantinnen und Migranten in Leipzig im Dezember 2012 haben sich die gesetzlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die Integration von Zugewanderten verändert. Um den neuen Gegebenheiten gerecht zu werden, wurden im Rahmen von Akteursworkshops die Handlungsbedarfe aktualisiert und das Konzept als Handlungsleitfaden für die Stadtverwaltung erstellt.
Der Anteil der Leipziger/-innen, die einen Migrationshintergrund haben, ist seit Ende 2012 um über 5 % auf nunmehr 14,7 % angestiegen. Damit nimmt Leipzig innerhalb Sachsens die Spitzenposition ein. Nach Leipzig ziehen immer mehr EU-Bürger/-innen zu. Außerdem stellte die Ankunft vieler Geflüchteter in den Jahren 2015 und 2016 die Stadtverwaltung vor große Herausforderungen. Nachdem deren Unterbringung und Erstintegration mit der Unterstützung von Bund und Land erfolgreich gemeistert sind, stehen nun Fragen der nachhaltigen Integration im Vordergrund.
Die Verwaltung ist gefordert, den uneingeschränkten Zugang aller Einwohner/-innen zu den kommunalen Angeboten und Dienstleistungen zu gewährleisten und sich noch stärker auf die unterschiedlichen Bedarfslagen der Migrant/-innen einzustellen. Integration ist ein langfristiger Prozess. Maßnahmen zu seiner Unterstützung müssen – unter Berücksichtigung der sehr heterogenen Situation und Bedarfe der verschiedenen Migrant/-innengruppen – immer wieder angepasst, nachjustiert und überprüft werden. Vor diesem Hintergrund werden die im Konzept enthaltenen Maßnahmen mit jeder Haushaltsplanung fortgeschrieben, ergänzt und aktualisiert.

01 Bildung und Erziehung

Der Anteil der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund an allen Kindern der gleichen Altersgruppe liegt schon seit Jahren signifikant über dem alle Altersgruppen umfassenden Durchschnittswert. Der kompetente Umgang mit Heterogenität in den Bildungseinrichtungen schafft die Voraussetzungen für Chancengerechtigkeit und Bildungserfolg. Darüber hinaus ist Bildung ein lebensbegleitender Prozess, der neben der formalen schulischen Bildung auch informelle und non-formale Bildungsprozesse einschließt. Die Zugänge zu den Bildungsangeboten müssen allen offenstehen.

02 Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung

Die Arbeitsmarktintegration von Migrant/-innen wird durch strukturelle und individuelle Faktoren bestimmt. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen – Aufenthaltstitel, Recht auf Erwerbstätigkeit bzw. Beschäftigung, Zugang zu den Leistungen der Arbeitsförderung und beschäftigungspolitischen Maßnahmen, Möglichkeiten der Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen, Zugang zu und Finanzierung von Maßnahmen zu ihrer (Teil-) Anerkennung – bestimmen, ob und in welchem Maße ein Zugang zum Arbeitsmarkt eröffnet oder verhindert wird und welche Qualität der arbeitsmarktlichen Integration erreicht werden kann. Zusammen mit den persönlichen Voraussetzungen führt diese Vielzahl der die Integration in Arbeit beeinflussenden Faktoren in der Praxis zu einem hohen individuellen Beratungs- und Unterstützungsbedarf. Gleichzeitig gilt es, die Maßnahmen und Angebote der arbeitsmarktlichen Integration gut aufeinander abzustimmen.

03 Gesundheitsversorgung und Gesundheitsförderung

Die Zusammenhänge und Wechselbeziehungen zwischen Migration und Gesundheit sind vielfältig. Die Migration selbst, die Bedingungen unter denen sie stattfand sowie die Lebenssituation im Aufnahmeland haben Auswirkungen auf die gesundheitliche Situation des Einzelnen und damit auch unmittelbar auf den Erfolg des Integrationsprozesses. Die Inanspruchnahme der Angebote der Gesundheitsförderung und -versorgung durch Migrantinnen und Migranten muss durch den Abbau von Zugangsbarrieren gefördert werden. Schwerpunkte sind die Verbesserung des Informationsflusses zu gesundheitsbezogenen Angeboten, die Überbrückung sprachlicher Hürden sowie die Berücksichtigung besonders vulnerabler Bedarfsgruppen wie Frauen, Kinder, LSBTTIQ-Personen und Menschen mit keinem oder eingeschränktem Zugang zu medizinischer und psychologischer Versorgung.

04 Sozialräumliche Integration

Die migrantische Bevölkerung ist sehr ungleich über das Stadtgebiet verteilt. Jeder Stadtteil hat seine Spezifik hinsichtlich Bevölkerungszusammensetzung, sozialer Infrastruktur und Akteurslandschaft. Für die Themen Migration und Integration gibt es in den Sozialräumen je nach konkretem Anliegen und fachlichem Bezug mehrere Ansprechpartner/-innen, die jeweils auf bestimmte Aufgaben und Zielgruppen spezialisiert sind und hauptamtlich, ehrenamtlich oder projektfinanziert arbeiten. Die Herausforderung liegt darin, die jeweils in den Sozialräumen vorhandenen spezifischen Bedarfe mit den passenden Angeboten zu vernetzen, Dopplungen zu vermeiden und Synergien durch die Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure, einschließlich der ehrenamtlich Engagierten, zu schaffen. Die kleinräumigen integrationsfördernden Aktivitäten müssen zudem mit den gesamtstädtischen und stadtteilbezogener Strategien und Programmen verzahnt und in ihrer Gesamtheit im Blick behalten werden.

05 Interkultureller und interreligiöser Dialog

Mit den steigenden Zuwandererzahlen ist sowohl das Interesse an den Themen Migration und Integration gewachsen als auch die Notwendigkeit, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Dazu dient u.a. der interkulturelle und interreligiöse Austausch, der auf verschiedenen Ebenen stattfindet: im Alltag, bei der Begegnung unterschiedlicher Menschen, beispielsweise in Vereinen, Kultureinrichtungen, Sportstätten darunter auch vielen kommunalen Einrichtungen wie den Leipziger Städtischen Bibliotheken, der Volkshochschule und den Offenen Freizeittreffs. Interkulturelles und Interreligiöses wird auch in einem formalen Rahmen – gemeint sind Veranstaltungen und feste Gremien des Dialogs – thematisiert. Die Migrantenorganisationen müssen in die Lage versetzt werden, an diesem Dialog gleichberechtigt teilzuhaben.

06 Interkulturelle Orientierung und Öffnung

Mit der vielfältiger werdenden Gesellschaft wächst die Bedeutung der interkulturellen Öffnung der Stadtverwaltung. Die sich verändernde Bevölkerungsstruktur mit einem wachsenden Anteil an Migrant/-innen spiegelt sich in Kundschaft und Zielgruppen des Verwaltungshandelns wider. Die Anforderungen an Personal und Strukturen steigen quantitativ und qualitativ. Die Angebote, Leistungen und Strukturen der Verwaltung sind immer wieder dahingehend zu überprüfen, ob sie Migrant/-innen entsprechend erreichen, inwiefern sie den Bedarfen der Migrantinnen und Migranten Rechnung tragen und müssen entsprechend angepasst werden.

07 Politische Teilhabe

Angesichts eines kontinuierlichen Anstiegs der Bevölkerung mit Migrationsbiografie ist die politische Vertretung der Interessen von Zuwander/-innen eine Frage der Demokratie. Integration kann nur gelingen, wenn Migrantinnen und Migranten und ihre Organisationen an den sie betreffenden Entscheidungen beteiligt werden. Eine angemessene politische Teilhabe erfordert eine rechtliche Gleichstellung, die insbesondere über die Einbürgerung zu erreichen ist, den Abbau von Zugangsbarrieren, die Vermittlung von Grundkenntnissen über das politische System sowie den Zugang von Migrant/-innen zu Informationen über vorhandene Mitwirkungsmöglichkeiten.

08 Bekämpfung von Diskriminierung und Rassismus

Eine gleichberechtigte Teilhabe aller Leipziger/-innen am gesellschaftlichen Leben kann auf Dauer nur gelingen, wenn allen Formen von Rassismus, von strukturellen und persönlichen, von direkten und indirekten Diskriminierungen entschieden entgegengetreten wird. Antidiskriminierungs-, Integrations- und Vielfaltspolitik müssen dabei Hand in Hand gehen.

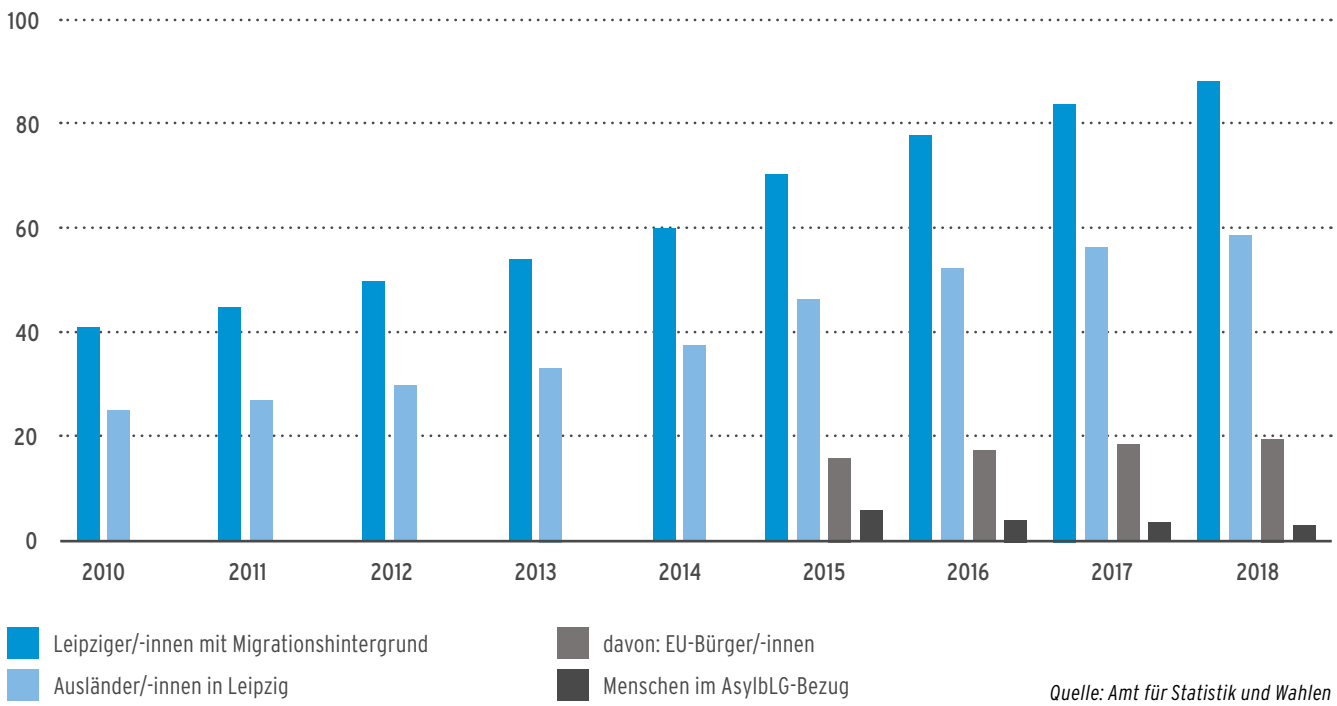
Einleitung

Leipzig wächst anhaltend – durch eine gestiegene Geburtenrate und einen positiven Wanderungssaldo. Die Gesamtbevölkerung nahm im Jahr 2018 um 6.180 Personen zu, davon hatten 4.483 Personen einen Migrationshintergrund – dies entspricht einem Anteil von 73%. Insgesamt hatten am Jahresende 2018 87.889 und damit 14,7% der Leipziger einen Migrationshintergrund.[1] Damit hat Leipzig im Vergleich zu deutschen Städten ähnlicher Größe einen relativ geringen Migrantenanteil, ist jedoch unter den Städten im Osten Deutschlands (Berlin ausgenommen) der Spitzenreiter.

Die Leipziger/-innen leben gern in ihrer Stadt. Dies trifft auch auf die Einwohner/-innen mit Migrationshintergrund zu. Die Migrantenbefragung 2016 hat gezeigt, dass 80 Prozent der Befragten (sehr) zufrieden mit ihrem Leben sind.[2] Dieser Wert übersteigt um zwei Prozentpunkte die Zufriedenheitswerte der eingesessenen Leipziger Bevölkerung.[3]

Die Themen Migration und Integration sind in den letzten Jahren, v.a. aufgrund der Ankunft vieler geflüchteter Menschen und den damit zu bewältigenden Herausforderungen, stärker in den Fokus gerückt. Nachdem die Unterbringung und die Erstintegration erfolgreich gemeistert sind, stehen jetzt Fragen der nachhaltigen Integration im Vordergrund. Damit ist auch das Verständnis für die Bedeutung einer nachhaltigen kommunalen Integrationspolitik gewachsen. Fast alle Handlungsbereiche der Stadtverwaltung haben Berührungspunkte zum Thema Migration und Integration. Ein Ausdruck für diese stärkere Gewichtung der genannten Themen ist die Einführung einer migrationspolitischen Stunde im Leipziger Stadtrat.[4] Wie aber funktioniert die Integration von Migrantinnen und Migranten in unserer Stadt? Was wird von Seiten der Verwaltung dafür getan, dass eine gleichberechtigte Teilhabe aller Bürger/-innen gelingt und der gesellschaftliche Zusammenhalt gewahrt bleibt? In welchem Bezug steht das Verwaltungshandeln zu den Aktivitäten der vielen weiteren Akteure auf dem Gebiet des interkulturellen Zusammenlebens? Was konnte in den letzten Jahren erreicht werden? Welche Herausforderungen stehen im Fokus der folgenden Umsetzungsphase? Darauf will das vorliegende Konzept eine Antwort geben.

Abb. 2: Leipziger/-innen mit Migrationshintergrund



Quelle: Amt für Statistik und Wahlen

Abb. 3: Abfolge der konzeptbezogenen Beschlüsse

2011	Leitlinien zur Integration (V-DS-722)
2012	Gesamtkonzept zur Integration der Migrantinnen und Migranten in Leipzig (RBV-1458/12)
2014	Umsetzungsbericht (V-DS-3943)
2016	Migrantinnen und Migranten in Leipzig 2015. Indikatorenbericht (VI-DS-02818), Migrantenbefragung 2016. Ergebnisbericht (VI-DS-03535)
2017	Sachstandsbericht zum Beschluss VI-A-02097 „Evaluierung und Fortbeschreibung des Gesamtkonzepts zur Integration der Migrantinnen und Migranten in Leipzig"
2017/18	Workshopphase
2019	erster Textentwurf und verwaltungsinterne Diskussion

Seit der Verabschiedung der Leitlinien 2011 und des ersten Gesamtkonzepts zur Integration der Migrantinnen und Migranten in Leipzig 2012 sind einige Jahre vergangen. In diesem Zeitraum sind mehrere Dokumente veröffentlicht worden, die den Stand der Umsetzung dieses Konzepts (Umsetzungsbericht 2014, V-DS-3943), statistische Daten (Migrantinnen und Migranten in Leipzig 2015. Indikatorenbericht), die Lebenssituation der Migrant/-innen in Leipzig (Migrantenbefragung 2016) als auch das Verwaltungshandeln (Sachstandsbericht zum Beschluss VI-A-02097 „Evaluierung und Fortschreibung des Gesamtkonzepts zur Integration der Migrantinnen und Migranten in Leipzig" 2017) in den Blick genommen haben.

Die nun vorliegende Fortschreibung ist eine Antwort auf die gegenwärtige demografische Entwicklung und sich immer wieder verändernder Rahmenbedingungen für die Integration und ist als ressortübergreifender Handlungsleitfaden der Stadt Leipzig zu verstehen. Parallel zur Beschlussfassung im Stadtrat und der Veröffentlichung dieses Konzepts wird ein aktualisierter Indikatorenbericht erscheinen, der ergänzendes statistisches Material zum Stand der Integration von Migrantinnen und Migranten in Leipzig bereithält.

Die Förderung einer gleichberechtigten Teilhabe und die Sicherung der Chancengerechtigkeit für alle Bewohner unserer Stadt sind eine gesamtstädtische Aufgabe und finden sich als Querschnittsthema *Inklusion und Chancengerechtigkeit* auch im Integrierten Stadtentwicklungskonzept Leipzig 2030 (INSEK) wieder. Dort sind Handlungsprioritäten für die gleichberechtigte und selbstbestimmte Teilhabe eines jeden Menschen – unabhängig von Geschlecht, Alter, Herkunft, Religionszugehörigkeit, Bildung, Behinderung oder sonstigen individuellen Merkmalen – formuliert. Vertiefend wurde die Integration von Migrant/-innen als Querschnittsthema Integration und Vielfalt im INSEK festgeschrieben und durch den Stadtrat am 31.05.2018 bestätigt. Damit sind die Belange der Migrantinnen und Migranten fester Bestandteil der integrierten Stadtentwicklung.

1) Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen 2) Stadt Leipzig: Migrantenbefragung 2016. Ergebnisbericht, S. 5

3) Stadt Leipzig: Schnellbericht zur Kommunalen Bürgerumfrage 2017, S. 0, 4) Vgl. Beschluss der Ratsversammlung VI-A-04714

Das vorliegende fortgeschriebene Konzept ordnet sich den im INSEK formulierten strategischen Zielen der Stärkung der Internationalität und der Schaffung von sozialer Stabilität unter. Folgende Handlungsschwerpunkte, die den strategischen Zielen zugeordnet sind, bilden die Grundlage des Integrationskonzeptes:

Weltoffene Stadt

Ziel ist, die Möglichkeiten sich aktiv im Stadtleben einzubringen und zu engagieren, zu erhalten und auszubauen und das offene Miteinander zu stärken „Wir gestalten eine offene Stadtgesellschaft und heißen Gäste sowie neue Mitbürgerinnen und Mitbürger willkommen. Wir unterstützen Initiativen und Angebote, die Ankommenden Brücken zum Einstieg in die Gesellschaft und in die lokalen Netzwerke bieten.“ [5]

Chancengerechtigkeit in der inklusiven Stadt

Ziel ist, inklusives Denken und Handeln zu fördern. Infrastruktur, öffentlicher Raum, Leistungen und Angebote sollen bedarfsgerecht für alle zugänglicher und inklusiver gestaltet werden „Dies umfasst neben Wohnen und Arbeiten alle wesentlichen Lebensbereiche. Deshalb wollen wir die vielfältigen Potenziale in Freizeit, Bildungs-, Kultur- und Sporteinrichtungen, aber auch in Vereinen und Religionsgemeinschaften sowie im öffentlichen Raum gezielt weiterentwickeln. Wir sehen dabei Behinderten-, Senioren- und Migrantenarbeit immer stärker als Querschnittsaufgabe.“ [6]

Gemeinschaftliche Quartiersentwicklung

Ziel ist, Stadträume so zu entwickeln, dass Menschen verschiedener sozialer Gruppen und unterschiedlicher kultureller Prägung Leipzig als ihre gemeinsame Heimat erleben. „Stadtteile mit Entwicklungsbedarf werden wir besonders unterstützen, aber auch negative Wirkungen des Wachstumsprozesses dämpfen. Dafür sind die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger sowie die Stärkung der lokalen Demokratie von besonderer Bedeutung.“ [7]

5) Leipzig 2030. Integriertes Stadtentwicklungskonzept (INSEK), S. A – 14 6) INSEK, S. A – 16 7) Ebd.

Richtet man den Blick über Leipzig hinaus auf die Landesebene, so findet das gewachsene Bewusstsein für die Bedeutung des Themas Integration seinen Ausdruck in der Einrichtung eines neuen Geschäftsbereichs beim Sächsischen Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz. Der Geschäftsbereich für Gleichstellung und Integration nahm 2014 seine Arbeit auf und hat die Rahmenbedingungen auf Landesebene für eine gelingende Integration zum Positiven verändert.

Basis des gesamten Konzepts ist das Verständnis von Integration als gleichberechtigte Teilhabe aller Migrantinnen und Migranten am wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Leben. Sowohl bei der Verfassung des Textes als auch in der täglichen Arbeit des Referats für Migration und Integration wurde und wird darauf geachtet, über den Herkunftsaspekt hinaus weitere Vielfaltsdimensionen wie Alter, Geschlecht, Behinderung, Weltanschauung und sexuelle Orientierung angemessen zu berücksichtigen, obwohl in diesem Konzept die kulturelle und ethnische Vielfalt im Mittelpunkt stehen. Die im Text genannten Vorschläge zur Verbesserung der Teilhabechancen für Migrantinnen und Migranten kommen der Beteiligung und Einbeziehung oft nicht nur dieser Zielgruppe, sondern allen Bevölkerungsgruppen mit dem entsprechenden Unterstützungsbedarf zugute. Das Anliegen der gleichberechtigten Teilhabe der Migrantinnen und Migranten in all ihrer Vielfalt ist in eine zukünftige umfassendere Diversity-Strategie einzubetten. Es geht darum, gute Lösungen für einen konfliktfreien und produktiven Umgang mit Vielfalt zu entwickeln, der die freie persönliche Entfaltung eines Jeden fördert und gleichzeitig den gesellschaftlichen Zusammenhalt bewahrt.

Im Rahmen des Fortschreibungsprozesses wurden in acht Workshops sowie in Auswertung der Dokumentationen weiterer Veranstaltungen und Diskussionsrunden, in denen das Thema Integration eine Rolle spielte, aktuelle Bedarfe ermittelt und inhaltlich strukturiert. Das vorliegende Konzept enthält jeweils im Abschnitt „Lösungsansätze" eine Vielzahl von Anregungen für den gegenwärtigen Handlungsbedarf gefolgt von Maßnahmen, die die Integration nachhaltig voranbringen sollen und Integrationsprozesse ämterübergreifend miteinander verzahnen.

Hinweise zur Nutzung

Die Integration von Migrantinnen und Migranten ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die von staatlichen und privaten Institutionen, Organisationen der Zivilgesellschaft bis hin zum persönlichen Engagement der Zuwanderer und der Alteingesessenen gemeinsam getragen werden muss. Vor diesem Hintergrund beleuchtet das vorliegende Konzept nur einen kleinen Teil der Aktivitäten im Bereich der Integration – nämlich die, die die Arbeit der Stadtverwaltung Leipzig betreffen. Es bildet nicht sämtliche in der Stadt laufenden Maßnahmen zur Unterstützung der Integration ab, die sehr vielfältig sind und von unterschiedlichen Personen, Gruppen und Institutionen getragen werden.

Das Gesamtkonzept zur Integration ordnet sich dem Integrierten Stadtentwicklungskonzept „Leipzig 2030" unter und wird gleichzeitig durch die detaillierteren Fachplanungen der einzelnen Ämter ergänzt, die z.T. auch dort das Thema Integration von Migrant/-innen aufgreifen.

Die Gliederung nach Handlungsfeldern richtet sich nach der ersten, 2012 verabschiedeten Fassung des Gesamtkonzepts zur Integration. Die den Handlungsfeldern entsprechenden Kapitel beginnen mit den 2011 vom Stadtrat verabschiedeten Leitlinien zur Integration der Migrantinnen und Migranten in Leipzig.

Die interne Strukturierung der Kapitel folgt einem einheitlichen Muster: Nach der Darstellung von Kernindikatoren und der „Entwicklungen seit 2013 und aktueller Herausforderungen" im Bereich Integration des jeweiligen Handlungsfeldes folgt der Abschnitt „Lösungsansätze". Dieser beinhaltet Vorschläge und Ideen, die im Rahmen der Workshops zu diesem Konzept aber auch in anderen Arbeitsgremien und Diskussionsrunden zum Thema Integration von den Teilnehmer/-innen eingebracht wurden und deren Umsetzung auf lange Sicht wünschenswert ist und vom Referat für Migration und Integration empfohlen wird.

Im dritten Abschnitt der Kapitel werden konkrete Maßnahmen aufgelistet, zu deren Umsetzung sich die Verwaltung in den nächsten Jahren verpflichtet. Mit diesen Maßnahmen können jedoch nicht alle geschilderten Problemlagen aufgegriffen und angegangen werden. Bei den genannten Maßnahmen handelt es sich um Vorhaben, deren Umsetzung mit dem verabschiedeten Doppelhaushalt 2019/2020 finanziell abgesichert ist. Über diesen Zeitraum hinaus hängt die Fortsetzung bzw. der Umfang der durchzuführenden Maßnahmen von den zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln und der Einwerbung finanzieller Förderungen aus Bundes- und Landesprogrammen ab. Aus diesem Grunde ist der zeitliche Rahmen der Umsetzung der einzelnen Maßnahmen unterschiedlich bzw. zu diesem Zeitpunkt nicht absehbar, und reicht vom Abschluss einer Maßnahme innerhalb des aktuellen Doppelhaushalts bis zur unbefristeten Gültigkeit. Mit jeder Haushaltsplanung muss der genannte Maßnahmenkatalog fortgeschrieben, ergänzt und aktualisiert werden.

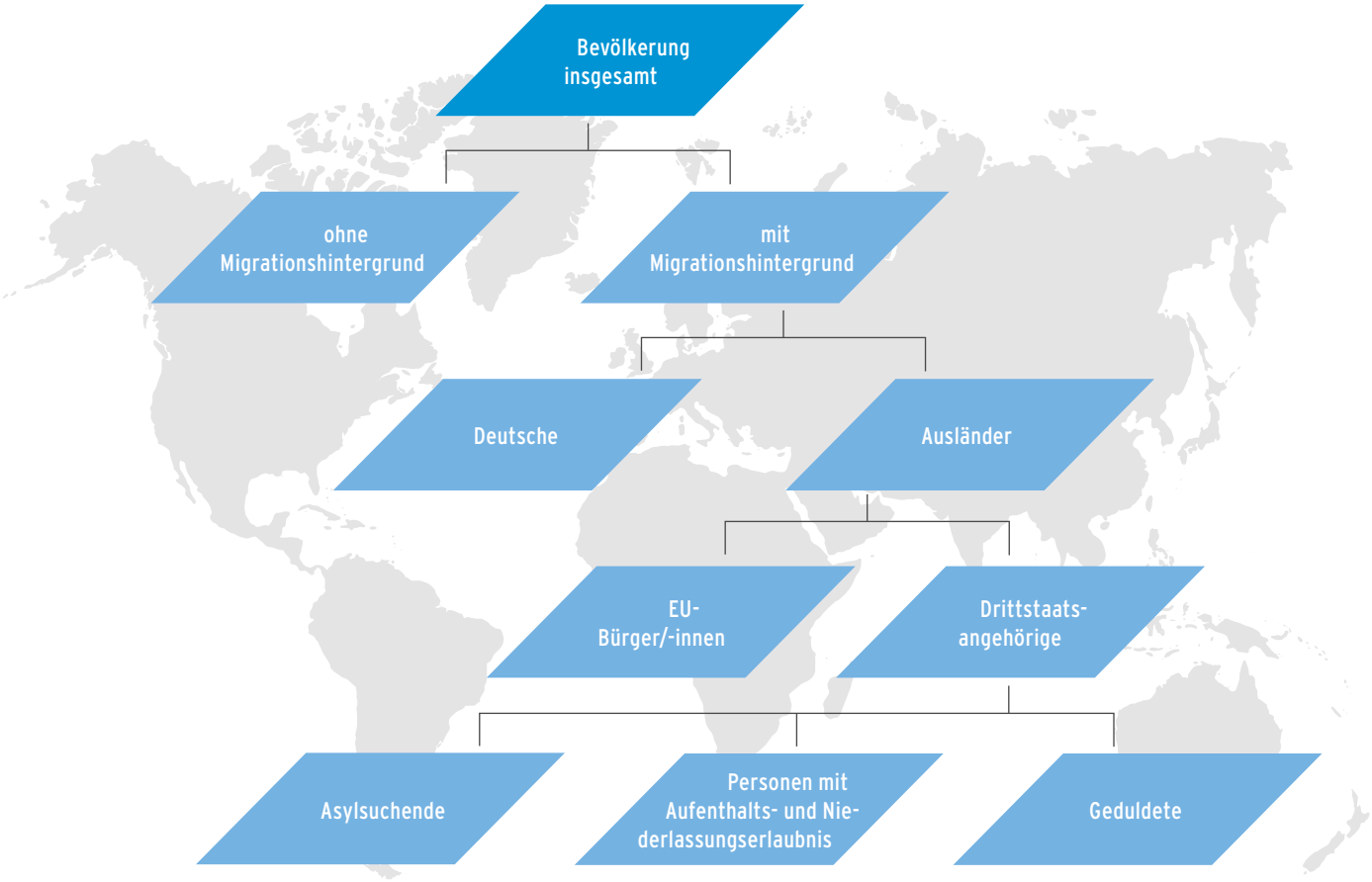


Abb. 4: Veranschaulichung des Merkmals „Migrationshintergrund"

Im folgenden Text ist von „Migrant/-innen", „Zuwander/-innen", „Geflüchteten" und „Ausländer/-innen" die Rede. Diese Begriffe, deren Abgrenzung oder Verhältnis zueinander im alltäglichen Sprachgebrauch nicht immer klar ist, werden im vorliegenden Text wie folgt verwendet: „Migrant/-innen" und „Zuwander/-innen" werden synonym verwendet. „Ausländer/-innen" bilden eine Teilgruppe der Migrant/-innen. Es sind Menschen gemeint, die keine deutsche Staatsangehörigkeit haben. Der Hinweis auf Ausländer/-innen taucht meist im Zusammenhang mit statistischen Erhebungen zu dieser Personengruppe auf. In vielen Statistiken wird erst seit einigen Jahren das Merkmal „Migrationshintergrund" erhoben. Oft liegen Zahlen nicht für die Gruppe der Migrant/-innen vor und es muss in der Argumentation auf Zahlen für Ausländer/-innen zurückgegriffen werden. Die Gruppe der Geflüchteten, eine Teilgruppe der Migrant/-innen und der Ausländer/-innen wird gelegentlich extra erwähnt, da sie in den letzten Jahren häufig im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses stand und sich Unterstützungsangebote speziell an diese Gruppe richten.

Laut Statistischem Bundesamt hat eine Person einen „Migrationshintergrund, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren wurde. Im Einzelnen umfasst diese Definition zugewanderte und nicht zugewanderte Ausländerinnen und Ausländer, zugewanderte und nicht zugewanderte Eingebürgerte, (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler sowie die als Deutsche geborenen Nachkommen dieser Gruppen."[8]

Bezeichnungen wie „Ausländer/-in", „Geflüchtete", die Ansprache bestimmter Nationalitäten und die damit verbundene gedankliche Zusammenfassung zu einzelnen Gruppen spiegeln nicht die Heterogenität und Vielfalt der so bezeichneten Menschen wider. Sie stellen immer eine grobe Vereinfachung, wenn nicht gar eine Verzerrung der Realität dar. Menschen lassen sich eher sozialen Milieus zuordnen, als bestimmten Herkunftsländern oder Religionen. Dies sollte bei der Adressierung einzelner Zielgruppen und der Angebotsplanung immer im Blick behalten werden.

Selbst der Begriff „Migrant/-in" an sich ist ein Hilfsmittel der Statistik und lässt keine Rückschlüsse auf die Lebenswirklichkeit oder das Selbstverständnis der so Bezeichneten zu. Allerdings ist er im Moment (noch) unerlässlich, um strukturelle Benachteiligungen Zugewanderter aufzuzeigen.

8) www.destatis.de

1. Handlungsfeld

Bildung und Erziehung

Eine effektive Integrationspolitik erfordert, den Auftrag von Bildung und Erziehung in unterschiedlichen Bereichen neu zu definieren

Elementarbereich

Die Weichen für den Bildungserfolg von Kindern werden bereits im frühen Kindesalter gestellt. Die Schlüsselrolle hat dabei die Sprachförderung von Kindern mit Migrationshintergrund in Kindertageseinrichtungen. Das pädagogische Personal benötigt entsprechende Fachkenntnisse und interkulturelle Kompetenz. Die Eltern, insbesondere die Mütter, sind in die frühkindliche Förderung als Erziehungspartner/-innen einzubeziehen.

Schule

Mehrere Studien haben bekanntlich aufgedeckt, dass es innerhalb des deutschen Bildungssystems eine ungleiche Chancenverteilung gibt und hohe Bildungsschranken auf Grund der sozialen Herkunft bestehen. Dies trifft in besonders hohem Maße Kinder und Jugendliche aus bildungsfernen Schichten, verbunden mit einem niedrigen sozio-ökonomischen Status, sowie diejenigen mit Migrationshintergrund. Geeignete Förderinstrumente können hier – in enger Abstimmung von Schulträger, Schulleitungen und dem Landesamt für Schule und Bildung – für Chancengleichheit sorgen.

Spracherwerb

Der Erwerb der Landessprache ist für Migrantinnen und Migranten die wichtigste Voraussetzung für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in Deutschland. Der Förderung der Sprachkompetenz kommt daher im Integrationsprozess eine besondere Bedeutung zu. Neben der Sprachkompetenz im Deutschen ist auch die Beherrschung der Herkunftssprache eine Schlüsselkompetenz.

Studium

Leipzig ist für ausländische Studierende ein interessanter Studienort, an dem sie sich wohlfühlen, was sich nicht zuletzt in den stetig wachsenden Studentenzahlen an der Universität und den verschiedenen Hochschulen widerspiegelt. Erforderlich wäre ein abgestimmtes Herangehen verschiedener Akteure – Stadt, Wirtschaft und Kammern, Agentur für Arbeit, Universität, andere Hochschulen und wissenschaftliche Institute –, um die hier ausgebildeten ausländischen Hochschulabsolventinnen und -absolventen mit zusätzlichen Qualifikationen (interkulturelle Kompetenz, Fremdsprachenkenntnisse, Kontakte in die Herkunftsländer) in der Stadt zu halten.

Entwicklungen seit 2013 und aktuelle Herausforderungen

Das Integrierte Stadtentwicklungskonzept (INSEK) Leipzig konstatiert: „Zugänge zu Bildung in allen Lebensphasen sowie das Lernen von kultureller, ethnischer und religiöser Vielfalt sind wichtige Bausteine sozialer Stabilität.“[9] Bildung ist ein lebensbegleitender Prozess, der neben der formalen schulischen Bildung auch informelle und non-formale Bildungsprozesse einschließt. Das Thema Bildung hat zu allen in diesem Konzept behandelten Handlungsfeldern Berührungspunkte: Aspekte der beruflichen Weiterbildung finden sich im Kapitel 2, kulturelle Bildung im Kapitel 4 und 6, demokratische und historische Bildung spielen für die Themen Politische Teilhabe und Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung eine Rolle. In diesem Kapitel soll Bildung im vorschulischen und schulischen Bereich im Vordergrund stehen.

Die wachsende Heterogenität und Vielfalt der Leipziger Bevölkerung spiegelt sich naturgemäß auch in der Zusammensetzung der Schülerschaft und in den individuellen Bildungsbiografien wider. Vor diesem Hintergrund ist Chancengerechtigkeit im Bildungssystem ein Thema, dem sich die kommunalen Bildungsakteure täglich stellen müssen. Hinzu kommen die seit Jahren steigenden Schülerzahlen, die Leipzig vor enorme Herausforderungen stellen.

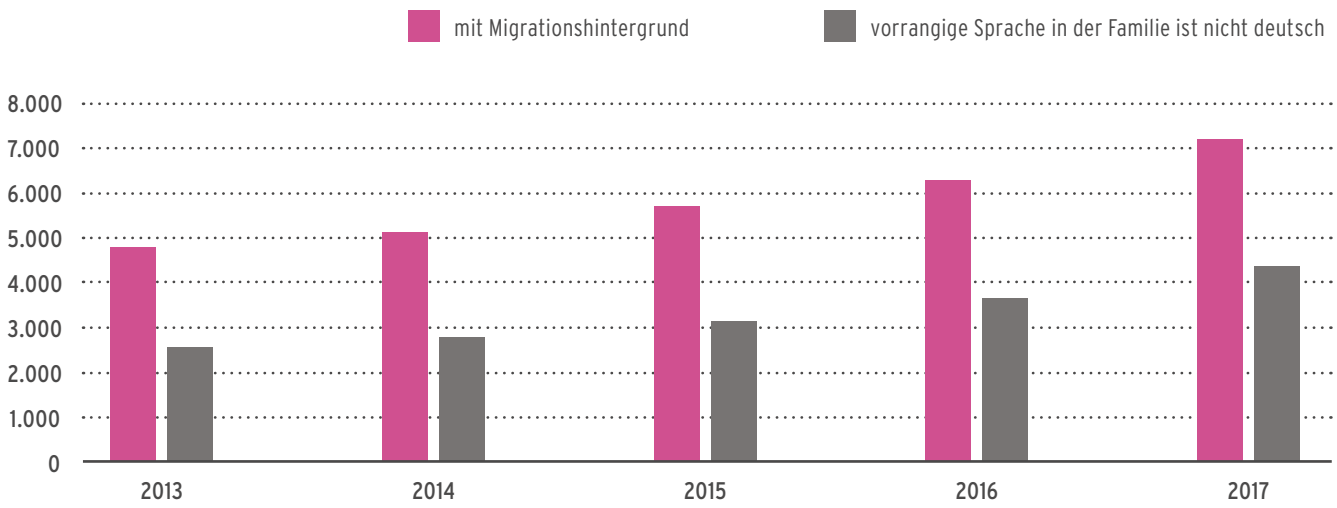
Der Anteil der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund an allen Kindern der gleichen Altersgruppe liegt schon seit Jahren signifikant über dem alle Altersgruppen umfassenden Durchschnittswert. Bei den 2- 3-, 5-, 11- und 14-Jährigen wurde im ersten Jahresviertel 2018 jeweils ein Anteil von über 24 Prozent ermittelt.[10] Dabei ist die Verteilung der Einwohner/-innen mit Migrationshintergrund im Stadtgebiet sehr unterschiedlich. In Sozialräumen mit einem hohen Anteil unterstützungsbedürftiger Familien, ist auch der Personaldarf in den dort gelegenen (Bildungs-)Einrichtungen überdurchschnittlich hoch.

Durch die demografische Entwicklung sieht sich Leipzig gegenwärtig großen Herausforderungen gegenüber, was die Bereitstellung von Plätzen in Kindertageseinrichtungen und Schulen betrifft. Dieser Handlungsdruck wird auch in den kommenden Jahren spürbar sein und immense Haushaltsmittel binden.

„Leipzig investiert in Betreuungs- und Bildungsinfrastruktur; sie bleibt Investitionsschwerpunkt. Zahlreiche neue Kindertageseinrichtungen, Grundschulen und weiterführende Schulen müssen gebaut und bezahlt werden.“[11]

Entwicklung der Anzahl der betreuten Kinder mit Migrationshintergrund in Leipziger Kitas

Abb. 5: Kinder mit Migrationshintergrund in Leipziger Kitas



Datenquelle: Statistisches Landesamt Sachsen

»Unabhängig vom Bau neuer Einrichtungen sind in den letzten Jahren weitere Leipziger Kindertagesstätten zu Kinder- und Familienzentren ausgebaut worden. Im Fokus dieser Zentren, ... steht nicht mehr nur das Kind, sondern die ganze Familie.«

Unabhängig vom Bau neuer Einrichtungen sind in den letzten Jahren weitere Leipziger Kindertagesstätten zu Kinder- und Familienzentren ausgebaut worden. Im Fokus dieser Zentren, von denen es aktuell 17 in Leipzig gibt, steht nicht mehr nur das Kind, sondern die ganze Familie. Ziel ist es, die Eltern intensiver einzubeziehen und sie mithilfe bedarfsgerechter Angebote – auch von externen Fachleuten – in ihrer Erziehungskompetenz zu stärken und Antworten auf wichtige Alltagsfragen zu geben. Die einzelnen Konzepte der Kinder- und Familienzentren orientieren sich an den sozialräumlichen Bedingungen und an den spezifischen Lebenslagen der Familien und Kinder des Einzugsgebietes. Auch das Raumangebot, die Nähe bzw. Entfernung zu Kooperationspartnern und die Vorstellungen des Trägers beeinflussen Profil und Akzentsetzung der Einrichtungen. Der Ausbau weiterer Kitas zu Kinder- und Familienzentren soll in den kommenden Jahren fortgesetzt werden.

Ein wichtiger Bestandteil der Arbeit mit Eltern und Kindern mit Migrationserfahrung ist der Einsatz der Sprach- und Kulturmittler/-innen in Kindertagesstätten. Ihre Aufgabe ist es, die Kinder insbesondere in der Eingewöhnungszeit aber auch im ganz normalen Kita-Alltag zu begleiten, einen Austausch mit den Eltern zu ermöglichen und so die Erziehungspartnerschaft zwischen Eltern und Einrichtung zu stärken. Gegenwärtig werden über diese Mitarbeiter/-innen sechs Sprachen abgedeckt. Darüber hinaus können Kitas und Horte Sprach- und Integrationsmittler/-innen aus dem städtischen Pool für geplante Gespräche anfordern.

Leipzig nimmt an verschiedenen Kita-Einstiegsprogrammen teil, beispielsweise am Bundesprogramm „Kita-Einstieg: Brücken bauen in frühe Bildung". Im Rahmen dieses Programms werden Angebote entwickelt und umgesetzt, die Kinder mit Fluchterfahrung und ihre Familien ansprechen sollen, die bisher nicht oder kaum von der institutionellen Kindertagesbetreuung erreicht wurden. Das Programm erleichtert dieser Zielgruppe den Einstieg in das deutsche System der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung. In Leipzig wird dieses Programm durch die Outlaw gGmbH und das Mütterzentrum e. V. Leipzig umgesetzt.

Kinder aus zugewanderten Familien profitieren von weiteren Programmen, an denen sich Leipziger Kitas beteiligen. Beispielsweise unterstützt das 2016 gestartete Bundesprogramm „Frühe Chancen – Sprach-Kitas: Weil Sprache der Schlüssel zur Welt ist" die alltagsintegrierte sprachliche Bildung als festen Bestandteil in der Kindertagesbetreuung. Die Kita-Teams werden durch zusätzliche Fachkräfte mit Expertise im Bereich sprachliche Bildung verstärkt, die direkt in der Kita tätig sind. Diese beraten, begleiten und unterstützen die Kita-Teams bei der Weiterentwicklung der alltagsintegrierten sprachlichen Bildung. Außerdem finanziert das Programm eine zusätzliche Fachberatung, die kontinuierlich und prozessbegleitend die Qualitätsentwicklung in den Sprach-Kitas unterstützt. 72 Leipziger Kitas in kommunaler und freier Trägerschaft nehmen an diesem Programm teil.

9) Leipzig 2030. Integriertes Stadtentwicklungskonzept (INSEK), S. A - 16, 10) Stadt Leipzig: Statistischer Quartalsbericht I/2018, S.9, 11) INSEK, S. A - 7

»Ziel ist … von der Kindertagesstätte bis ins Erwachsenenalter die Zugänge zu Bildung vielfältig und barrierearm zu gestalten, die Durchlässigkeit von Bildungsverläufen zu verbessern und lebenslanges Lernen zu ermöglichen.«

Die schulische Bildung liegt im Unterschied zu den Kindertagesstätten in Verantwortung des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus (SMK) und seinen nachgeordneten Behörden, den Landesämtern für Schule und Bildung. Hier wird über die Zuweisung der zugewanderten Schüler/-innen zu den einzelnen Schulen, die Organisation von Deutsch als Zweitsprache (DaZ)-Klassen und Regelschulplätzen sowie über die Einstellung von Lehrern/-innen entschieden. Die Landesämter und das Kultusministerium sind ebenfalls für die Organisation des herkunftssprachlichen Unterrichts und die Anerkennung ausländischer Schulabschlüsse zuständig.

Auch die Landeseinrichtungen stehen aufgrund der in Leipzig stetig steigenden Schülerzahlen unter Druck. Obwohl sich die Anzahl zuziehender Geflüchteter gegenwärtig verringert, ist der Bedarf an Plätzen in DaZ-Klassen weiterhin hoch, da die Zahl der Schüler/-innen aus dem europäischen Ausland zunimmt. Nachdem im Schuljahr 2014/15 23 DaZ-Klassen ins Schuljahr starteten, erhöhte sich ihre Zahl im Sommer 2016 auf 61 Klassen.[12] Das Angebot wurde weiter ausgeweitet und erreichte zu Beginn des Schuljahres 2017/18 einen Umfang von insgesamt 88 Klassen an Grundschulen, Oberschulen und Gymnasien in Leipzig und blieb auch zum Start des neuen Schuljahres 2018/19 in dieser Größenordnung bestehen.[13]

Um die schulische Integration neu zugezogener ausländischer Schüler/-innen über den Deutsch als Zweitsprache – Unterricht hinaus zu unterstützen, wurden Ende 2018 im Rahmen eines Modellprojekts des Landes Sprachassistenzstellen an Schulen geschaffen, die neben der Begleitung individueller Maßnahmen auch für die interkulturelle Elternarbeit und die Durchführung integrationsfördernder Angebote zur Verfügung stehen. In Leipzig können 10 ausgewählte Schwerpunktschulen von diesem Projekt profitieren.

Die Stadt Leipzig als Schulträgerin sorgt für die Rahmenbedingungen schulischer Bildung. Dazu gehört auch der Einsatz von Sozialarbeiter/-innen an Schulen. In den letzten Jahren ist der Bedarf an individueller Unterstützung nicht zuletzt durch die hohen Zuwandererzahlen an den Schulen stark angestiegen. Auf den wachsenden Bedarf wurde mit dem Ausbau dieses Angebots reagiert. Im Schuljahr 2016/17 gab es an 56 Standorten Schulsozialarbeit, zum Schuljahr 2017/18 erfolgte ein Ausbau um 20 weitere Standorte (Grund- und Förderschulen). In diesem Schuljahr waren damit alle Oberschulen, 32 Grundschulen und zwei Gymnasien mit Schulsozialarbeit ausgestattet.

Neben der Förderung der sozialen Integration aller Schüler/-innen und der Verbesserung des Klassen- und Schulklimas ist Schulsozialarbeit ein Bestandteil präventiver Arbeit um den Bildungserfolg zu sichern. Das Erreichen formaler Bildungsabschlüsse ist von zentraler Bedeutung für die Aufnahme einer Ausbildung und den Einstieg in Arbeit und damit ein integrationsfördernder Faktor. Zu viele junge Menschen verlassen die Schule ohne mindestens einen Hauptschulabschluss. Dies betrifft auch Migrant/-innen. Diese waren jedoch bisher nur mit einem leicht überdurchschnittlichen Anteil im Vergleich zur Schülerschaft ohne Migrationshintergrund in dieser Gruppe vertreten. Allerdings ist zu befürchten, dass sich dies aufgrund des Zuzugs vieler geflüchteter Familien ändern könnte.

12) Stadt Leipzig: Bildungsreport Leipzig 2016, S. 88, 13) Quelle: Sächsisches Schulverwaltungssystems SaxSVS, 14) Information zum Maßnahmenkatalog zur Förderung von Schulerfolg und Chancengerechtigkeit, VI-DS-03486 vom 30.03.2017, 15) Leipzig 2030. Integriertes Stadtentwicklungskonzept (INSEK), S. A – 17

„Im zweiten Halbjahr 2015 verzeichnete die Stadt Leipzig deutlich erhöhte Zuwanderungsquoten. Erfahrungswerte zeigen, dass viele der neu zugewanderten Kinder und Jugendlichen bisher keinerlei Schulbildung in ihrem Heimatland erfahren haben und in Leipzig als Analphabeten angekommen sind. Aufgrund jahrelanger Fluchterfahrungen verbrachten sie teils nur wenige Jahre in der Schule und konnten keine altersgemäßen schulischen Qualifikationen erwerben. Da eine Kompensation dieser schwierigen Eintrittsbedingungen durch das Schulsystem aktuell nicht umfassend geleistet werden kann, ist davon auszugehen, dass diese Gruppe in den kommenden Jahren vermehrt die Schule ohne einen Abschluss verlassen wird bzw. aufgrund der gesetzlich geregelten Schulpflicht und den damit verbundenen Altersgrenzen keine Möglichkeit zum Erwerb eines Schulabschlusses erhalten wird."[14]

Das Dezernat Jugend, Soziales, Gesundheit und Schule bündelte seine Anstrengungen zur Sicherung von Schulerfolg und Chancengerechtigkeit und legte dem Stadtrat 2017 einen Maßnahmenkatalog vor.

Bildung beschränkt sich jedoch nicht auf die jungen Lebensjahre. Das Konzept vom lebenslangen Lernen setzt sich immer mehr durch.

„Ziel ist … von der Kindertagesstätte bis ins Erwachsenenalter die Zugänge zu Bildung vielfältig und barrierearm zu gestalten, die Durchlässigkeit von Bildungsverläufen zu verbessern und lebenslanges Lernen zu ermöglichen."[15]

In diesem Zusammenhang war die städtisch finanzierte Bildungsberatung ein wichtiger Baustein bei der Umsetzung individueller Bildungsambitionen. Die im Februar 2011 ins Leben gerufene Bildungsberatung musste jedoch aus Kapazitätsgründen eingestellt werden. Der Anteil der Ratsuchenden mit Migrationshintergrund war zuletzt auf ca. ein Viertel (23,4%) angestiegen, was nicht zuletzt auf die gute Vernetzung mit interkulturell engagierten Vereinen zurückzuführen ist.

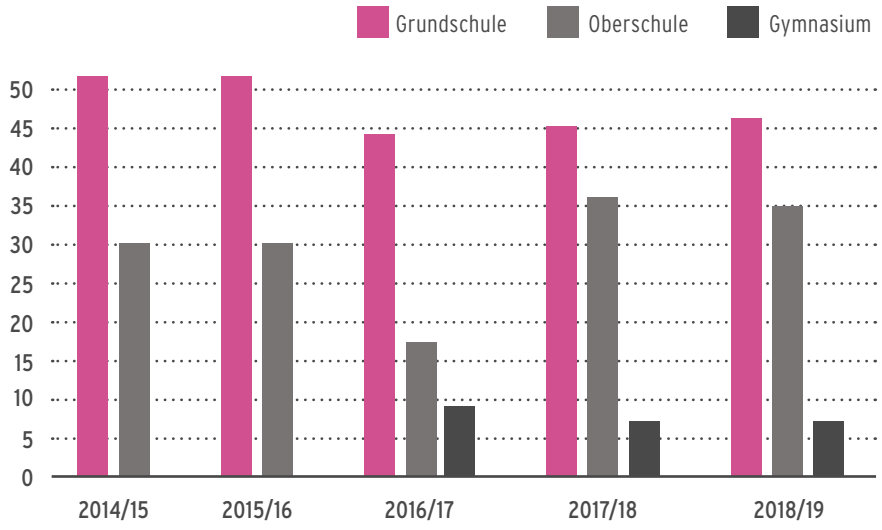
Für Migrant/-innen ist die Kenntnis der deutschen Sprache eine wesentliche Voraussetzung für den Bildungserfolg. Das Angebot an Möglichkeiten, Deutsch zu lernen oder die eigenen Kenntnisse zu verbessern ist in den letzten Jahren stark angestiegen und reicht von Orientierungskursen über Integrationssprachkurse bis hin zu Konversationstrainings und niedrigschwelligen Angeboten, die dem Spracherwerb nützlich sind. Über die Förderrichtlinie Integrative Maßnahmen des Geschäftsbereichs für Gleichstellung und Integration beim Sächsischen Staatsministerium für Soziales und Verbraucherschutz konnten viele zusätzliche Deutschkurse durchgeführt werden. Es bleibt allerdings eine Herausforderung, die Angebote passgenau zu gestalten. Für Zuwanderer/-innen mit Alphabetisierungsbedarf fehlt es an entsprechenden Kursen.

Bezüglich des Einstiegs in Integrationskurse gab es eine organisatorische Veränderung. Zur Sicherstellung eines zeitnahen Einstiegs in einen Kurs, weist das zuständige Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) seit 2017 Personen, die zu einer Teilnahme verpflichtet sind, bestimmten Kursträgern zu, die in absehbarer Zeit mit einem Sprachkurs beginnen werden. Dazu wird ein Einstufungstest an zentraler Stelle durchgeführt. Für Integrationskursberechtigte, die nicht zur Teilnahme an einem Integrationskurs verpflichtet sind, hat der Verweis an einen Sprachkursträger lediglich empfehlenden Charakter. In Leipzig findet der Einstufungstest in der zentralen Test- und Meldestelle im Ankunftszentrum Leipzig in der Brahestraße 8 statt.

Als Hochschulstandort und Standort vieler wissenschaftlicher Einrichtungen ist Leipzig international vernetzt und zieht internationale Studenten und Wissenschaftler an. Um das Ankommen ausländischer Wissenschaftler/-innen in Leipzig zu erleichtern haben die Universität Leipzig und die Stadtverwaltung 2014 das Netzwerk „Willkommen in Leipzig" ins Leben gerufen, das neben der Universität Leipzig, dem Referat Wissenspolitik, der Ausländer- und Meldebehörde sowie dem Referat für Migration und Integration weitere Leipziger wissenschaftliche Einrichtungen und Hochschulen umfasst. Im Rahmen dieses Netzwerkes wurden Weiterbildungen und interkulturelle Veranstaltungen durchgeführt sowie Informationsmaterial für Gastwissenschaftler erstellt und relevante Webseiten auf der Homepage der Stadt Leipzig ins Englische übersetzt.

Anzahl der Deutsch als Zweitsprache (DaZ)-Klassen in Leipzig

Abb. 6: DaZ-Klassen in Leipzig



Datenquellen: amtliche Schulstatistik, SaxSVS

Lösungsansätze

Der weitere Ausbau der Kita- und Schulplätze steht momentan im Vordergrund der städtischen Bemühungen. Fehlende Kitaplätze haben unmittelbaren Einfluss auf Bildungszugänge von Eltern und Kindern. Der Kita-Besuch schafft in vielerlei Hinsicht die Voraussetzungen für einen gelingenden Übergang in die Schule – gerade für Kinder, deren Muttersprache nicht Deutsch ist. Eine Kinderbetreuung wiederum versetzt Eltern, insbesondere die Mütter, erst in die Lage, sich der eigenen Bildung zu widmen und schafft den nötigen Freiraum, um beispielsweise einen Integrationskurs zu besuchen.

Leipzig beteiligt sich an zahlreichen Projekten und Programmen, die eine chancengerechte frühkindliche Bildung zum Ziel haben, von denen auch Kinder aus Familien mit Migrationserfahrung in großem Maße profitieren. Eine Fortführung und ein Ausbau dieser Beteiligungen ist unbedingt erforderlich. Dies setzt neben zusätzlichem Koordinierungs- und Verwaltungsaufwand auch den Einsatz finanzieller Mittel voraus, beispielsweise für die Erbringung des Eigenanteils an der Projektfinanzierung.

Der Ausbau von Kindertagesstätten zu Kinder- und Familienzentren hat sich bewährt. Eine Ausdehnung auf weitere Einrichtungen sollte kontinuierlich fortgesetzt werden. Es wäre zu begrüßen, auch an Grundschulen den Blick stärker auf die Familien zu richten, über den Fokus auf das einzelne Kind hinaus.

Der Öffnung der (Bildungs-) Einrichtungen in die Sozialräume kommt eine immer größere Bedeutung zu. Die bedarfsgerechte Personalausstattung ist besonders in den Schwerpunkträumen der Stadtentwicklung, in denen der Anteil unterstützungsbedürftiger Familien hoch ist, besonders wichtig.

Es fehlt an Brückenbauern zwischen Migrant/-innen und aufnehmender deutscher Gesellschaft. Insbesondere bei zugewanderten Familien besteht großer Informations- und Erklärungsbedarf zum deutschen Bildungssystem. Neben verschiedenen Formaten des Informationstransfers könnte über die Ausbildung und den Einsatz migrantischer Bildungsbeauftragter nachgedacht werden. Ansätze, Multiplikator/-innen auszubilden, gab es in Leipzig bereits. Die nachhaltige Einbindung in vorhandene Strukturen ist jedoch gescheitert. Welchen positiven Effekt der Einsatz von Migranten/-innen haben kann, zeigen immer wieder die in den Kitas eingesetzten Sprach- und Integrationsmittler/-innen.

Darüber hinaus wäre zu ermitteln, welche grundsätzlichen schriftlichen Informationen zum Kita-Alltag und zum deutschen Bildungssystem in welchen Einrichtungen und in welchen Sprachen zur Verfügung stehen sollten und wie man diese effizient erstellen und verteilen kann.

Eine große Herausforderung stellt die Integration von zugewanderten Kindern ohne eine altersgerechte Schulbildung in das Schulsystem dar. Hier fehlen weiterhin Angebote, die eine Anschlussfähigkeit zum deutschen Schul- und Bildungssystem herstellen. Aber auch mit einem altersgerechten Schulbesuch im Herkunftsland ist der Übergang in die deutschen Regelklassen schwer. Nachhilfeangebote sollten ausgebaut und gestärkt werden.

Die stark gestiegenen Zahlen von Migrantenkindern im Förderschulbereich stellt die Frage nach den Ursachen.

Eine Studie, die dieses Phänomen in den Blick nimmt, wäre hilfreich.
Die Übergänge in die berufliche Bildung sind ebenfalls mit großen Herausforderungen verbunden. Die Fortsetzung oder der Einstieg in eine schulische Bildung ist für über 18-jährige Zugewanderte aufgrund der gesetzlichen Rahmenbedingungen nicht möglich. Gleichzeitig werden „unbegleitete minderjährige Ausländer" mit dem 18. Geburtstag aus der Obhut des Amtes für Jugend, Familie und Bildung entlassen. Die Begleitung durch Sozialarbeit entfällt. Hier sollte nach Übergangslösungen gesucht werden.
Das Ziel, die schulische Bildung von Migrant/-innen über 18 Jahren zur Ausbildungsreife zu führen, verfolgt ein neues Modellprojekt, für das die Sächsische Staatsregierung finanzielle Mittel bereitstellt. Das 18-monatige Bildungsmodul wird in Leipzig im Januar 2019 mit der ersten Ausbildungsrunde starten. Sachsenweit stehen 1600 Teilnehmerplätze zur Verfügung, davon in Leipzig bis zu 304. (siehe auch Kapitel Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung)
Im Fortschreibungs-Workshop zum Thema Bildung und Erziehung wurden weitere Hinweise zur Verbesserung der Bildungschancen von Migrant/-innen gegeben: große Nachfrage besteht bei der fachlichen Nachhilfe für Berufsschüler/-innen mit Migrationshintergrund, die oft Schwierigkeiten haben, die Unterrichtinhalte zu verstehen. Programme, die sich an Eltern richten (z.B. Eltern helfen Eltern) könnten ebenfalls einen Beitrag zur besseren Integration von Migrant/-innen in das Bildungssystem leisten.
Eine gute Vernetzung aller in der Sozialarbeit mit Migrant/-innen Tätigen untereinander sowie mit Jugendmigrationsdiensten und anderen Angeboten kann Lücken in der sozialen Betreuung schließen helfen und sollte stets im Fokus sein.
Es gibt viele Möglichkeiten des Deutsch-Spracherwerbs für Erwachsene. Die Angebote zum Deutschlernen mit Alphabetisierung decken jedoch nicht den Bedarf. Weitere auf diese Zielgruppe spezialisierte Kurse müssen geschaffen werden.

Maßnahmen

Amt für Jugend, Familie u. Bildung

- Einsatz von Sprach- und Kulturmittler/-innen in Kindertagesstätten und Schulen (Schulsozialarbeit)
- Einarbeitung der bei Tagespflegepersonen vorhandenen Sprachkenntnisse in das entsprechende Verzeichnis auf leipzig.de
- Abschluss von Zielvereinbarungen zwischen Schule und Sozialarbeit (wo noch nicht geschehen), die das Thema Integration von migrantischen Schüler/-innen berücksichtigen, Prüfung des interkulturellen Fortbildungsbedarfs und Durchführung der Fortbildungen
- Etablierung der integrationskursbegleitenden Kinderbetreuung [16]

Amt für Jugend, Familie u. Bildung, Referat für Beschäftigungspolitik, Kommunaler Eigenbetrieb Engelsdorf

- Einsatz „Zusätzlicher Begleitung von Schüler/-innen mit Migrationshintergrund im ganztägigen Schulalltag" über arbeitsmarktpolitische Maßnahmen

Leipziger Städtische Bibliotheken

- Ausbau und Aktualisierung von Lernmaterialien zu interkulturellen Themen, von Klassensätzen in einfacher Sprache sowie von speziellen Medienboxen für DaZ-Klassen
- Konzeption und Durchführung von Veranstaltungen für DaZ-Klassen
- Bibliothekseinführungen für Sprach- und Integrationskurse
- Ausbau und Aktualisierung des Bestandes an fremdsprachlichen und bilingualen Medien sowie von Publikationen in leichter Sprache

Referat für Migration und Integration

- Qualifizierte Sprach- und Integrationsmittlung für kommunale Angebote absichern
- Erhöhung des SprInt-Budgets für freie Träger
- Herausgabe der Broschüre "Erstsprache und Zweitsprache – Wie helfe ich meinem Kind gut Deutsch zu lernen?" in weiteren Sprachen (neben arabisch)
- Erstellung von Videos zur Erklärung des sächsischen Schulsystems in verschiedenen Sprachen und einfacher Sprache

Sozialamt

- Beibehaltung des seit 2008 existierenden Angebotes "Deutschkurse für Asylsuchende" (200 Ustd. pro TN) – Lückenförderung Land/Kommune für Sprachförderung

16) Umsetzung nach Vorliegen der entsprechenden Rechtsgrundlagen.

2. Handlungsfeld

Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung

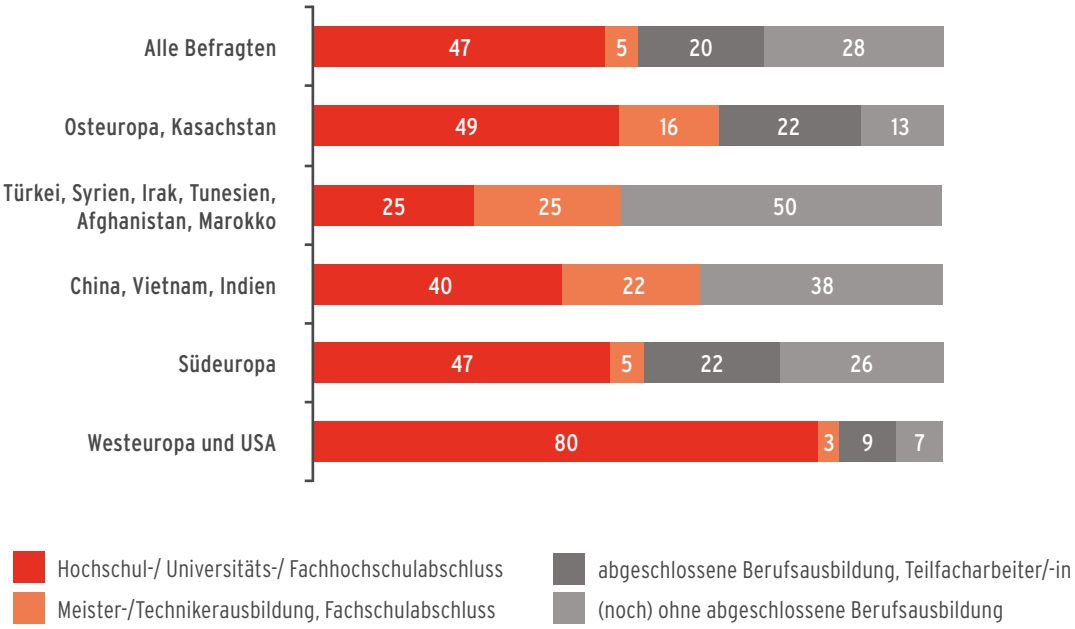
Eine effektive Integrationspolitik fördert den Zugang zu Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung und schafft Bedingungen für die erfolgreiche Gewinnung ausländischer Fachkräfte:

Neben einer erfolgreichen schulischen Ausbildung ist eine qualifizierte Berufsausbildung Grundlage für eine berufliche Eingliederung und damit auch gesellschaftliche Integration. Bundesweit verfügen Jugendliche und junge Erwachsene mit Migrationshintergrund immer noch erheblich seltener als Deutsche über formale Berufsabschlüsse. Die Ausbildungsbeteiligung ausländischer Jugendlicher ist seit Mitte der 1990er Jahre rückläufig.

Neben migrationsspezifischen Gründen (z. B. mangelnde Sprachkenntnisse, zum Teil inadäquate schulische Voraussetzungen bei einem vorangegangenen Schulbesuch im Heimatland oder spätem Einstieg in das deutsche Schulsystem, mangelnde Kenntnis des Berufsbildungssystems in Deutschland, nicht vorhandene oder nicht anerkannte berufliche Abschlüsse usw.) existieren verschiedene gesellschaftliche und institutionelle Benachteiligungen beim Zugang zu beruflicher Bildung, die es zu überwinden gilt.
Trotz schwieriger wirtschaftlicher Rahmenbedingungen ist eine aktive Arbeitsmarktpolitik – ausgerichtet auch spezifisch auf die Zielgruppe der Migranten – erforderlich, die das gesamte Förderinstrumentarium nutzt, Sprachförderung und Arbeitsmarktförderung verbindet und auch den Schritt in die Selbständigkeit fördert und begleitet. Außerdem bemüht sich die Stadt auf kommunaler Ebene, strukturelle Hürden abzubauen, die einer Beschäftigungsaufnahme von Migrantinnen und Migranten im Wege stehen.
Durch die demographische Entwicklung ist auch Leipzig zunehmend auf die Gewinnung ausländischer Fachkräfte angewiesen. Über die von Bund und Land dazu gesetzten Rahmenbedingungen hinaus muss Leipzig von sich aus für diese Fachkräfte attraktiv werden. Dazu gehört – neben den entsprechenden Netzwerken und Integrationsangeboten – auch die Unterstützung von Auslandskontakten der regionalen Wirtschaft.

Höchster beruflicher Abschluss Leipziger Migrant/-innen

Abb. 7



Quelle: Stadt Leipzig: Migrantenbefragung 2016. Ergebnisbericht, S. 8

Entwicklungen seit 2013 und aktuelle Herausforderungen

Die Arbeitsmarktintegration von Migrant/-innen wird zum einen durch die strukturellen bzw. institutionellen zum anderen durch subjektive Faktoren determiniert. Dabei bestimmen die gesetzlichen Rahmenbedingungen – Aufenthaltstitel, Recht auf Erwerbstätigkeit bzw. Beschäftigung, Zugang zu den Leistungen der Arbeitsförderung und beschäftigungspolitischen Maßnahmen, Möglichkeiten der Anerkennung von im Ausland erworbenen Berufsqualifikationen, Zugang zu und Finanzierung von Maßnahmen zu ihrer (Teil-) Anerkennung – ob und in welchem Maße ein Zugang zum Arbeitsmarkt eröffnet oder verhindert wird und welche Qualität der arbeitsmarktlichen Integration erreicht werden kann. Durch gesetzliche Neuregelungen und Modifikationen bestehender Gesetze sowie die sehr positive Entwicklung des Arbeitsmarktes konnten in den letzten Jahren deutliche Verbesserungen bei der Erwerbsintegration von Migrant/-innen erzielt werden, von welcher die verschiedenen Migrant/-innengruppen jedoch auf sehr unterschiedliche Weise profitieren können.

Positiv festzustellen ist, dass die Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund an der allgemeinen Arbeitsmarktentwicklung gestiegen ist – jedoch bleibt sie weiterhin erheblich hinter der von Menschen ohne Migrationshintergrund zurück. Unbefriedigend ist insbesondere, dass die vorhandenen Potentiale der Zuwander/-innen nur unzureichend gefördert und ausgeschöpft werden und sie – je nach Herkunft – in unterschiedlichem Maße nach wie vor von Diskriminierung beim Zugang zum bzw. auf dem Arbeitsmarkt betroffen sind.

Eine gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund bleibt somit weiterhin eine wichtige zu bearbeitende Aufgabe, wobei der interkulturellen Öffnung der Arbeitsmarktakteure und dem Abbau von Diskriminierung eine wichtige Rolle zukommt.

Der Beratungs- und Unterstützungsbedarf der Migrant/-innen bezüglich der Aufnahme einer Ausbildung, Qualifizierung oder Beschäftigung ist individuell sehr verschieden und an unterschiedlichen Punkten der Bildungs- und Erwerbsbiographie notwendig. Die Vielfalt der persönlichen Voraussetzungen reicht von Personen ohne formale Abschlüsse aus dem Herkunftsland und mit unterbrochener Bildungsbiographie bis zu Akademiker/-innen mit langjähriger Berufserfahrung. Es geht darum, berufliche Vorstellungen für Deutschland zu entwickeln, die Besonderheiten des hiesigen Ausbildungssystems und Arbeitsmarktes für eine Beschäftigung oder die Selbständigkeit kennenzulernen und um Möglichkeiten und Rahmenbedingen von Anpassungsqualifizierungen. Diese breite Palette individueller Voraussetzungen und das Berufsleben betreffender Bedarfslagen liegt vor dem Hintergrund der sozialen Verfasstheit des Einzelnen, die das Zurechtfinden in der neuen Gesellschaft umfasst, die Familiensituation, die gesundheitlichen Gegebenheiten.

Vor dem Hintergrund dieser breit gefächerten persönlichen Voraussetzungen und Bedarfe wird deutlich, dass die Ziele Fachkräftesicherung, Chancengerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt und Integration der Migrant/-innen in den Arbeitsmarkt ein vielfältiges Maßnahmenrepertoire erfordern.

Durch die hohen Zuwanderungszahlen der letzten Jahre, die auf einen starken Zuzug von EU-Bürger/-innen und Geflüchteten zurückzuführen sind und aufgrund der Tatsache, dass sich ein hoher Anteil der Zuwanderer/-innen im erwerbsfähigen Alter befindet, hat der Handlungsdruck, diesen Menschen den Zugang zu Arbeit und Ausbildung zu ebnen, stark zugenommen. Wichtige Voraussetzung für die Aufnahme einer Arbeit oder Ausbildung sind die entsprechenden Bildungsvoraussetzungen und der Aufenthaltsstatus. Obwohl die Arbeitslosenzahlen sinken und der Fachkräftebedarf steigt, wirkt sich diese Entwicklung nicht gleichermaßen auf die Beschäftigungszahlen der Ausländerinnen und Ausländer aus.[17] Es kommt zunehmend darauf an, Arbeitsmarkt und arbeitssuchende Personen miteinander passfähig zu machen.

Die Herausforderungen liegen darin, sowohl die Zuwanderung von Hochqualifizierten, Fachkräften, Nachwuchskräften (Auszubildende, Studierende) und Unternehmerinnen und Unternehmern zu fördern als auch Migrant/-innen, die sich schon in Deutschland aufhalten, entsprechend ihrem aufenthaltsrechtlichen Status bei der erfolgreichen Integration in den Arbeitsmarkt zu unterstützen, damit diese ihre beruflichen Ambitionen verwirklichen, die lokale Wirtschaft stärken und gleichzeitig einen Beitrag zur Fachkräftesicherung leisten können. Der Zugang zu und der Einstieg in Beschäftigung ist langfristig eng mit der Teilhabe in allen anderen gesellschaftlichen Bereichen verbunden und aus diesem Grund von großer Bedeutung für eine gelingende Integration.

17) Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen: Statistisches Jahrbuch 2018, S.115

Die Voraussetzungen, die Geflüchtete und auch andere Migrantinnen und Migranten mitbringen, ermöglichen oft keinen direkten Einstieg in Arbeit und Ausbildung – unzureichende deutsche Sprachkenntnisse, eine Schulbildung, die mit der in Deutschland oft nicht vergleichbar ist, eine unterbrochene Bildungsbiografie, nicht anerkannte Abschlüsse usw.. Sie treffen auf ein Ausbildungs- und Erwerbssystem, das stark auf formale Bildungsabschlüsse fokussiert ist. Diese Gegebenheiten zusammen zu führen, ist eine große Herausforderung.

Eine Grundvoraussetzung für die Aufnahme einer Ausbildung, einer Arbeit oder eines Studiums ist das Erlernen der deutschen Sprache. Auch der erfolgreiche Abschluss einer Ausbildung oder eines Studiums hängt eng mit den Deutsch-Sprachkenntnissen zusammen. Das Erreichen des B1-Sprachniveaus, das das Ziel der bundesfinanzierten Integrationskurse ist, reicht nicht aus, um die zur Ausübung eines Berufs notwendigen Deutschkenntnisse zu erwerben. Nach der Beendigung eines Integrationskurses ist ein direkter Übergang zur Aufnahme einer qualifizierten Beschäftigung aus diesem Grund oft nicht möglich.

Die auf ein höheres Niveau führenden berufsbezogenen Sprachkurse nach der Verordnung über die berufsbezogene Deutschsprachförderung (DeuFöV) sind jedoch nicht für alle Herkunftsgruppen zugänglich. Um diejenigen, die keinen Zugang zu den vorgenannten Kursen haben, aufzufangen, hat das Land Sachsen über die Richtlinie Integrative Maßnahmen weitere Deutschkurse ermöglicht. Zur Aufnahme eines Studiums ist oftmals C1 erforderlich, wobei die Finanzierung des Deutschkurses in vielen Fällen problematisch ist.

Eine weitere Voraussetzung zum Einstieg ins Erwerbsleben ist die Feststellung berufsbezogener Qualifikationen und Kompetenzen. Dazu gibt es inzwischen verschiedene Methoden und Instrumente, die auch in Leipzig von der Arbeitsverwaltung, vom Kommunalen Eigenbetrieb Engelsdorf sowie von freien Trägern angewandt werden.

Formale Qualifikationen und Ausbildungsabschlüsse aus den Herkunftsländern müssen in Deutschland teilweise offiziell anerkannt werden, damit eine Arbeitsaufnahme in dem bisher ausgeübten Beruf möglich wird. Auch eine Anerkennung ist in der Regel mit Auflagen zur Nachqualifizierung verbunden. Bis dieser Anerkennungs- und Anpassungsprozess abgeschlossen ist, vergehen oft Jahre. Oft ist ein gleichwertiger Abschluss nur durch ein erneutes Studium oder das Durchlaufen einer Ausbildung in Deutschland zu erreichen. Das durchzuhalten, die Motivation nicht zu verlieren und den finanziellen Aufwand zu bewältigen, stellt für die Betroffenen eine große Herausforderung dar. Für die Migrant/-innen, die ihren aufenthaltsrechtlichen Status sichern bzw. verbessern wollen, stellt sich die Frage, ob die Aufnahme einer nicht ihrer Qualifikation entsprechenden Arbeit für ihre gegenwärtige Situation günstiger ist als der lange und teure Prozess der Anerkennung ihres eigentlichen Berufs. Die Prioritätenfrage stellt sich ebenfalls bei der Wahl zwischen Deutschspracherwerb und Arbeitsaufnahme, insbesondere für viele EU-Bürger/-innen, und wird oft zugunsten einer gering bezahlten Beschäftigung mit erst einmal gesichertem Aufenthaltsstatus entschieden. Deutschspracherwerb und berufliche Qualifizierung bleiben dabei oft auf der Strecke. Dies ist angesichts persönlich vorhandener Potentiale und der aktuellen Fachkräftesituation kein befriedigender Zustand.

» Die Akteure in der Stadt Leipzig haben auf den hohen Beratungs- und Unterstützungsbedarf reagiert und eine Vielzahl weiterer Angebote zur Unterstützung der Beschäftigungsaufnahme ins Leben gerufen.«

Für Zuwanderer ist die Orientierung im Ausbildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt schwer. Basis für den Einstieg in Ausbildung und Arbeit ist die Verfügbarkeit von Informationen zu Beratungsangeboten, zum Ausbildungssystem, zu Zugangsvoraussetzungen. Nur so können berufliche Perspektiven entwickelt und praktische Schritte zur Erreichung des individuellen Ziels unternommen werden. Die möglichen Zugänge zu Ausbildung, Arbeit und Qualifizierung sind vielfältig und oft nicht einfach zu verstehen. Der individuelle Unterstützungsbedarf ist sehr hoch – aber eine Unterstützung in dieser Individualität auch sehr erfolgreich.

Die Akteure in der Stadt Leipzig haben auf den hohen Beratungs- und Unterstützungsbedarf reagiert. Das Jobcenter hat in seinem Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm 2018 die Integration geflüchteter Menschen in Gesellschaft und Beschäftigung als einen der fünf geschäftspolitischen Schwerpunkte definiert und ein umfangreiches Maßnahmenpaket aufgelegt, um insbesondere Geflüchtete für den Arbeitsmarkt fit zu machen.[18] Seit 2017 wurden Sonderteams (U25/Ü25) zur spezialisierten Betreuung von Zugewanderten, insbesondere zur passgenauen Zuweisung in Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung eingerichtet. Im gemeinsamen Arbeitgeberservice von Jobcenter und Agentur für Arbeit steht nun auch ein „Team Migration" für die Arbeitgeberberatung und –gewinnung zur Verfügung. 2018 zeichnete sich ein positiver Trend bezüglich der arbeitsmarktlichen Integration von Migrant/-innen ab. Das Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm des Jobcenters wird für 2019 fortgeschrieben. Von den Maßnahmen zur „Integration zugewanderter Menschen in Gesellschaft und Beschäftigung" können über die Geflüchteten hinaus, nun alle Zuwanderer profitieren.[19]

Leipzig beteiligt sich an mehreren Programmen des Europäischen Sozialfonds (ESF), darunter an der Integrationsrichtlinie Bund, deren Fokus auf dem Arbeitsmarkt liegt. Hier ist das Referat für Migration und Integration, schon im Rahmen der Vorgängerprogramme seit 2008, gegenwärtig mit dem Projekt RESQUE 2.0 an der Integration von Asylbewerber/-innen und Flüchtlingen (IvAF) in den Arbeitsmarkt beteiligt und geht proaktiv auf relevante Arbeitsmarktakteure zu.

Das genannte Referat der Stadt war von 2015 bis 2018 ebenfalls operativer Partner im Landesnetzwerk Sachsen des Förderprogramms "Integration durch Qualifizierung – IQ" und landesweit als Teilprojektpartner verantwortlich für die Durchführung von Schulungen, Seminaren und Workshops zur Interkulturellen Öffnung von zuwanderungsrelevanten Akteur/-innen und Multiplikator/-innen in den Stadt- und Landkreisverwaltungen. In der neuen Förderperiode von 2019 bis 2022 wird die Mitarbeit im Handlungsschwerpunkt „Interkulturelle Qualifizierung/Diversity Management der Arbeitsmarktakteure und Institutionen" erfolgen und das Teilprojekt „Strukturelle Gremienarbeit, Kommunales Schnittstellenmanagement Leipzig" bearbeitet.

Ebenfalls im Rahmen des IQ-Netzwerkes und vor dem Hintergrund des zunehmenden Fachkräftemangels wurde das bestehende Förderprogramm „Integration durch Qualifizierung – IQ" 2015 um den Handlungsschwerpunkt „ESF-Qualifizierung im Kontext Anerkennungsgesetz" erweitert. In diesem Rahmen führt die Deutsche Angestellten-Akademie in Leipzig Brücken-Qualifizierungsmaßnahmen für Akademiker/-innen durch.

18) Jobcenter Leipzig: Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm 2018, S. 18 – 21,

19) Link zum Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm 2019: https://www.leipzig.de/fileadmin/mediendatenbank/leipzig-de/Stadt/Jobcenter/Allgemein/AMIP-JC-Leipzig_2019.pdf

Seit 2013 bietet die Ausländerbehörde mit der Teilnahme am standardisierten Verwaltungsverfahren AKZESS ein Angebot an, um ausländischen Fachkräften einen schnelleren Zugang zum Leipziger Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Auf dieser Ebene erfolgt die Zusammenarbeit mit der Bundesagentur für Arbeit, der Industrie- und Handelskammer zu Leipzig sowie der Handwerkskammer zu Leipzig.

Im Rahmen des ESF-Bundesprogramms „Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier – BIWAQ" agierten bis Ende 2018 die ArbeitsländenPLUS im Leipziger Osten und in Grünau. Die Mitarbeiter/-innen richteten ihr Angebot auch an Migrant/-innen. Ziel war die Beschäftigungsfähigkeit von Arbeitssuchenden zu stärken und mit bedarfsgerechten Maßnahmen ihre Chancen für die Aufnahme einer Arbeit zu erhöhen. Die Arbeitsläden betrieben außerdem sozialraumorientierte Wirtschaftsförderung. Zielgruppe dieses Anliegens waren kleine und mittlere Unternehmen sowie Selbständige. In der kommenden Förderperiode (2019–2022) des genannten Bundesprogramms wird die Unterstützung von Arbeitslosen und die Stärkung der lokalen Ökonomie fortgesetzt. Neben dem Leipziger Osten und Grünau werden die Projektaktivitäten auf Paunsdorf ausgeweitet.

Des Weiteren fördert die Fachkräftealliance Leipzig unter anderem Projekte wie "FiA-Frauen in Arbeit" und "JOBLINGE Kompass", mit dem Ziel, Migrant/-innen nachhaltig in den regionalen Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu integrieren. Außerdem werden Zugewanderte zur Aufnahme einer selbständigen Tätigkeit beraten sowie bei der Umsetzung unterstützt. Mit verschiedenen Maßnahmen ist auch der Kommunale Eigenbetrieb Engelsdorf aktiv: in der Beratung und Begleitung Geflüchteter, mit Angeboten zur Berufsorientierung in verschiedenen Sprachen, Bewerbungstrainings, Kompetenzfeststellungsverfahren bis hin zu berufsbezogenen psychologischen Testverfahren.

Seit 2013 unterstützen sogenannte Koordinierungsstellen Ausbildung und Migration, kurz KAUSA, im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung die Ausbildungsbeteiligung von migrantischen Jugendlichen. Die regionalen KAUSA Servicestellen bauen vor Ort zusammen mit regionalen Akteur/-innen nachhaltige Unterstützungsstrukturen für Selbstständige und Jugendliche mit Migrationshintergrund sowie deren Eltern auf. Seit 1. Mai 2016 gehört der Träger ARBEIT UND LEBEN Sachsen e. V. mit seiner neuen KAUSA Servicestelle Leipzig zum bundesweiten KAUSA Netzwerk.

Darüber hinaus gibt es eine Vielzahl weiterer Angebote, die eine Beschäftigungsaufnahme unterstützen und mit ihren niedrigschwelligen Angeboten zunehmend auch Migrant/-innen erreichen. Seit Herbst 2017 gibt es das Projekt „Mobiler Jobcoach Schönefeld", das aus Mitteln der EU, des Landes und der Stadt Leipzig im Programm "Nachhaltige soziale Stadtentwicklung ESF 2014-2020" gefördert wird. Ziel ist es, die soziale Eingliederung und Integration in Beschäftigung zu stärken.

Im Rahmen der Richtlinie zur Förderung von regionalen und übergreifenden Projekten zur Fachkräftesicherung durch das Sächsische Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr wird in Leipzig seit 2017 das Modellprojekt „Arbeitsmarktmentoren für Geflüchtete" umgesetzt. Ziel ist, durch eine individuelle Betreuung geflüchtete Menschen möglichst schnell und nachhaltig in den sächsischen Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu integrieren.

Neu in Leipzig ist auch die Beratungsstelle für ausländische Beschäftigte in Sachsen (BABS), die im Auftrag des Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr im März 2018 eröffnet wurde. Angeboten werden Beratungen vor allem für osteuropäische Arbeitnehmer zu arbeits- und sozialrechtlichen Fragen, wie zum Beispiel Lohnansprüchen, Arbeitszeiten, Urlaubsansprüchen oder Fragen zu Kranken- und Rentenversicherung. Die Beratung kann bei Bedarf in insgesamt sieben Sprachen durchgeführt werden.

Weitere durch Bundes- und Landesmittel geförderte arbeitsmarktbezogene Angebote stehen in Leipzig zur Verfügung, die sich auch an Migrant/-innen richten, hier aber nicht im Einzelnen aufgeführt werden können.

Die von der Stadt von 2011 bis 2018 durchgeführte unabhängige Bildungsberatung wurde gut von Migrant/-innen angenommen. Die durch die Einstellung entstandene Lücke sollte durch die Berufs- und Weiterbildungsberatung, „Lebenslanges Lernen" von Jobcenter und Arbeitsagentur aufgefangen werden.

Der Wunsch nach Information und stärkerer Vernetzung der oben genannten Arbeitsmarktakteure ist deutlich spürbar. Die Möglichkeit zum regelmäßigen Austausch, beispielsweise in der AG „Ausbildung und Arbeit" des Netzwerks Integration – Migranten in Leipzig sowie in der AG „Über Sprache zum Beruf", wird rege genutzt.

Um eine abgestimmte und zielgerichtete Zusammenarbeit im Bereich Integration von Migrant/-innen in Ausbildung und Arbeit zu gewährleisten, hatte sich seit 2015 der sogenannte Regionalworkshop etabliert, für dessen Organisation neben dem Jobcenter Leipzig, die Agentur für Arbeit und die Stadt Leipzig – Referat für Migration und Integration verantwortlich waren und der seit 2016 dank der finanziellen Förderung durch das IQ-Netzwerk Sachsen durch das genannte Referat koordiniert wurde. Im Herbst 2018 bestätigte die Dienstberatung des Oberbürgermeisters die Vorlage für ein neues Koordinierungsgremium – als Modifizierung und Aufwertung des bisherigen Regionalworkshops – womit eine zielführende Struktur für die aktuellen Herausforderungen auf dem Gebiet der arbeitsmarktlichen Integration von Migrant/-innen in Leipzig geschaffen wurde[20]. Dieses neue Gremium „Integration von Migrant/-innen in Ausbildung und Arbeit" wird drei Mal pro Jahr zusammen kommen und bindet auf Einladung des Oberbürgermeisters die Leitungsebenen von Stadtverwaltung, Jobcenter, Agentur für Arbeit, Kammern und weitere maßgebliche Entscheidungsträger ein, um mit ihnen verbindliche Zielsetzungen und Umsetzungsschritte zu vereinbaren.

Der Information und Vernetzung der Akteure dienten ebenfalls mehrere Fachtage, z.B. zu den Themen „Vielfalt auf dem Arbeitsmarkt – Perspektiven für Geflüchtete in Sachsen, Thüringen und der EU" und „Women at work". Auch die jährlich stattfindende Integrationsmesse bringt Anbieter von arbeitsmarktbezogenen Dienstleistungen und Arbeitssuchende zusammen und ist zu einem festen Bestandteil im Leipziger Veranstaltungskalender geworden. Sie erfreut sich wachsenden Interesses.

Eine weitere Vernetzung im Feld der Akteure stellt das 2018 eröffnete Fachinformationszentrum Zuwanderung dar. Dieses Zentrum ist als kooperative Einrichtung von Jobcenter Leipzig, Informations- und Beratungsstelle Anerkennung Sachsen (IBAS) und Agentur für Arbeit Leipzig gegründet worden. Die neue Einrichtung gewährt einen niedrigschwelligen Zugang zu den Beratungsangeboten der IBAS und fungiert als fachkundige Anlaufstelle für Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Arbeitssuchende in allen Fragen zum Themenkomplex Migration und Arbeitswelt.[21] Hier ist auch das IQ-Projekt "Faire Integration" angesiedelt, das Geflüchtete zu arbeitsrechtlichen Fragen berät.

Weitere Informationen und Beratungsangebote finden Migrant/-innen im neu eröffneten Willkommenszentrum in der Otto-Schill-Straße. Hier erhalten die Besucher/-innen neben Informationen zum Einstieg in Arbeit und Ausbildung Auskunft zu allen Fragen, die das Leben in Leipzig betreffen oder werden an die zuständigen Ansprechpartner/-innen weitergeleitet. Es stehen mehrsprachige Mitarbeiter/-innen für diesen Service zur Verfügung.

Trotz der zahlreichen Angebote, um einen Weg in Ausbildung und Arbeit zu finden, reichen die Kapazitäten der Unterstützungsstrukturen für Migrant/-innen nicht aus. Besonders schwierig ist die Situation vieler junger geflüchteter Erwachsener, die aufgrund einer unterbrochenen Bildungsbiografie und ihres Alters keinen deutschen Schulabschluss mehr erlangen können. Hier setzt eine Maßnahme der Sächsischen Staatsregierung zur berufsbereichsbezogenen Grundbildung für nicht mehr schulpflichtige Geflüchtete mit geringer schulischer Vorbildung an. Mit dieser Maßnahme sollen die jungen Menschen auf eine Berufsausbildung vorbereitet werden, indem ihnen berufsbereichsbezogene Grundbildung verknüpft mit praktischer Tätigkeit vermittelt wird. Der Start des ersten Durchgangs in Leipzig erfolgt im Januar 2019.[22]

Zusammengefasst bleibt die Herausforderung, die Beschäftigungspotentiale, die sich aus der Migration ergeben, zu nutzen und auszuschöpfen.[23]

20) siehe Beschlussvorlage VI-DS-05430, 21) Jobcenter Leipzig: Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm 2018, S.21, 22) Siehe auch Kapitel Bildung und Erziehung,

23) Vgl. auch Leipzig 2030. Integriertes Stadtentwicklungskonzept (INSEK), C.2.2 Fachkonzept Wirtschaft und Arbeit, S. 9, 12

»Es kommt darauf an, dass einzelne Maßnahmen in den Kontext einer langfristigen beruflichen und persönlichen Perspektive gestellt werden und dass die Akteur/-innen gut vernetzt sind.«

Lösungsansätze

Die Grundzüge der erforderlichen Handlungsstrategie sind im INSEK nachzulesen: „Die bisher nicht ausreichend genutzten Beschäftigungspotenziale, u. a. von Menschen … mit Migrationshintergrund (anerkannte Flüchtlinge, EU-Ausländer etc.) … sind durch den Einsatz individuell angepasster Förderinstrumente zu verbessern. So soll beispielsweise die Qualifikationsstruktur durch den integrierten Ansatz von Weiterbildung, Beschäftigung und Bildungsangeboten gesteigert werden. Hierzu werden entsprechende Förderangebote u. a. jährlich im Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm des Jobcenters festgeschrieben."[24]

Eine arbeitsmarktliche Integration muss mit der sozialen Integration der Migrant/-innen Hand in Hand gehen. An diesem Prozess ist eine Vielzahl von Akteur/-innen beteiligt, deren abgestimmte und zielgerichtete Zusammenarbeit erforderlich ist. Es kommt also darauf an, dass einzelne bedarfsgerechte Unterstützungsmaßnahmen in den Kontext einer langfristigen beruflichen und persönlichen Perspektive gestellt werden und dass die Akteur/-innen gut vernetzt sind.

Um eine Ausbildung oder ein Studium aufzunehmen, durchzuhalten und abzuschließen bedarf es des Zugangs zu bzw. der breiteren Streuung von Informationen über mögliche Hilfen zur Sicherung des Lebensunterhalts. Dazu gehört auch die Begleitung der Antragstellung für die zur Verfügung stehenden Förderinstrumente, wie z. B. ausbildungsbegleitende Hilfen, Berufsausbildungsbeihilfe oder BAföG. Hinzu kommt neben der finanziellen auch der Bedarf an fachlicher Unterstützung, um die Abbruchsrisiken zu verringern und zu einem erfolgreichen Abschluss zu gelangen.

Bei der Ausbildung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund muss die Stadtverwaltung eine Vorbildfunktion übernehmen. Trotz der bisherigen Bemühungen ist es bisher nicht gelungen, den Anteil der Auszubildenden mit Migrationshintergrund in der Stadtverwaltung zu erhöhen.[25] Darüber hinaus sollte die Vermittlung interkultureller Kompetenzen Bestandteil des Ausbildungsprogramms werden.

Eine wichtige Voraussetzung für eine erfolgreiche berufliche Zukunft ist eine abgeschlossene Schulausbildung. Nicht allen Zuwanderern gelingt es jedoch, auf direktem Wege einen Schulabschluss in Deutschland nachzuholen. Zur Schließung dieser Lücke ist die Schaffung neuer Berufsperspektiven, z. B. Ausbildungen mit hohen Praxisanteilen und niedrigschwelligem Zugang eine Möglichkeit, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Die Kombination solcher praxisnahen Ausbildungsgänge mit einem Schulabschluss wäre eine gute Basis für eine dauerhafte Arbeitsmarktintegration.

24) Vgl. auch Leipzig 2030. Integriertes Stadtentwicklungskonzept (INSEK), S. C.2.2 – 12,

25) Siehe dazu Ratsbeschluss RBV-1673/13 und VI-DS-01617 und Ausführungen zur Rolle der Stadtverwaltung als Arbeitgeberin im Kapitel Interkulturelle Orientierung und Öffnung

Gute oder sehr gute Deutschkenntnisse spielen für einen erfolgreichen Abschluss einer Ausbildung/eines Studiums sowie die Aufnahme einer Arbeit eine entscheidende Rolle. Dabei ist eine Förderung über ein B1-Sprachniveau hinaus im Hinblick auf eine langfristige, stabile Integration wichtig. Das Fachvokabular für die jeweilige Arbeit oder Ausbildung wird auf verschiedene Weise vermittelt – innerhalb der DeuFöV-Angebote, durch DaZ-Unterricht, Nachhilfe und niedrigschwellige Angebote. Alle diese Angebote sollten ausgebaut werden.

Bewährt hat sich eine individuelle Beratung und Betreuung im Orientierungs- und Bewerbungsverfahren, bei der auch soziale Aspekte und die konkrete Lebenssituation berücksichtigt werden. Die Sensibilisierung für die unterschiedlichen Lebenslagen der Migrant/-innen und für die rechtlichen Rahmenbedingungen auf Seiten der Ausbilder und Arbeitgeber, die Kenntnis des Ausbildungssystems, des Arbeitsmarktes und der Anforderungen an Theoriewissen und Praxisfertigkeiten auf Seiten der Zuwanderer/-innen befördern eine realistische Einschätzung der persönlichen Perspektiven und sind Grundlage für die Planung der nächsten Schritte hin zur Aufnahme einer Arbeit. Ebenso wichtig sind eine assistierte Vermittlung in eine Arbeit oder Ausbildung und eine Begleitung in der Anfangsphase des beruflichen Werdegangs. Um Ausbildungsabbrüche zu verhindern und die nachhaltige Integration in Arbeit zu sichern, müssen die entsprechenden Angebote ausgebaut werden.

Einen wichtigen Beitrag zur sozialen Integration kann Sozialarbeit an Berufsschulen leisten oder die Etablierung anderer Formate, die die Stärkung migrantischer Auszubildender zum Ziel haben und eine soziale Isolation verhindern.

Die Vernetzung der Unterstützungsangebote untereinander bleibt eine fortwährende Aufgabe, da immer wieder neue Projekte oder Angebote mit dem Fokus Integration in den Arbeitsmarkt aufgelegt werden. Eine gute Zusammenarbeit und ein fachlicher Austausch tragen zu einer Qualitätssicherung der beruflichen Orientierung bei. Dafür müssen zeitliche und personelle Ressourcen zur Verfügung stehen.

Auch eine individuelle Arbeitgeberbetreuung fördert die erfolgreiche Integration von Migrant/-innen in Arbeit und Ausbildung. Bei den Arbeitsmarktakteuren ist oft nur rudimentäres Wissen über Wege der Zuwanderung von Fachkräften aus dem Ausland vorhanden. Kleinere Unternehmen benötigen spezifische Informationen zu den Rahmenbedingungen der Einstellung von Zuwanderern als Auszubildende oder Mitarbeiter. Die interkulturelle Sensibilisierung der Arbeitsmarktakteure sollte fortgesetzt werden.

Geförderte Arbeitsgelegenheiten, Ausbildungsgänge mit hohen Praxisanteilen und weitere Programme, die die Voraussetzungen für eine Arbeitsaufnahme schaffen, werden weiterhin gebraucht.

Zur Unterstützung der Arbeitsmarktintegration bietet auch das Willkommenszentrum regelmäßig Hilfe an, sowohl durch die Vermittlung zu Fachdiensten und Beratungsstellen als auch durch arbeitsmarktbezogene Spezialangebote.

In einem öffentlichen Diskurs, in dem die vermeintlichen Nachteile der Zuwanderung im Fokus stehen, sollten Beispiele gelingender Integration mehr öffentliche Aufmerksamkeit bekommen. Die Anerkennung erfolgreicher migrantischer Unternehmensgründungen, z. B. durch eine Auszeichnung oder eine andere Form der öffentlichen publikumswirksamen Präsentation oder von Unternehmen, die Zuwanderer gut in ihre Belegschaft integriert haben, ist ein Weg, positive Aspekte der Zuwanderung zum Gespräch zu machen.

Bewährt hat sich die Beteiligung der Stadtverwaltung, konkret des Referats für Migration und Integration am IQ[26]-Netzwerk Sachsen und am bundesweiten IvAF[27]-Netzwerk. In den nächsten Jahren abzusichern ist ebenfalls die Koordination der Arbeitsgruppe „Ausbildung und Arbeit", des Arbeitskreises „Über Spracherwerb zum Beruf" sowie der Integrationsmesse.

Die Verstetigung von erfolgreichen Projekten bzw. solchen, die einen akuten Handlungsbedarf aufgreifen, ist immer wieder Thema in diversen Diskussionsrunden. Die große Abhängigkeit vieler integrationsrelevanter Aktivitäten und Projekte von oft kurzen Bewilligungszeiträumen finanzieller Förderung wird dem Ziel einer nachhaltigen Unterstützung der Integration nicht gerecht.

Abgesehen von der oft zeitlichen Begrenztheit von Integrationsmaßnahmen sollten Frauen stärker als Zielgruppe von Unterstützungsangeboten angesprochen werden. Tatsache ist, dass sie in geringerem Maße von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen profitieren als Männer. Auch ist ihre berufliche Eingliederung stärker von einer vorhandenen Kinderbetreuung abhängig. Um die Potenziale der Frauen zu nutzen, sollten frauenspezifische Eingliederungsaspekte besser berücksichtigen werden.

Zur Erreichung dieses Ziels sowie zur Umsetzung einer gleichberechtigten Teilhabe der Migrant/-innen am Arbeits- und Ausbildungsmarkt bedarf es weiterhin der Einwerbung von Drittmitteln durch die Kommune und durch weitere Akteur/-innen in Leipzig.

26) IQ – Integration durch Qualifizierung, Förderprogramm zur nachhaltigen Verbesserung der Arbeitsmarktintegration von Erwachsenen mit Migrationshintergrund,

27) IvAF – Integration von Asylbewerber/-innen und Flüchtlingen (IvAF): Im Mittelpunkt stehen Maßnahmen der speziell auf diese Zielgruppe ausgerichteten Beratung, betriebsnahen Aktivierung und Qualifizierung sowie Vermittlung in Arbeit oder Ausbildung. Sie verstärken die Angebote der Arbeitsagenturen und Jobcenter.

Maßnahmen

Amt für Wohnungsbau und Stadterneuerung

» Stadtteilorientierte Angebote zur Beschäftigungsförderung (Jobpoint Leipziger Westen, Mobiler Jobcoach Schönefeld, Projekt „Arbeit im Quartier“)

Amt für Wirtschaftsförderung

» Weiterführung des Projekts „Gründungsunterstützung für Migrantinnen und Migranten in Leipzig“

» Öffentlichkeitswirksame Vorstellung migrantischer Unternehmensgründungen

» Präsentation migrantischer Gründungen auf der Integrationsmesse

Kommunaler Eigenbetrieb Leipzig/Engelsdorf

» Fortführung und Ausbau des Bereichs/ Beratungsangebots „MATE – Migrationsspezifische Arbeitsmarktberatung und Teilhabe am Erwerbsleben“ in der rechtskreisübergreifenden Beratungseinrichtung des KEE

» Fortführung des Projekts „BJM – Berufsorientierte Jugendmigrationsberatung“ in Zusammenarbeit mit dem ASD Fachdienst umA, zur Vermittlung beruflicher Perspektiven (duale oder schulische Ausbildung, weiterführende Schulen) für jugendliche Migrant/-innen, im Anschluss an den Schulbesuch

» Fortführung des Projekts „AMB – Arbeitsmarktorientierte Migrationsberatung“ durch die Unterstützung im Bewerbungsprozess, bei der Anerkennung ausländischer Bildungs- und Berufsabschlüsse und bei der Suche nach Weiterbildungen und Qualifizierungen, Praktika und öffentlich geförderter Beschäftigung etc.

» Fortführung und Ausbau des Projekts „Alif – Arbeitsmarktspezifische lebensweltorientierte Integrationsberatung für Frauen“ in Kooperation mit DaMigra

» Fortführung des Projekts „AKub – Arbeitsmarktspezifische Kurzberatung“ für ratsuchende Migrant/-innen zur Integration in den deutschen Arbeitsmarkt

» Fortführung des Angebots „Kompetenzfeststellung FITT © KEE“ zur effektiveren Gestaltung des Integrationsprozesses durch eignungsdiagnostische und klinisch diagnostische Testverfahren zur Berufsorientierung, kognitiven Fähigkeiten, Persönlichkeit und weiteren Bereichen in Verbindung mit einer Deutschtestung nach dem europäischen Referenzrahmen (TELC)

Ordnungsamt/ Ausländerbehörde

» Weiterführung von AKZESS

Referat für Beschäftigungspolitik

» Projektbegleitung und kommunale Kofinanzierung des Projektes JOBLINGE-KOMPASS zur Integration von jungen Flüchtlingen im Alter von 18 bis 27 Jahren auf dem 1. Arbeitsmarkt im Rahmen der Fachkräfteallianz Leipzig

» Projektbegleitung und kommunale Kofinanzierung des Projektes „Frauen in Arbeit“ (FiA): Fraueninformations- und Beratungszentrum für Migrantinnen zum Themenkreis Arbeitsmarktintegration und Fachkräfte im Rahmen der Fachkräfteallianz Leipzig

» Projektbegleitung des Projektes zur Integration internationaler Fach- und Führungskräfte in den Arbeitsmarkt durch praxisbezogene Lehre und Forschung im Rahmen der Fachkräfteallianz Leipzig

» Projektbegleitung und kommunale Kofinanzierung des Projektes der HWK Leipzig zur Integration von Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund in den 1. Arbeitsmarkt über Ausbildung oder Beschäftigung im Rahmen der Fachkräfteallianz Leipzig

Referat für Migration und Integration

» Qualifizierte Sprach- und Integrationsmittlung für kommunale Angebote absichern

» Etablierung des neuen Koordininierungsgremiums „Integration von Migrant/-innen in Ausbildung und Arbeit“ in Leipzig

» Fortführung der Beteiligung am IvAF-Netzwerk, Projekt RESQUE 2.0

» Organisation und Durchführung eines jährlichen Fachtages zur Arbeitsmarktintegration von Migrantinnen

» Weiterführung und Leitung der AG Ausbildung und Arbeit

» Fortführung der Beteiligung am IQ Netzwerk Sachsen im Handlungsschwerpunkt Interkulturelle Qualifizierung/Diversity Management der Arbeitsmarktakteure und Institutionen

» Finanzielle und organisatorische Absicherung sowie Beteiligung an der jährlichen Integrationsmesse

» Regelmäßige thematische Veranstaltungen zur Erstorientierung für Neuzugewanderte durch das Willkommenszentrum Leipzig

» Aktualisierungen und Übersetzungen „Mein Ordner“

» Aktualisierung und Neuauflage des Willkommensstadtplans

» Verstetigung der Afeefa-Plattform absichern

3. Handlungsfeld

Gesundheitsversorgung und Gesundheitsförderung

Integration beinhaltet auch den gleichberechtigten Zugang zu den Angeboten der Gesundheitsversorgung und der Gesundheitsförderung:

Um bestehende Zugangsbarrieren abzubauen, sollten Gesundheitsversorgung und -förderung sowie Prävention Unterschiede in den Lebenssituationen, Kommunikationswegen und dem kulturell bedingten Umgang mit bestimmten Themen berücksichtigen und die Ressourcen der Menschen mit Migrationshintergrund einbeziehen. Besonderer Aufmerksamkeit bedürfen dabei einzelne Migrantengruppen, wie die Asylbewerber/-innen, für die der Zugang zur Gesundheitsversorgung aufgrund ihres rechtlichen Status nur eingeschränkt möglich ist oder Menschen ohne regulären Aufenthalt, die oft ohne jegliche medizinische Versorgung leben.
Eine hohe Integrationskraft entfaltet auch der Sport mit seinen Angeboten zur Gesundheitsförderung und Teilhabe, die es auszubauen gilt.

Entwicklungen seit 2013 und Herausforderungen

Die Zusammenhänge und Wechselbeziehungen zwischen Migration und Gesundheit sind vielfältig. Die Migration selbst, die Bedingungen unter denen sie stattfand sowie die Lebenssituation im Aufnahmeland haben Auswirkungen auf die gesundheitliche Situation des Einzelnen. Unabhängig vom Einfluss der persönlichen Lebenslage und dem Migrationsprozess auf die Gesundheit des Einzelnen wirken sich auch gesundheitsbezogene Verhaltensweisen und Prägungen der Eltern und Großeltern in nachfolgenden Generationen aus und können sich von der deutschen Mehrheitsgesellschaft unterscheiden.

Die Finanzierung und Sicherstellung der gesundheitlichen Versorgung liegt in erster Linie bei den Krankenkassen, bei Landeseinrichtungen und den Einrichtungen der gesundheitlichen Selbstverwaltung (wie z. B. der kassenärztlichen Vereinigung). Der Handlungsspielraum der kommunalen Gesundheitsämter ist vergleichsweise gering und im Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst im Freistaat Sachsen (SächsGDG) festgeschrieben. So umfasst das Aufgabenspektrum eines Gesundheitsamtes folgende Schwerpunkte: die Beobachtung, Bewertung und Überwachung der gesundheitlichen Situation der Bevölkerung sowie gesundheitliche Aufklärung und Beratung. Das Leipziger Gesundheitsamt legt einen Schwerpunkt auf die Förderung der gesundheitlichen Chancengerechtigkeit durch zielgruppenspezifische Angebote für Bevölkerungsgruppen mit besonderem Hilfebedarf. Gesundheitsämter sind nicht für die Sicherstellung der ambulanten medizinischen Versorgung, der ambulanten psychotherapeutischen Versorgung oder der stationären Versorgung in den Krankenhäusern zuständig.

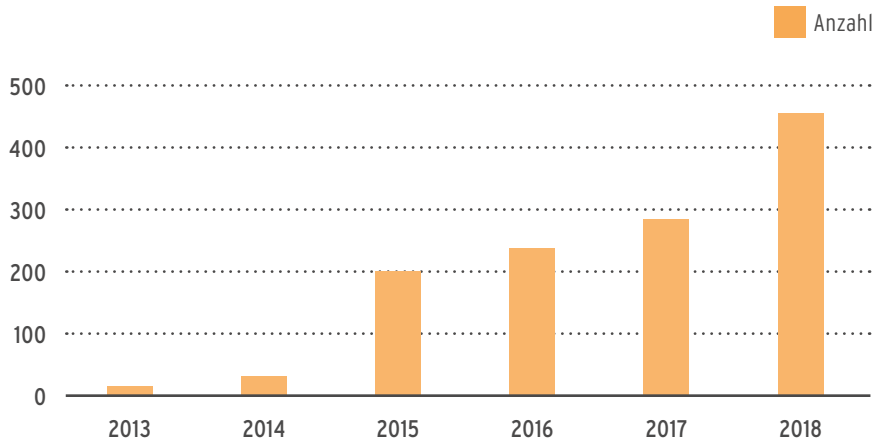
Zu den Regelleistungen des Leipziger Gesundheitsamtes gehören u.a. der Kinder- und Jugendärztliche Dienst, die Schwangeren- und Familienberatung, die Selbsthilfe- und Informationsstelle sowie die Beratungsstelle für sexuell übertragbare Krankheiten und AIDS. Außerdem werden Hilfen im Bereich der ambulanten und komplementären psychiatrischen Versorgung und auf dem Gebiet der Suchtkrankenhilfe bereitgestellt. Für die Steuerung sind die Suchtbeauftragte und der Psychiatriekoordinator verantwortlich, die die Umsetzung der pflichtigen Aufgaben und die Sicherung einer bedarfsgerechten Bereitstellung entsprechender Angebote, einschließlich präventiver Angebote koordinieren. Eher eine Netzwerkfunktion hat der Arbeitskreis Sexualpädagogik, dessen Geschäftsführung ebenfalls beim Gesundheitsamt liegt. In Verantwortung des genannten Amtes finden außerdem die Kita- und Schuluntersuchungen statt und ist der Kinder- und Jugendpsychiatrische Dienst tätig. Diese Aufstellung der Tätigkeitsbereiche des Leipziger Gesundheitsamtes zeigt, wo eine Förderung der gesundheitlichen Chancengerechtigkeit von Seiten der Stadtverwaltung möglich ist.

Über die genannten Leistungen hinaus führt das Gesundheitsamt im Auftrag der Landesregierung die Erstuntersuchung der in Leipzig untergebrachten Geflüchteten durch. Um die Betroffenen über den Ablauf und das Anliegen dieser Untersuchung zu informieren, wurde ein Video produziert, das Erklärungen in Deutsch, Englisch, Arabisch und Persisch enthält. Außerdem wurde mehrsprachiges gesundheitsbezogenes Infomaterial gesammelt, in den Unterkünften für Geflüchtete verteilt bzw. neu erstellt und übersetzt. Aufgrund der sprunghaft gestiegenen Zahl von in Sachsen und Leipzig ankommenden geflüchteten Menschen wurde im Oktober 2015 auf dem Gelände des Klinikums St. Georg Leipzig eine Ambulanz zur medizinischen Versorgung von Geflüchteten aus den Erstaufnahmeeinrichtungen des Landes eröffnet. Sie half, die medizinische Versorgung in den Erstaufnahmeeinrichtungen des Freistaates sicherzustellen. Später nutzten auch bereits der Stadt Leipzig zugewiesene Asylbewerber/-innen dieses Angebot.

Aufgrund der stark rückläufigen Flüchtlingszahlen im Jahr 2016 wurde die Ambulanz im Dezember des gleichen Jahres wieder geschlossen.

Anzahl der durch das Leipziger Gesundheitsamt beauftragten Einsätze von Sprach- und Integrationsmittler/-innen

Abb. 8



Quelle: Stadt Leipzig, Referat für Migration und Integration

»Für Angebote in kommunaler Trägerschaft stehen Sprach- und Integrationsmittler/-innen (SprInt) ... zur Verfügung. In den letzten Jahren konnten auch einige Leipziger freie Träger den SprInt-Pool nutzen.«

An verschiedenen Stellen zeigen sich Kapazitätsengpässe in der medizinischen Versorgung. Im Rahmen des Fortschreibungs-Workshops zum Thema Gesundheit wurde vor allem der schwierige Zugang zu Kinderärzt/-innen und Gynäkolog/-innen beklagt.

Ziel ist es, die Zuwander/-innen in die Regelangebote zu integrieren. Im Zuge des starken Zuzugs Geflüchteter ergab sich die Notwendigkeit, die Regelangebote stärker für Migrantinnen und Migranten zu öffnen und auf die spezifischen Bedarfe dieser Gruppe einzugehen.

Insbesondere aufgrund der demografischen Entwicklung, ergeben sich drei große Herausforderungen, die nicht neu, aber in ihrer Dimension spürbarer geworden sind: die Verbreitung von Informationen zu Gesundheitsthemen und -angeboten, die sprachliche Verständigung und Angebote für bestimmte Migrantengruppen.

Der *Informationsbedarf* über das Gesundheits- und Krankenversicherungssystem in Deutschland ist immens. Er reicht von Informationen über Zugangswege zu Fachärzten und Therapien über die eigenen Rechte und Pflichten als Versicherte/r bis hin zu Präventionsangeboten. Es fehlt an medizinischem Grundwissen, an Wissen über den eigenen Körper und über Möglichkeiten der Familienplanung sowie an Informationen über gesundheitsfördernde Angebote. Die Angebotsvielfalt im Bereich der Gesundheitsversorgung und -förderung sowie der Prävention ist bei vielen Migrant/-innen nicht bekannt.

Großer Bedarf besteht an Angeboten rund um Schwangerschaft und Geburt, die informieren, Fragen beantworten, begleiten, auf andere Angebote verweisen und die insbesondere auf die Bedürfnisse von Migrantinnen zugeschnitten sind. 2016 gab es einen Kurs für Arabisch und Farsi sprechende Schwangere, der sehr gut angenommen wurde, jedoch aus Kapazitätsgründen nicht wiederholt werden konnte. Seit 2018 bietet die Schwangerschafts- und Familienberatungsstelle des Gesundheitsamtes regelmäßig die sexualpädagogische Projektreihe „Meriem trifft Maria" für Frauen mit Fluchthintergrund in Gemeinschaftsunterkünften bzw. Erstaufnahmeeinrichtungen an.

Zu Angeboten und Abläufen im Gesundheitsbereich gibt es nicht nur bei den Migrant/-innen selbst, sondern auch bei Beratungsstellen und Multiplikator/-innen Informations- und Austauschbedarf. Insbesondere werden Angebote der Prävention und der Gesundheitsförderung von Migrant/-innen kaum in Anspruch genommen. Auch das Potential der Selbsthilfe bei der Bewältigung von Krankheiten und Krisen ist vielen Zuwander/-innen nicht geläufig. Aktuell sind in Leipzig nur zwei Selbshilfegruppen im Bereich Sucht in englischer Sprache bekannt.

Ein Projekt, das den Informationsaustausch fördern möchte, ist das Projekt „KuGeL – Kultursensible Gesundheitslotsen Leipzig", das im November 2017 gestartet ist. Ziel ist die Verbesserung der gesundheitlichen Situation von Migrant/-innen durch Informationen über individuelle und institutionelle Möglichkeiten der Gesundheitsförderung und Prävention sowie über das deutsche Gesundheitssystem. Diese Informationen erhalten sie von Gesundheitslotsinnen und -lotsen, die im Projekt ausgebildet werden. Im November 2018 erhielten die ersten Absolvent/-innen der Schulungsreihe ihre Zertifikate und stehen nun für Einsätze zur Verfügung. Das Gesundheitsprojekt mit und für Menschen mit Migrationshintergrund ist ein Projekt des Gesundheitsamtes Leipzig in Kooperation mit dem DRK Leipzig-Stadt e. V. und wird durch die Techniker Krankenkasse für fünf Jahre gefördert.

Nützliche Informationen für Migrant/-innen liefert ebenfalls die Broschüre „Verzeichnis Leipziger Ärzte, Hebammen, Logopäden mit Fremdsprachenkenntnissen und weitere Beratungsangebote", die vom Gesundheitsamt und dem Referat für Migration und Integration umfassend überarbeitet und aktualisiert im Frühjahr 2018 erschien. Weitere Ärzte mit Fremdsprachenkenntnissen sind auf der Homepage der Kassenärztlichen Vereinigung Sachsen zu finden.

Großer Handlungsbedarf besteht beim Thema ***Verständigung***. Aus der Sicht des medizinischen Personals und auch auf Seiten der Migrant/-innen selbst besteht ein immenser Bedarf an Dolmetscherleistungen bei ambulanten und stationären Krankenbehandlungen. Fast immer liegen die Verantwortung für die Beibringung eines/r Dolmetschers/-in sowie die damit verbundenen Kosten bei den hilfesuchenden Migrant/-innen. Wo sprachliche Hürden nicht qualifiziert überbrückt werden können, entstehen Risiken für Diagnostik, falsche Beratung und Medikation – sowie Folgekosten. Die Krankenkassen können derzeit aufgrund gesetzlicher Regelungen keine Finanzierung von Sprachmittler/-innen (außer Gebärdensprache) übernehmen.

Um den Zugang von Migrant/-innen zur psychotherapeutischen Versorgung zu erleichtern, wurde für die ärztliche Versorgung durch den Verbund der gemeindenahen Psychiatrie die Nutzung des kommunalen Sprach- und Integrationsmittlerpools (SprInt) ermöglicht.

Über die medizinische Versorgung hinaus sind auch für Angebote der gesundheitlichen Aufklärung und Beratung sowie für präventive Maßnahmen Sprachmittler/-innen notwendig. Für Angebote in kommunaler Trägerschaft stehen Sprach- und Integrationsmittler/-innen aus dem städtischen Sprach- und Integrationsmittlerpool (SprInt) zur Verfügung. In den letzten Jahren konnten auch einige Leipziger freie Träger den SprInt-Pool nutzen. Die Entscheidung darüber, welche Angebote durch diesen Dienst unterstützt werden sollen, traf nach einer Priorisierung des Bedarfs die Stadtverwaltung. So können nun beispielsweise auch die Suchtberatungsstellen, die Aidsberatung und die Behindertenberatungsstellen Sprachmittler/-innen anfordern.

Die Vielfalt der Angebote ist neben anderen Ursachen auch aufgrund der Sprachbarrieren bei Migrant/-innen häufig nicht bekannt. Über das Problem des Zugangs zu Informationen hinaus, bleibt die Nutzung vieler Angebote durch Migrant/-innen aufgrund der Sprachbarriere häufig aus.

Angebote für einzelne Teilgruppen der Zuwander/-innen bedürfen besonderer Aufmerksamkeit.

Menschen mit einer Versorgung nach §§ 1a, 3 Asylbewerberleistungsgesetz haben nur einen Anspruch auf eine eingeschränkte Gesundheitsversorgung entsprechend der rechtlichen Rahmenbedingungen. Darüber hinaus ist der Zugang zu dieser eingeschränkten medizinischen Versorgung aufwändig und bürokratisch. Um diesen Prozess zu vereinfachen und eine schnellere und unkompliziertere medizinische Versorgung zu gewährleisten, wurde auch in Leipzig die Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte für diese Zielgruppe geprüft. Es konnte jedoch in den Verhandlungen des Sozialamtes mit interessierten Krankenkassen keine Einigung über die konkrete Umsetzung dieses Vorhabens erzielt werden.

Gänzlich von Spenden und ehrenamtlichem Engagement abhängig ist nach wie vor die medizinische Versorgung von Menschen ohne Aufenthaltsstatus. Hinsichtlich der Umsetzung der Maßnahme aus dem vorangegangenen Gesamtkonzept zur Integration zur Prüfung der Einführung eines anonymisierten Krankenscheines und der Einrichtung einer Vergabestelle gab es jedoch Fortschritte. Entsprechend Ratsbeschluss VI-HP-07220 vom 31.01.2019 soll im Jahr 2019 eine Clearingstelle für die medizinische Versorgung von Menschen ohne Papiere bzw. ohne Aufenthaltsberechtigung eingerichtet werden.

Auch für viele EU-Bürger, die keine Krankenversicherung vorweisen können ist der Zugang zu einer ärztlichen Behandlung schwer. Diese Gruppe ist zahlenmäßig in den letzten Jahren spürbar gestiegen. Auch sie wird von der Einrichtung einer Clearingstelle profitieren.

Angebote, die alters- und geschlechtsspezifische Belange von Migrantinnen und Migranten berücksichtigen, decken nicht den Bedarf. Zum Beispiel ist die Situation in Gemeinschaftsunterkünften für Frauen, Kinder und LSBTTIQ[28] oft nicht einfach. Asylsuchende bzw. asylberechtigte Personen, deren Zugehörigkeit zur Gruppe der LSBTTIQ-Personen vor der Zuweisung nach Leipzig bekannt ist, werden in eigenen Wohnungen bzw. entsprechend ausgewählten Gemeinschaftsunterkünften untergebracht. Aufgrund des besonderen Schutzbedarfes erfolgt die Unterbringung in enger Abstimmung mit dem Rosalinde e.V.. Die Koordinierungsstelle kommunale Gesundheit beim Gesundheitsamt konnte Landesmittel einwerben und organisierte in den Jahren 2016 und 2017 jeweils eine Fortbildung zu sexueller Gesundheit für pädagogische Fachkräfte und Dolmetscher/ -innen in den Gemeinschaftsunterkünften.

Der Ausbau der bzw. der Zugang zur psychiatrischen und psychosozialen Versorgung von Migrant/-innen ist aufgrund der Fluchtmigration in den letzten Jahren immer drängender geworden. Im September 2015 wurde eine psychosoziale Beratungsstelle für Geflüchtete beim Mosaik Leipzig e. V. eröffnet, die 2016 zum Psychosozialen Zentrum für Geflüchtete ausgebaut wurde. Aufgrund des großen Handlungsbedarfs in der Verbesserung der sozial-psychiatrischen Betreuung hat sich im Frühjahr 2018 ein Runder Tisch zur psychosozialen Versorgung beim Mosaik Leipzig e. V. gegründet. Damit wird das Ziel verfolgt, durch professionelle Vernetzung und fachlichen Austausch Zugänge für Menschen mit Flucht- und Migrationshintergrund in die gesundheitliche Regelversorgung zu schaffen und zu erleichtern sowie die Behandlung zu verbessern. Da auch der Verbesserungsbedarf bei der medizinischen Versorgung Geflüchteter sehr groß ist, hat sich auf ehrenamtliche Initiative hin wenig später auch ein Runder Tisch Flucht- und Asylmedizin im Raum Leipzig etabliert.

Großer Bedarf besteht ebenfalls in der Straßensozialarbeit zur Suchtbegleitung, der zunehmend auch Menschen mit Migrationshintergrund betrifft. Im Konzept der Leipziger Sucht- und Drogenpolitik 2014 – 2019 wurden suchtkranke Migrant/-innen als Zielgruppe für Präventionsangebote benannt.[29] Im Maßnahmenplan ist festgehalten, dass spezifische Zugangswege und Angebote für diese Zielgruppe entwickelt werden sollen.[30]

Von hoher Relevanz für Integration und Gesundheit ist der Sport. Neben der Förderung der Gesundheit bieten gemeinsame sportliche Aktivitäten auch Raum für persönliche Begegnungen und das Knüpfen neuer Kontakte. Sport hat damit ein hohes Integrationspotential. In der Migrantenbefragung 2016 gaben 55 Prozent der Befragten an, mindestens einmal pro Woche sportlich aktiv zu sein. Damit unterscheiden sie sich kaum vom Bevölkerungsdurchschnitt (54%).[31]

Anbindung der sporttreibenden Leipziger Migrant/-innen an einen Sportverein

Tabelle 1: Anteil der befragten Migrant/-innen in Leipziger Sportvereinen nach Wohndauer in Deutschland

Wohndauer in Deutschland in Jahren	bis 5	6 bis 10	11 bis 15	16 bis 20	21 und länger
Anteil der Befragten, die ihre beliebteste Sportart in einem Verein ausüben	7 %	7 %	11 %	16 %	18 %

Quelle: Stadt Leipzig: Migrantenbefragung 2016. Ergebnisbericht, S. 35

28) Die Abkürzung LSBTTIQ steht für lesbisch, schwul, bisexuell, transsexuell, transgender, intersexuell und queer, 29) Konzept der Leipziger Sucht- und Drogenpolitik 2014 – 2019, Drucksache Nr. V/3771, S. 17

30) Ebd. Anlage 2, siehe Stichwort „Beratung, Behandlung und soziale (Re-) Integration", 31) Stadt Leipzig: Migrantenbefragung 2016. Ergebnisbericht, S. 33

» Zahlreiche Vereine öffneten ihre regulären Trainingsgruppen und luden zum sportlichen Mitmachen ein. Trainingsmöglichkeiten für Kindersportgruppen, Laufgruppen, Fußballmannschaften wurden angeboten, ...«

Insbesondere der Zuzug vieler Geflüchteter nach Leipzig motivierte zahlreiche Sportvereine sich für Migrant/-innen zu engagieren bzw. ihr Angebot für diese Zielgruppe auszubauen. Zahlreiche Vereine öffneten ihre regulären Trainingsgruppen und luden zum sportlichen Mitmachen ein. Trainingsmöglichkeiten für Kindersportgruppen, Laufgruppen, Fußballmannschaften wurden angeboten, begleitet und dabei viel ehrenamtliches Engagement investiert. Zusätzliche finanzielle Mittel flossen aus dem Landeshaushalt. Einer der drei vom Bund geförderten kommunalen Bildungskoordinatoren kümmert sich seit April 2017 um die Integration Neuzugewanderter in die bestehenden sportlichen Angebote.

Von verschiedenen Seiten wird immer wieder der Bedarf nach Schwimmunterricht für Migrant/-innen bzw. nach Hallen-Nutzungszeiten nur für Frauen geäußert. Viele Neuzugewanderte können nicht schwimmen. Das Kursangebot für Erwachsene ist überschaubar. Engpass sind die Hallenkapazitäten in Leipzig.

Als Schnittstelle zwischen kommunaler Steuerung und Leipziger Stadtteilen unterstützt seit Juli 2015 die nunmehr dauerhaft etablierte Koordinierungsstelle kommunale Gesundheit Stadtteilakteure bei der (Weiter-) Entwicklung ihres Stadtteils hin zum gesunden Quartier. Durch die finanzielle Unterstützung aus dem Verfügungsfonds Gesundheit konnten in den letzten Jahren mehrere Projekte umgesetzt werden, die sich auch an die Zielgruppe Menschen mit Migrationshintergrund richteten. Beispielhaft genannt seien hier die mehrsprachigen Bewegungsstadtpläne für den Leipziger Osten und Grünau sowie ein Projekt für Grundschulkinder mit Fluchterfahrung im Leipziger Osten. Es ist gelungen, diesen Verfügungsfonds Gesundheit in kommunaler Verantwortung zu etablieren und vorerst bis 2020 zu sichern. Der Fonds wird aus einem Pool gespeist, in den mehrere gesetzliche Krankenkassen einzahlen.

Im Rahmen der Aktivitäten des Gesunde Städte-Netzwerkes tagte im Februar 2017 das Kompetenzforum zum Thema „Interkulturelle Gesundheitsförderung in den Städten und Gemeinden unter Bedingungen globaler Migration und Flucht" in Leipzig.

Eine wichtige Voraussetzung für die Bedarfsermittlung und Planung von gesundheitsrelevanten Angeboten ist die Existenz einer migrationssensiblen Datenerhebung und Gesundheitsberichterstattung. Hier besteht auf Seiten der Gesetzgebung noch großer Handlungsbedarf. Die Datenlage zur Gesundheit der Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist nach wie vor verbesserungswürdig.

Lösungsansätze

Primäres Anliegen ist der Abbau von Zugangsbarrieren, die eine Inanspruchnahme der Angebote der Gesundheitsförderung und -versorgung durch Migrantinnen und Migranten erschweren bzw. verhindern. Ziel ist eine bedarfsgerechte migrationssensible Beratung in allen Bereichen der Gesundheitsversorgung und -förderung.

Dazu gehört auch der Einsatz von Sprach- und Integrationsmittlern. Um die Situation der Sprachmittlung in der medizinischen Versorgung zu verbessern wird sich die Stadt Leipzig bei Land und Bund für Verbesserungen hinsichtlich der gesetzlichen Rahmenbedingungen einsetzen. Im Fortschreibungs-Workshop zum Thema Gesundheit wurde die Einrichtung eines multisprachlichen Ärztezentrums vorgeschlagen, das das Problem der Verständigung und Engpässe in der medizinischen Versorgung entschärfen würde. Eine Fahrtkostenerstattung zu mehrsprachigen Ärzt/-innen außerhalb Leipzigs wurde ebenfalls in die Diskussion eingebracht. Der Austausch über best practice – Beispiele auf dem Gebiet der sprachlichen Verständigung bleibt in Ermangelung einer generellen Lösung wichtig. In gesundheitsrelevanten Bereichen außerhalb der medizinischen Versorgung, für den die Krankenkassen zuständig sind, bietet sich die Nutzung des kommunalen Sprach- und Integrationsmittlerpools (SprInt) für Dolmetscherleistungen an. Die Ausweitung auf Angebote freier Träger, die von diesem Service profitieren können, ist wünschenswert, wird aber von den finanziellen Möglichkeiten des städtischen Haushalts abhängig bleiben.

Die Nutzung vorhandener und die Erstellung mehrsprachiger Informationsmaterialien zum Gesundheitssystem, zu gesundheitsförderlichen und Präventionsangeboten sowie zu Körperwissen und Sexualität sollte fortgesetzt und ausgebaut werden. Die Zugänglichkeit zu diesen Informationen muss verbessert werden und sollte durch verschiedene Medien erfolgen. Eine Bündelung auf Seiten unter www.leipzig.de bietet sich ebenso an wie Leipzig-bezogene Broschüren und Informationsflyer, die einer ständigen Aktualisierung bedürfen. Mit seiner zentralen Lage kann auch das Willkommenszentrum als Informationsstelle für Migrant/-innen zu Gesundheitsthemen dienen, indem Infomaterial vorgehalten und nach Bedarf Veranstaltungen mit Kooperationspartnern angeboten werden. Hier verspricht eine Zusammenarbeit mit dem Projekt „KuGeL - Kultursensible Gesundheitslotsen Leipzig“ eine gute Erreichbarkeit der Zielgruppe.

Generell verbessert die Vernetzung verschiedener Akteur/-innen den Informationsfluss. Für die Arbeitsgruppe Gesundheitliche Chancengerechtigkeit des Gesunde Städte-Netzwerks sollten auch Interessenvertreter/-innen der Leipziger Migrantinnen und Migranten gewonnen werden. Auch die Arbeit des Arbeitskreises Sexualpädagogik sollte weiter gestärkt werden. Eine bessere Vernetzung der Akteure in der gesundheitlichen Versorgung von Migrant/-innen (Ämter, Ärzte, Krankenhäuser, Krankenkassen) und eine stärkere Zusammenarbeit des medizinischen Fachpersonals mit Trägern der Migrantenarbeit ist zu unterstützen.

Innerhalb der Gruppe der Migrant/-innen sollten insbesondere sozial benachteiligte Familien und Einzelpersonen im Fokus stehen. Dazu gehören Menschen mit Behinderungen, Personen ohne einen regulären Aufenthalt, nicht krankenversicherte EU-Bürger und Menschen mit Suchterkrankungen sowie bildungsferne Familien. Ebenso sind die spezifischen Bedarfe von Frauen und Männern, LSBTTIQ, Kindern und Senior/-innen im Blick zu behalten. Der Anteil älterer Menschen mit Migrationshintergrund wächst. Dies sollte bei der Planung von Angeboten für diese Zielgruppe, z. B. in den Seniorenbüros berücksichtigt werden.

Die klinische und ambulante psychiatrische und psychosoziale Versorgung von Migrant/-innen ist nicht bedarfsdeckend. Insbesondere sind die Kapazitäten zur psychologischen Betreuung und Behandlung von geflüchteten Kindern und Jugendlichen auszubauen.

Bestimmte Beratungsangebote, die von Migrantinnen und Migranten aufgrund fehlender Sprachkenntnisse nicht genutzt werden können, sollten speziell für einzelne, zahlenmäßig starke Sprachgruppen mit Dolmetscher/-innen angeboten werden. Dies betrifft beispielsweise die Schwangerenversorgung.

Neben dem Abbau von Zugangsbarrieren zu Angeboten der Gesundheitsversorgung und -förderung ist auch die interkulturelle Fortbildung eine wichtige Voraussetzung für eine gleichberechtigte Teilhabe von Migrant/-innen an gesundheitsfördernden Leistungen. Ein Angebot für Ärzte, Sanitäter, Pflegepersonal und Beratende wäre zu begrüßen.

Für die Lebenssituation bestimmter Bedarfsgruppen wie Frauen, Kinder, Menschen mit Behinderungen oder psychischen Erkrankungen und LSBTTIQ sind Beratende aber auch Sprach- und Integrationsmittler/-innen noch nicht ausreichend sensibilisiert. Eine diesbezügliche Zusatzqualifikation für Sprach- und Integrationsmittler/-innen und die Aufnahme dieser Themen in das Curriculum zur Qualifizierung der Sprach- und Integrationsmittler/-innen sind wünschenswert. Interessenvertreter/-innen der genannten Gruppen bieten Unterstützung bei der Planung von bedarfsgerechten Angeboten an.

Die Lage der Menschen ohne Krankenversicherung oder gänzlich ohne Papiere muss dringend verbessert werden. Die Prüfung der Einführung eines anonymisierten Krankenscheines und die Etablierung der Clearingstelle für Menschen ohne Papiere bleibt weiterhin auf der Agenda.

Viele gesundheitliche Beeinträchtigungen können durch einen bewussten Lebensstil vermieden oder zumindest gemildert werden. Wer regelmäßig etwas für seine Gesundheit tut, fühlt sich körperlich und auch geistig wohler. Mit dem Gesetz zur Stärkung der Gesundheitsförderung und der Prävention vom Juli 2015 wurden die Krankenkassen verpflichtet, ihre Präventionsangebote auszuweiten. Insbesondere diese vorsorgenden Angebote werden jedoch von Migrantinnen und Migranten unterdurchschnittlich häufig in Anspruch genommen. Hier bleibt noch Einiges zu tun. Auch die Beteiligung von Migrant/-innen an den kommunal koordinierten Selbsthilfegruppen ist ausbaufähig.

Ein wichtiges Element der Gesundheitsförderung ist der Sport. Über die Hälfte der befragten Migrant/-innen nutzt für die von ihnen am liebsten ausgeübte Sportart – die Favoriten sind Joggen und Fitnesssport – den öffentlichen Raum.[32] Die Planung öffentlicher Wege und Anlagen sollte dem Rechnung tragen und die Angebote sportlicher Betätigung beibehalten, bedarfsgerecht weiterentwickelt und ergänzt werden. Ebenso sind die steigenden Bevölkerungszahlen – auch von Migrant/-innen – bei der Sportstättenplanung zu berücksichtigen.

Die Datenlage zur Gesundheit von Menschen mit Migrationshintergrund ist in Sachsen wie auch bundesweit unzureichend. Hier muss ein dementsprechender gesetzlicher Rahmen geschaffen werden. Dies ist eine wichtige Voraussetzung für die Planung passgenauer Angebote im Bereich Prävention und Gesundheitsförderung.

32) Stadt Leipzig: Migrantenbefragung 2016. Ergebnisbericht, S. 34 f.

Maßnahmen

Amt für Sport

» Integrative Sportangebote erhalten bei der Vergabe von kommunalen Sportstätten abhängig von der Verfügbarkeit eine besondere Priorität

Gesundheitsamt

» Umsetzung des Projekts Kultursensible Gesundheitslotsen für Leipzig (KuGeL)

» Laufende Aktualisierung des Verzeichnisses "Leipziger Ärzte, Hebammen, Logopäden mit Fremdsprachenkenntnissen und weitere Beratungsangebote" in der online-Variante, Aktualisierung und Layout der Broschüre

» Fortführung des Projekts „Meriem trifft Maria": sexualpädagogisch angeleitete Gesprächsrunde für Frauen mit Fluchthintergrund zu den Themen Frauenbilder, Körperwissen und Familienplanung

Gesundheitsamt, Referat für Migration und Integration

» Ausbau der Seite Migration und Gesundheit auf leipzig.de

Referat für Migration und Integration

» Qualifizierte Sprach- und Integrationsmittlung für kommunale Angebote absichern

» Erhöhung des SprInt-Budgets für freie Träger Referat für Migration und Integration

» Sensibilisierung der SprInt zu geschlechterspezifischen Angeboten, LGBTTIQ, psychosozialen Themen: 6 Fortbildungstermine

» Regelmäßige thematische Veranstaltungen zur Erstorientierung für Neuzugewanderte durch das Willkommenszentrum Leipzig

4. Handlungsfeld

Sozialräumliche Integration

Angesichts des abnehmenden Integrationspotentials anderer Lebensbereiche – hier vor allem des Arbeitsmarktes – gewinnt sozialräumliche Integration an Bedeutung:

In allen größeren Städten trifft in bestimmten Wohngebieten eine sozial besonders benachteiligte deutsche Einwohnerschaft mit einem überdurchschnittlich hohen Anteil von Migrantinnen und Migranten zusammen. Um der sozialen Benachteiligung und der Verdichtung von Problemlagen in solchen Stadtteilen entgegenzuwirken bzw. diese sozial zu stabilisieren, wird auch in Leipzig mit Hilfe von integrierten Förderprogrammen und engagiertem Quartiersmanagement seit einigen Jahren die dortige Stadtteilentwicklung in besonderem Maße unterstützt. Hier gilt es, auch bei zurückgehendem Fördervolumen den durchaus erfolgreichen Prozess fortzuführen, um Vielfalt und sozialen Zusammenhalt nachhaltig zu sichern, auch unter Nutzung der familiären, ethnischen, nachbarschaftlichen und religiösen „Sozialräume" der Migrantinnen und Migranten.
Eine wichtige Grundlage für die Ermittlung der Stadträume, in denen besonderer Handlungsbedarf geboten ist, stellt das integrierte Stadtentwicklungskonzept dar, in dem konkret Schwerpunkte und Maßnahmen benannt werden.

Entwicklungen seit 2013 und Herausforderungen

Die migrantische Bevölkerung ist seit Ende 2013 von 10 % auf nunmehr 14,7 % der Einwohnerschaft angewachsen. Sie ist in Leipzig, wie in anderen Großstädten auch, sehr ungleich über das Stadtgebiet verteilt. Die größten Anteile sind in Zentrumsnähe zu finden. In Volkmarsdorf hat bald die Hälfte der Bevölkerung (41,8 %) einen Migrationshintergrund, mit 36,9 % und 35,8 % liegen die Ortsteile Neustadt-Neuschönefeld und Zentrum-Südost auf dem zweiten und dritten Platz.[33]

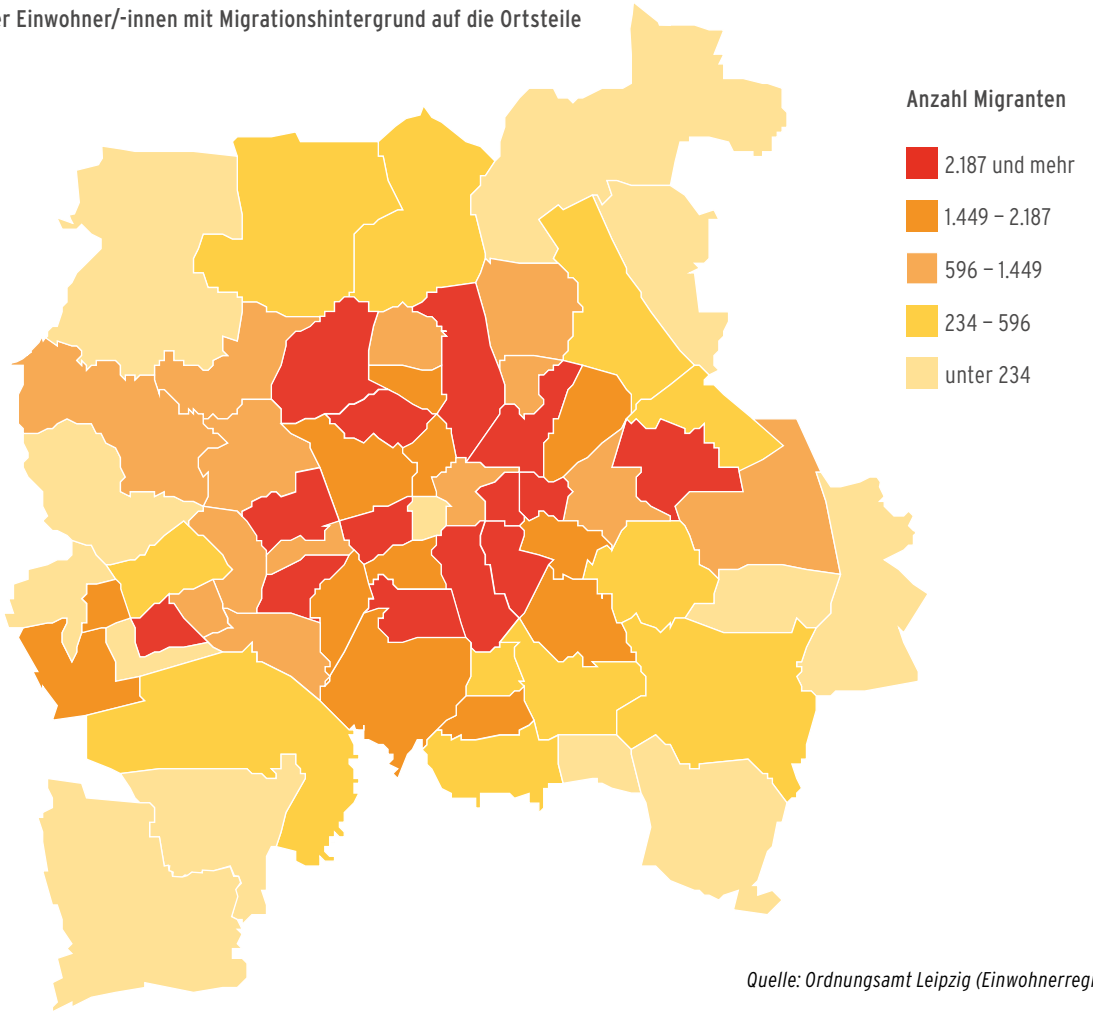
Jeder Stadtteil ist anders hinsichtlich Bevölkerungszusammensetzung, sozialer Infrastruktur und Akteurslandschaft. Für den Verlauf und den Erfolg von Integration ist das Wohnumfeld von zentraler Bedeutung. Hier findet der Alltag statt, werden Kontakte geknüpft. Bei einer sozialräumlich ausgerichteten Stadtpolitik kommt es darauf an, die Angebote und Dienstleistungen bedarfsgerecht in den einzelnen Stadtgebieten zur Verfügung zu stellen, vorhandene Angebote für die spezifischen Zielgruppen, wie z. B. Migrantinnen und Migranten, zu öffnen sowie im Sozialraum vorhandene Potentiale zu aktivieren und zu nutzen.

Die Konzentration von Zuwanderern in einzelnen Stadtteilen wird oft kritisch und problembehaftet gesehen. Die bloße Existenz einer ethnischen Segregation lässt jedoch noch keine Rückschlüsse auf positive oder negative Effekte hinsichtlich Integration und gesellschaftlichem Zusammenleben zu. Erst das Zusammentreffen mit sozialer Segregation kann sich zu einer Herausforderung für das gesellschaftliche Zusammenleben entwickeln. Dies ist beispielsweise in den Stadtgebieten Grünau und Paunsdorf der Fall, wo eine sozioökonomische Benachteiligung von Teilen der Bevölkerung mit einem raschen Anstieg der Zuwandererzahlen zusammenfiel.

33) Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen,

Kleinräumige Verteilung der Einwohner/-innen mit Migrationshintergrund in den Ortsteilen der Stadt Leipzig 2017

Abb. 9: Verteilung der Einwohner/-innen mit Migrationshintergrund auf die Ortsteile



Quelle: Ordnungsamt Leipzig (Einwohnerregister)

Infolge des starken Zuzugs Geflüchteter in den Jahren 2015 und 2016 war im Einzugsbereich der neu eingerichteten Gemeinschaftsunterkünfte ein großer Bedarf an Information der alteingesessenen Bewohner zu verzeichnen. In öffentlichen Informationsveranstaltungen wurde die Nachbarschaft über die Inbetriebnahme der Unterkünfte informiert, Vorbehalten entgegengetreten und ehrenamtliche Unterstützungsangebote kanalisiert.

Diejenigen Stadtteile, deren sozio-ökonomische Daten auf schwierige Lebenslagen bei einem großen Teil der Bevölkerung hinweisen, wurden als Schwerpunktgebiete der Stadtentwicklung definiert. Seit vielen Jahren werden diese Stadtteile mit Hilfe von integrierten Förderprogrammen in besonderem Maße unterstützt. In den letzten Jahren sind neue Gebiete wie Paunsdorf und Mockau hinzugekommen, andererseits konnten Teile des Leipziger Westens „entlassen" werden. Grünau, der Leipziger Osten und Schönefeld bleiben weiterhin Schwerpunktgebiete der integrierten Stadtteilentwicklung.[34] Für diese Gebiete existieren bereits eigene Stadtteilkonzepte oder es ist die Erstellung solcher Handlungsleitfäden für eine integrierte Entwicklung geplant. Darüber hinaus werden im Integrierten Stadtentwicklungskonzept (INSEK) flächendeckend für alle Ortsteile Herausforderungen beschrieben und Handlungsansätze für die nächsten Jahre formuliert.[35]

Zentral für die Unterstützung der Stadtteilentwicklung und die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts ist die Arbeit der Quartiers- und Stadtteilmanagements. Zusätzlich zu den etablierten Quartiersmanagements im Leipziger Osten und in Grünau sowie den Stadtteilmanagements in Schönefeld und im Leipziger Westen nahm im Juli 2018 das Quartiersmanagement Paunsdorf seine Arbeit auf.

Die Quartiers- und Stadtteilmanagements sind wichtiger Vernetzungspunkt unterschiedlicher Aktivitäten in den Stadtteilen, u.a. auch des bürgerschaftlichen Engagements. Neben den schon seit Jahrzehnten in den Sozialräumen gewachsenen ehrenamtlichen Strukturen war mit der Ankunft der vielen geflüchteten Menschen 2015 und 2016 ein starkes Anwachsen zivilgesellschaftlichen Engagements zu verzeichnen. Aus diesem Engagement sind viele Vereine und Initiativen hervorgegangen, die sich nun weiterhin auf dem Gebiet der Integrationsunterstützung und/oder des kulturellen Austauschs engagieren, obwohl das ehrenamtliche Engagement in der Flüchtlingshilfe nach dem Rückgang der Zuweisungszahlen insgesamt wieder rückläufig ist. Die meisten Ehrenamtlichen sind an Vereine und religiöse Gemeinden angebunden, auch viele Regeldienste und städtische Einrichtungen arbeiten mit Ehrenamtlichen zusammen. Im Umfeld fast aller Unterkünfte für Geflüchtete sind Unterstützungsinitiativen entstanden. Oft sind die Ehrenamtlichen auf bestimmte Aufgabengebiete spezialisiert (z.B. Begegnungsangebote, Deutschunterricht).

Die Vielfalt der in der Migrantenarbeit tätigen Akteur/-innen in den Sozialräumen macht es sowohl für neu Zugewanderte als auch für Haupt- und Ehrenamtliche schwer, den Überblick über Angebote und Zuständigkeiten zu behalten. Aufgrund des großen Informationsbedarfs und der oft nicht vernetzten unterschiedlichen

Ortsteile mit den höchsten und niedrigsten Migrantenanteilen

Tabelle 2 (Stand 31.12.2018)

Ortsteile mit den höchsten Migrantenanteilen		Ortsteile mit den niedrigsten Migrantenanteilen	
Volkmarsdorf	41,8 %	Baalsdorf	2,8 %
Neustadt-Neuschönefeld	36,9 %	Plaußig-Portiz	3,2 %
Zentrum-Südost	35,8 %	Burghausen-Rückmarsdorf	3,6 %
Zentrum	29,4 %	Knautkleeberg-Knauthain	3,8 %
Grünau-Mitte	26,9 %	Liebertwolkwitz	3,8 %
Zentrum-West	22,7 %	Lützschena-Stahmeln	4,3 %
Zentrum-Nord	22,6 %	Althen-Kleinpösna	4,3 %
Schönefeld-Abtnaundorf	21,3 %	Miltitz	5,3 %
Grünau Nord	18,4 %	Holzhausen	5,3 %
Paunsdorf	18,0 %	Seehausen	5,4 %

Quelle: Amt für Statistik und Wahlen

»Interkultureller Austausch, Dialog und Begegnung sind Voraussetzungen für ein gesellschaftliches Zusammenwachsen. Begegnungsräume sind oft Kultur- und Freizeiteinrichtungen im Wohnumfeld.«

Angebote wurden mit finanzieller Unterstützung aus städtischen, Landes- und Bundesmitteln Koordinator/-innen-Stellen eingerichtet, die u. a. in Paunsdorf, im Leipziger Westen und in Grünau angesiedelt sind. Akteur/-innen vor Ort, die ihre schon länger bestehenden Angebote für die Zielgruppe der Migrant/-innen öffnen wollen, können sich, sofern sie Beratungsbedarf haben, ebenfalls an diese Personen wenden. Darüber hinaus wird die Integrationsarbeit stadtübergreifend durch eine im Referat für Migration und Integration angesiedelte Koordinationskraft Integration und in den Stadtteilen seit Mitte 2018 durch zehn sogenannte Kommunale Integrationskoordinatoren (KIK) unterstützt, die bei Vereinen, Migrationsberatungsstellen und im Referat für Migration und Integration tätig sind. Ihr Einsatz ist durch Landesmittel ermöglicht worden. Um haupt- und ehrenamtliche Strukturen besser zu vernetzen und Angebote in Leipzig bekannter zu machen, gibt es seit Kurzem einen Wegweiser über alle Angebote in der Flüchtlingshilfe[36], der in ehrenamtlicher Initiative und mit inhaltlicher Unterstützung der Stadtverwaltung entstanden ist. Neu ist auch die online-Plattform Afeefa[37], die ebenfalls Orientierung und Informationen für Zugewanderte bietet.

Interkultureller Austausch, Dialog und Begegnung sind Voraussetzungen für ein gesellschaftliches Zusammenwachsen. Begegnungsräume sind oft Kultur- und Freizeiteinrichtungen im Wohnumfeld. Das Kulturamt der Stadt Leipzig fördert mehrere soziokulturelle Zentren in den Stadtteilen und veranstaltet Kulturfestivals wie den Grünauer Kultursommer und die OSTLichter, die Menschen verschiedener Herkunft zusammenbringen. Auch die Angebote der Leipziger Städtischen Bibliotheken und der Volkshochschule gehen auf die jeweiligen Besonderheiten der Stadtteile ein und richten ihre Aktivitäten dementsprechend aus.

Neu sind die sozialräumlich orientierten Angebote des Gewandhauses, das in einzelnen Stadtteilen aktiv geworden ist. Nachdem in der Spielzeit 2017/2018 Grünau im Fokus lag, steht in der Konzertsaison 2018/2019 der Leipziger Osten im Mittelpunkt der Musikvermittlungsprojekte. Startschuss war der Gewandhaustag am 1. September, zu dem nicht nur in der Innenstadt kostenfreie Konzerte zu erleben waren, sondern auch im Leipziger Osten – als gleichzeitige Eröffnung des OSTLichter-Festivals.

Darüber hinaus unterstützt die Stadt im Rahmen ihrer Möglichkeiten Vereine, Verbände und Initiativen, die im interkulturellen Bereich tätig sind. Insbesondere durch den Einsatz von Mitteln aus der Förderrichtlinie „Integrative Maßnahmen" des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Verbraucherschutz, Geschäftsbereich Gleichstellung und Integration konnten in den letzten Jahren sehr viel mehr interkulturelle Aktivitäten und niedrigschwellige Integrationsmaßnahmen von Leipziger Vereinen und Initiativen gefördert werden.

34) Vgl. Leipzig 2030. Integriertes Stadtentwicklungskonzept (INSEK), S. B - 1, 35) Vgl. INSEK, S. B – 12 ff.,

36) Stiftung Bürger für Leipzig: Wegweiser für Ehrenamtliche in der Flüchtlingshilfe, www.buergerfuerleipzig.de/wegweiser, 37) www.afeefa.de

Herausforderung und Ziel der Stadtentwicklung bleibt, „eine ausgewogene, quartiersnahe Verteilung der kulturellen Angebote und Infrastruktur über die Gesamtstadt und Sicherung von Stadträumen für Kunst und Kultur" zu gewährleisten und eine kultureller Teilhabe aller Bevölkerungsgruppen zu ermöglichen.[38]

Ein Thema, das stadtteilübergreifend viele Menschen bewegt, ist das Thema Wohnen. Die finanziellen Aufwendungen für eine Wohnung stellen für die Leipziger/-innen eines der größten Probleme dar. In der kommunalen Bürgerumfrage 2017 rangierte dieses Problemfeld nach Kriminalität/Sicherheit auf Platz 2.[39] Die Nachfrage nach Wohnraum ist aufgrund des Bevölkerungswachstums in den letzten Jahren stark angestiegen. Insbesondere Menschen mit geringem Einkommen, zu denen überdurchschnittlich viele Migrant/-innen zählen, haben Probleme, eine geeignete, bezahlbare Wohnung zu finden. „Ziel ist deshalb, auch in der wachsenden Stadt Wohnen vielfältig, bezahlbar und wirtschaftlich tragfähig zu ermöglichen. Die bedarfsgerechte und stadtverträgliche Entwicklung und Erweiterung des Wohnungsangebotes hat deshalb für uns hohe Priorität."[40] Um dieses Ziel zu erreichen hat der Stadtrat am 28.10.2015 das überarbeitete Wohnungspolitische Konzept und am 27.09.2018 die Fortschreibung der Instrumente und Maßnahmen beschlossen.

Neben dem Problem der Bezahlbarkeit und der generellen Verfügbarkeit von geeigneten Wohnungen sehen sich die Migrant/-innen oft auch einer weiteren Hürde gegenüber – der Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt. Eine Studie des Antidiskriminierungsbüros Sachsen hat festgestellt, dass offene und verdeckte Diskriminierung von Migrant/-innen beim Zugang zu Wohnraum zum Alltag gehören.[41]

Im Rahmen der regelmäßigen Experten-Workshops zum Wohnungspolitischen Konzept fand auf Initiative und unter Beteiligung des Migrantenbeirats speziell zum Thema Diskriminierung von Migrantinnen und Migranten im September 2018 eine erste Verständigung mit Wohnungsmarktakteuren statt, um Möglichkeiten und Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von Migrant/-innen auf dem Leipziger Wohnungsmarkt auszuloten.[42]

Von Diskriminierungserfahrungen abgesehen, stehen geflüchtete Menschen häufig unter Druck, eine Wohnung zu finden. Sie müssen nach Abschluss ihres Asylverfahrens die Gemeinschaftsunterkünfte möglichst bald verlassen und sich eine eigene Wohnung suchen. Wird der Familiennachzug genehmigt, stellt sich schnell die Frage nach einer größeren Wohnung. Da sich generell die Wohnungssuche gerade für Migrant/-innen sehr schwierig gestaltet (wegen geringer Deutschkenntnisse, angespanntem Wohnungsmarkt, Diskriminierung), hat sich eine vielgenutzte, aus einer ehrenamtlichen Initiative hervorgegangene Unterstützungsstruktur etabliert: die Kontaktstelle Wohnen. Das Team der Kontaktstelle bringt wohnungssuchende Geflüchtete und ehrenamtliche Patinnen und Paten zusammen. Durch die finanzielle Förderung durch die Stadt Leipzig und über die Richtlinie „Integrative Maßnahmen" des Geschäftsbereichs Gleichstellung und Integration des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Verbraucherschutz können dort seit 2016 mehrere Mitarbeiter/-innen beschäftigt werden.

Bewährt haben sich auch Workshops für Zugewanderte, die Informationen rund um das Thema Wohnen vermitteln. Sie werden von verschiedenen Trägern angeboten und z. T. von der Stadtverwaltung unterstützt.

38) Leipzig 2030. Integriertes Stadtentwicklungskonzept (INSEK), S. C – 6, 39) Stadt Leipzig: Schnellbericht zur Kommunalen Bürgerumfrage 2017, S. 7, 40) INSEK, S. A – 16, 41) Siehe Antidiskriminierungsbüro Sachsen: Rassistische Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt. Situationsbeschreibung und Handlungsempfehlungen, 2017, 42) Siehe auch Ratsbeschluss VI-A-04523

Lösungsansätze

Für Maßnahmen des gesellschaftlichen Zusammenhalts sollten weiterhin die finanziellen Förderungen im Rahmen der von Land, Bund und Europäischer Union ausgeschriebenen Stadterneuerungsprogramme genutzt werden. Die im Integrierten Stadtentwicklungskonzept „Leipzig 2030" und in den Stadtteilentwicklungs- und Quartierskonzepten formulierten Bedarfe bilden eine gute Grundlage für die Antragstellung.

Die Quartiers- und Stadtteilmanagements leisten eine unverzichtbare Arbeit in den Sozialräumen. Sie fördern den Austausch und die Begegnung zwischen den Bewohner/-innen, vernetzen Angebote und Akteur/-innen im Stadtteil. Darüber hinaus sind sie häufig Ansprechpartner zu den Themen sozialer Zusammenhalt und Integration. Diese Aktivitäten sollten nachhaltig gefördert und die Teams personell möglichst vielfältig in Bezug auf Herkunft, Sprache, Religion und sozioökonomischem Status aufgestellt sein. Quartiersmanagements bzw. Träger mit Schnittstellenfunktion sollte es in allen Stadtteilen geben.

Ein großes Potential, den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern, liegt ebenfalls in der Stadtteilkultur und in der Soziokultur. Den soziokulturellen Zentren in Leipzig kommt mit ihren vielfältigen Angeboten an Kunst und Kultur, ihrer Rolle als Veranstaltungshäuser, Orte der kulturellen Bildung und als offene kommunikative Treffs eine besondere Bedeutung zu. Gerade in Stadtteilen mit einer ethnisch und sozial gemischten Bevölkerung können kulturelle Angebote Brücken schlagen und die Teilhabechancen der Bewohner/-innen erhöhen. Der weitere Ausbau dezentraler Kultur- und Bildungsangebote spielt dabei eine große Rolle.

Kulturelle Events wie das OSTLichter-Festival bieten Möglichkeiten, kulturelle Vielfalt als Bereicherung zu erleben, den Zusammenhalt zu fördern und eine positive Außenwahrnehmung dieser Stadtteile zu befördern.

Ein Weg, um möglichst vielen Menschen aus allen Bevölkerungsschichten Bildungs- und Kulturangebote zugänglich zu machen, ist eine stärkere Vernetzung der Orte formaler und nonformaler Bildung. In diesem Zusammenhang sind große Erwartungen sowohl mit dem neuen Schulcampus in Grünau als auch mit dem neuen Schulcampus in der Ihmelsstraße im Leipziger Osten verbunden. Zur Erfüllung ihres Bildungsauftrags sollen die dort angesiedelten Schulen die Potenziale aus dem umgebenden Stadtteil nutzen und Kooperationen mit Akteuren aus der Zivilgesellschaft (Vereinen, Initiativen und Kultureinrichtungen) aufbauen. Die räumlichen und technischen Voraussetzungen dafür werden geschaffen. Für den Campus Ihmelsstraße ist die Einbindung der Volkshochschule, der Musikschule Leipzig und des Quartiersmanagements Leipziger Osten auf dem Schulgelände geplant.

Auch Angebote für eine sportliche Betätigung in Vereinen sowie im öffentlichen Raum sollten beibehalten, bedarfsgerecht weiterentwickelt und ergänzt werden. Sie tragen zur Integration, zu einer Erhöhung der Lebensqualität und zur Attraktivität der Quartiere bei.

»Ehrenamtliches Engagement leistet einen wichtigen Beitrag für die soziale Integration vieler Zugewanderter und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in der Nachbarschaft.«

Für die Themen Migration und Integration gibt es je nach konkretem Anliegen und fachlichem Bezug eine Vielzahl von Ansprechpartner/-innen, die jeweils auf bestimmte Aufgaben und Zielgruppen spezialisiert sind. Die Frage Wer macht was? stellt sich angesichts wechselnder Rahmenbedingungen (neue Stellen, Förderungen), sich verändernder Herausforderungen (Flüchtlingszuzug, EU-Zuwanderung), entstehender und wegfallender Initiativen und Projekte immer wieder neu. Die Erstellung und Pflege von Übersichten über Angebote und Ansprechpartner/-innen ist in jedem Fall unterstützenswert, insbesondere wenn die Angebote stadtteilübergreifend abgebildet werden, wie es die oben erwähnte online-Plattform Afeefa umgesetzt hat und fortsetzen will.

Darüber hinaus ist es erforderlich, einen längerfristigen koordinierenden Gesamtblick auf die Integrationsangebote in Leipzig zu haben. „Integrationsleistungen [sind] verstärkt als ressortübergreifende Aufgabe wahrzunehmen. Dies bedeutet aber gleichzeitig, dass es einer stärkeren Steuerung und Koordinierung des ressortübergreifenden Prozesses bedarf."[43]

Die Verzahnung gesamtstädtischer und stadtteilbezogener Strategien und Programme muss im Blick behalten werden.

Generell kann die Nachhaltigkeit von Integrationsmaßnahmen verbessert werden, indem Projektzeiträume verlängert und erfolgreiche Projekte bzw. Projektteile in Regelstrukturen integriert und damit verstetigt werden. Gleiche Ansprechpartner/-innen und feste Auskunftsorte über einen längeren Zeitraum unterstützen den Zugang zu den Zielgruppen. Sie sind aber gleichzeitig auch für viele ehrenamtlich Tätige wichtig, die immer Zugang zu qualifizierten Ansprechpartner/-innen haben sollten.

Ehrenamtliches Engagement leistet einen wichtigen Beitrag für die soziale Integration vieler Zugewanderter und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in der Nachbarschaft. Interkulturell arbeitende Initiativen und Vereine müssen weiterhin unterstützt werden. Dazu gehört auch die öffentliche Wertschätzung und Würdigung ehrenamtlichen Engagements. Sie spielt eine große Rolle für die Motivation, sich zu engagieren und kann nicht oft genug erfolgen. Eine Anbindung an hauptamtliche Strukturen und der Zugang zu Qualifikationsangeboten und Supervision ist im Interesse der gesamten Stadtgesellschaft.

Die Wohnraumversorgung für einkommensschwache Haushalte wird auch in den nächsten Jahren eine Herausforderung bleiben. Seit 22.11.2016 gibt es eine Richtlinie des Freistaates Sachsen zur Förderung der Schaffung von mietpreis- und belegungsgebundenem Mietwohnraum. Die Stadt Leipzig setzt die in der Richtlinie formulierten Anforderungen um, indem sie jährlich eine Wohnungsbauförderkonzeption erarbeitet und anschließend die Inanspruchnahme der Fördermittel steuert und gewährleistet. So werden beispielsweise im Rahmen des LWB-Neubauprogramms mietpreis- und belegungsgebundene Wohnungen entstehen.

Die Stadt Leipzig hat sich auch in ihrem wohnungspolitischen Konzept zum Ziel gesetzt, dass genügend Wohnungen für Haushalte mit niedrigem Einkommen zur Verfügung stehen. Preisgünstige Wohnungen sollen im Bestand erhalten und neu geschaffen werden.[44] Da viele Migrant/-innen in die Bedarfsgruppen einkommensschwache Haushalte oder Familien mit Kindern einzuordnen sind, profitieren auch sie von den anvisierten

Maßnahmen. Unterstützende Angebote, die die Wohnungssuche begleiten, wie z.B. die Angebote des Sozialamtes, Abteilung Soziale Wohnhilfen sowie die Arbeit der Kontaktstelle Wohnen sind gerade für Migrant/-innen sehr wichtig. Darüber hinaus bedarf es weiterer konkreter Maßnahmen, die den Zugang zu angemessenem Wohnraum für diese Zielgruppe unterstützen. Eigentümer/-innen und Vermieter/-innen haben einen großen Einfluss darauf, ob es auf dem Wohnungsmarkt Diskriminierungen gibt oder nicht. Ein öffentliches Bekenntnis zu für alle offenen Vergabeverfahren und die Aufklärung über diskriminierende Strukturen und Verhaltensweisen könnten einen Beitrag zur Zurückdrängung von Ungleichbehandlung auf dem Wohnungsmarkt leisten. Dort, wo die Stadtverwaltung in wohnungsmarktbezogenen Gremien beteiligt ist, kann sie das Thema Diskriminierung aufgreifen, um Maßnahmen für einen chancengerechten Zugang zu Wohnraum auf den Weg zu bringen. Neben Diskriminierungsaspekten scheint auch eine Aufklärung der privaten Vermieter über wohnbezogene ALG II Leistungen erforderlich.

43) Leipzig 2030. Integriertes Stadtentwicklungskonzept (INSEK), S. C 3 – 5, 44) Stadt Leipzig: Wohnungspolitisches Konzept, Fortschreibung 2015, S. 22f

Maßnahmen

Amt für Jugend, Familie und Bildung

- Finanzielle Unterstützung von Projekten im Rahmen der Kommunalen Gesamtstrategie „Leipzig. Ort der Vielfalt"/der Partnerschaft für Demokratie
- Unterstützung und Würdigung von Projekten im Rahmen des Wettbewerbs „Schule der Toleranz"

Amt für Wohnungsbau und Stadterneuerung

- Weiterführung der Quartiers- bzw. Stadtteilmanagements im Leipziger Osten, in Grünau, Paunsdorf und Schönefeld
- Netzwerkbildung und Koordinierung von Netzwerken in den Stadtteilen für/mit Zielgruppe Migrant/-innen
- Stadtteilorientierte Unterstützungsangebote für die Zielgruppe Migrant/-innen, z. B. „Ankommen im Alltag" in Schönefeld

Amt für Wohnungsbau und Stadterneuerung, Sozialamt

- Weiterführung der stadtteilorientierten Migrantenhilfe in Grünau und Paunsdorf

Kulturamt, Leipziger Städtische Bibliotheken, Volkshochschule, GRASSI Museum für Angewandte Kunst, Museum der bildenden Künste, Theater der Jungen Welt, Schauspiel Leipzig, Gewandhaus zu Leipzig, Oper Leipzig

- Weiterführung der interkulturellen Veranstaltungsarbeit, auch mit migrantischen Projektpartnern

Referat für Migration und Integration

- Fortführung der Stelle „Koordinationskraft Integration" im Referat für Migration und Integration
- Erhöhung der finanziellen Mittel für interkulturelle Projekte, die der Integration der in Leipzig lebenden Migranten – insbesondere ihrer gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Teilhabe – dienen
- Durchführung von Informationsveranstaltungen im Willkommenszentrum, die Mieter/-innen mit Migrationshintergrund über ihre Rechte und Pflichten bei der Wohnungsanmietung sowie über Beratungs- und Unterstützungsangebote im Bereich Wohnen aufklären (Umsetzung des Ratsbeschlusses VI-A-04523)
- Durchführung von Schulungen der Mitarbeiter/-innen in Wohnungsunternehmen zum Migrationsrecht (Umsetzung des Ratsbeschlusses VI-A-04523)
- Verstetigung der Afeefa-Plattform absichern

Sozialamt, Amt für Wohnungsbau und Stadterneuerung

- Weiterführung des Projekts Koordinierungsstelle Energieberatung des Mosaik Leipzig e. V.

5. Handlungsfeld

Interkultureller und interreligiöser Dialog

Als Annäherungsprozess, der auf gegenseitigem Respekt, Toleranz und Akzeptanz beruht, erfordert die Integration einen interkulturellen und interreligiösen Dialog:

Auch wenn die kulturelle Vielfalt der Einwohnerschaft zweifellos ein Entwicklungspotential moderner Großstädte ist, kann das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft, Kultur und Religion zu Problemen und Konflikten führen. Um diesen entgegenzuwirken oder sie zu entschärfen, ist eine interkulturelle Verständigung erforderlich, bei der auch der interreligiöse Dialog unerlässlich ist.
Dialog und Verständigung finden in Kultur und Freizeit, beim Sport oder in der Nachbarschaft statt. Die Stadt unterstützt im Rahmen ihrer Möglichkeiten Vereine, Verbände und Initiativen, die in diesen Bereichen tätig sind, bei ihren interkulturellen und interreligiösen Aktivitäten.

Entwicklungen seit 2013 und aktuelle Herausforderungen

Das Integrierte Stadtentwicklungskonzept Leipzig 2030 (INSEK) stellt fest: „Zum friedlichen Miteinander ist eine interkulturelle Verständigung notwendig, die in den Nachbarschaften, im Freizeit-, Sport- und Kulturbereich stattfindet."[45]

Die Voraussetzungen für einen interkulturellen und interreligiösen Dialog in Leipzig sind gut.

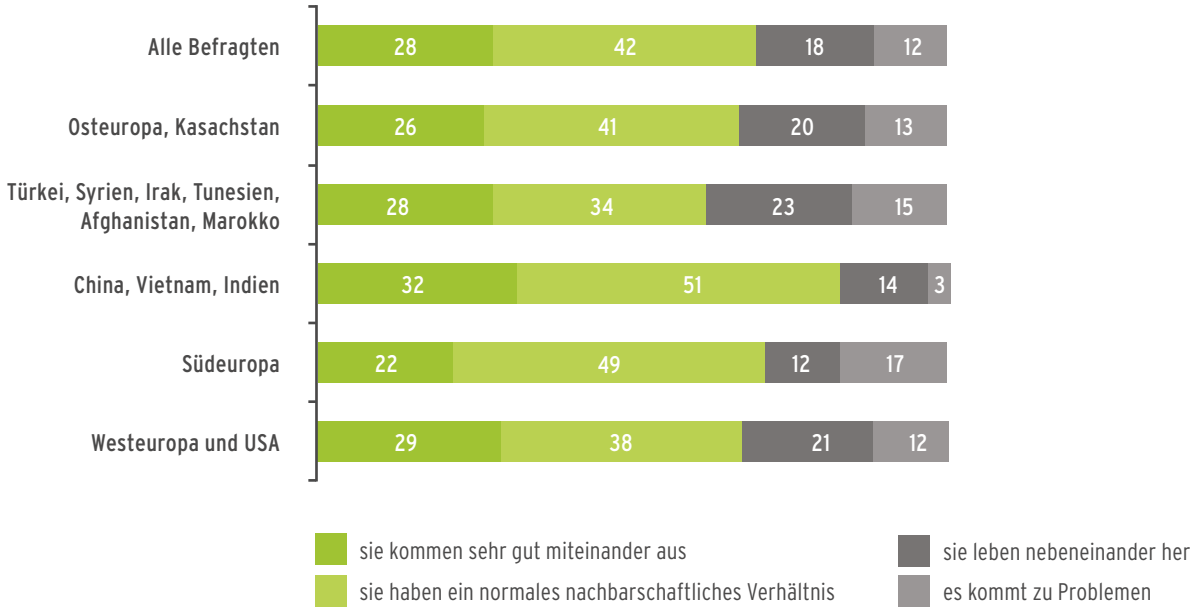
Laut dem Ergebnisbericht der Migrantenbefragung 2016 haben 94 Prozent der befragten Migrantinnen und Migranten Kontakt zu Deutschen ohne Migrationshintergrund, am häufigsten durch Bekannte und Freunde. 70 Prozent der befragten Leipziger Migrant/-innen beurteilen die Kontakte zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund in der Stadt als „sehr gut" beziehungsweise „normal nachbarschaftlich"[46]

Der interkulturelle und interreligiöse Austausch findet auf verschiedenen Ebenen statt: sowohl im Alltag, bei der Begegnung unterschiedlicher Menschen, als auch in einem formalen Rahmen – gemeint sind Veranstaltungen und feste Gremien des Dialogs – in dem kulturelle Gemeinsamkeiten und Unterschiede thematisiert und diskutiert werden. Zu Orten der Begegnung im Alltag und in der Freizeit gehören neben Vereinen, Kultureinrichtungen und Sportstätten auch viele kommunale Einrichtungen wie die Leipziger Städtischen Bibliotheken, die Volkshochschule, die Offenen Freizeittreffs und darüber hinaus auch die Soziokulturellen Zentren. Hier kommen Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammen, um gemeinsam etwas zu gestalten oder ihre Freizeit zu verbringen. Darüber hinaus unterhalten viele kommunale Einrichtungen Kooperationsbeziehungen zu Migrantenorganisationen und interkulturell agierenden Vereinen, die einen Austausch über Herkunftsgrenzen hinweg fördern.

Aufgrund des in den letzten Jahren allgemein gestiegenen Interesses an den Themen Migration und Integration wurden in vielen öffentlichen Veranstaltungen und Diskussionsrunden Aspekte des interkulturellen Zusammenlebens aufgegriffen. An vielen dieser Runden waren städtische Ämter und Einrichtungen beteiligt.[47]

Einschätzung der Kontakte zwischen Menschen mit und ohne Migrationshintergrund in Leipzig

Abb. 10: Qualität der Kontakte zwischen Leipzigern mit und ohne Migrationshintergrund



Quelle: Stadt Leipzig: Migrantenbefragung 2016. Ergebnisbericht, S. 26

45) Leipzig 2030. Integriertes Stadtentwicklungskonzept (INSEK), S. C 3 – 6 46) Stadt Leipzig: Migrantenbefragung 2016. Ergebnisbericht, S. 24 ff.,

47) Siehe dazu Ausführungen im Kapitel Interkulturelle Orientierung und Öffnung

Die jährlich im Herbst stattfindenden Interkulturellen Wochen Leipzig bieten ebenfalls Gelegenheit zum interkulturellen und interreligiösen Dialog und lassen das Engagement der Stadtgesellschaft für Weltoffenheit und Toleranz sichtbar werden. Um die Vielfalt der Leipziger Einwohnerschaft widerzuspiegeln und für einen kulturellen und religiösen Dialog zu werben, wird die Eröffnungsfeier der Interkulturellen Wochen seit einigen Jahren von mehreren, auch migrantisch geprägten Gemeinden und Religionsgemeinschaften gestaltet.

Ein auf den Arbeitsmarkt bezogenes Forum des interkulturellen Austauschs bietet die jährlich stattfindende Integrationsmesse. Sie dient traditionell der Information über Angebote zur Arbeitsmarktintegration für Migrantinnen und Migranten und zu Möglichkeiten des Deutschlernens und der Qualifizierung. Darüber hinaus präsentieren seit 2015 Migrationsberatungsstellen, interkulturelle Vereine und Migrantenorganisationen ihre Arbeit an Informationsständen und mit mehrsprachigen Materialien. Die Integrationsmesse besuchen mittlerweile ca. 2.000 Personen, vorwiegend mit Migrationshintergrund.

Für die interkulturelle Orientierung und Öffnung der Stadtverwaltung ist der Dialog mit Migrantinnen und Migranten und ihren Organisationen eine notwendige Voraussetzung. Mit dem Migrantenbeirat existiert in Leipzig ein Gremium, das Stadtrat und Verwaltung berät, den Austausch mit ihnen zu integrationsrelevanten Themen sucht und eigene Anträge an den Stadtrat stellen kann. Im Migrantenbeirat der Stadt Leipzig sind 16 Migrantinnen und Migranten vertreten. Viele von ihnen sind in verschiedenen migrantischen und interkulturellen Organisationen aktiv.

Ein Austauschformat, das sich speziell dem interreligiösen Dialog widmet, ist der Interreligiöse Runde Tisch. Als etabliertes Forum für den Dialog zwischen den verschiedenen Religionsgemeinschaften in Leipzig treffen sich deren führende Vertreter/-innen regelmäßig zwei Mal im Jahr. Über dieses Gremium hinaus bieten die verschiedenen Religionsgemeinschaften Gelegenheit zum offenen interreligiösen Austausch in den Stadtteilen, beispielsweise an Tagen der offenen Tür, bei interreligiösen Stadtteilrundgängen oder am Tag der offenen Moschee.

Wie wichtig der interkulturelle und interreligiöse Dialog ist, zeigten die Auseinandersetzungen um den Bau der Ahmadiyya Moschee in Leipzig. Im Jahr 2013 wurde der Bauvorantrag der Leipziger Ahmadiyya Muslim Jamaat für den Bau einer Moschee in Leipzig-Gohlis positiv beschieden. Nachdem dies bekannt wurde, gab es monatelange Proteste gegen den Moscheeneubau. Dem folgte jedoch eine Solidarisierungswelle für den Bau der Moschee und für den Dialog mit Muslimen.

Zur Unterstützung des Dialogs fördern verschiedene Ämter und Referate der Stadtverwaltung interkulturelle Projekte im Rahmen ihrer jeweiligen Fachförderrichtlinien. Zu den wichtigsten Förderern gehören das Kulturamt, das Sozialamt, das Referat Migration und Integration und das Referat Internationale Zusammenarbeit. Die Fachstelle Extremismus und Gewaltprävention des Amtes für Jugend, Familie und Bildung unterstützt Vorhaben der interkulturellen Verständigung im Rahmen der Partnerschaft für Demokratie „Leipzig. Ort der Vielfalt". Durch die Förderung zahlreicher interkultureller Projekte, Aktionen, Workshops, Festivals und Veranstaltungen gelang es, regelmäßig interkulturelle Begegnungen zwischen der Leipziger Mehrheitsgesellschaft und Menschen mit Migrationshintergrund zu ermöglichen.

In Umsetzung der entsprechenden Maßnahme aus dem 2012 verabschiedeten Gesamtkonzept zur Integration der Migrantinnen und Migranten in Leipzig finden unter Beteiligung der oben genannten Ämter und Referate Informationsveranstaltungen zur Förderung interkultureller Projekte statt. Sie informieren über allgemeine Grundlagen der finanziellen Unterstützung durch die Stadt Leipzig und über spezifische Anforderungen der Ämter und Referate und werden mit großem Interesse zahlreich wahrgenommen.

Um dem Engagement der Migrantenorganisationen und weiterer Akteure entgegenzukommen und interkulturelle Angebote kurzfristig fördern zu können, hat das Referat für Migration und Integration im Rahmen seines Förderbudgets seit 2017 einen Verfügungsfonds eingerichtet, aus dem interkulturelle Projekte bis zu je 500 Euro speziell bei den Internationalen Wochen gegen Rassismus Leipzig oder bei den Interkulturellen Wochen Leipzig gefördert werden können.

Viele Projekte des interkulturellen Dialogs konnten in den letzten Jahren auch über Landesmittel wie die Förderrichtlinie „Integrative Maßnahmen" und das Programm „Weltoffenes Sachsen" unterstützt werden, wobei die Stadtverwaltung bei der Bewertung der Anträge regelmäßig einbezogen wird.

Eine aktivere Partizipation und selbstbestimmte Beteiligung von Migrant/-innen ist erwünscht und muss gefördert werden, um einen Dialog auf Augenhöhe zu führen.

Lösungsansätze

Eine der Handlungsprioritäten des INSEK im Querschnittsthema „Integration und Vielfalt" ist es, „die Vereine, Initiativen und Verbände bei ihren interkulturellen und interreligiösen Aktivitäten [zu] unterstützen."[48]

Die Stadt fördert den Dialog zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen unter anderem durch die Finanzierung interkultureller Projekte. Hier wie auch in anderen Bereichen fordern die Projektträger die Möglichkeit, auch Förderungen, die über ein Jahr hinausgehen, beantragen zu können. Migrantenorganisationen sollten dabei als Zuwendungsempfänger stärker berücksichtigt werden, beziehungsweise stärker in Kooperationen einbezogen werden. Ein Kriterium der Vergabe von Fördermitteln sollte die nachgewiesene interkulturelle Kompetenz des Antragstellenden sein.

»...viele kommunale Einrichtungen [unterhalten] Kooperationsbeziehungen zu Migrantenorganisationen und interkulturell agierenden Vereinen, die einen Austausch über Herkunftsgrenzen hinweg fördern.«

Um den Dialog auf eine breitere Basis zu stellen, braucht es eine stärkere Einbringung migrantischer Sichtweisen. Dies kann durch die Einbindung von Migrant/-innen und ihrer Vereine in Planung und Organisation von Veranstaltungen und die Nutzung von Multiplikator/-innen zur Erreichung der Zielgruppen erfolgen. Veranstaltungsformate sollten – auch – auf die Bedürfnisse und Intentionen von Migrant/-innen ausgerichtet sein. Informationen über städtische Angebote müssen auch Leipziger/-innen mit Migrationshintergrund erreichen, damit ihnen eine Teilhabe ermöglicht wird. Das schließt die entsprechende Präsentation im Internet mit ein.

Die städtischen Kulturbetriebe und weitere Angebotsträger sollten sich bei ihrer Programmgestaltung auf ein zunehmend heterogenes Publikum einstellen und auch Themen in Betracht ziehen, die aus migrantischer Perspektive interessant und wichtig sind. Mehrsprachige kulturelle Angebote erweitern ebenfalls die Zugänglichkeit für Migrant/-innen und damit die Möglichkeit der interkulturellen Begegnung. Kooperationen mit Schulen und Kitas, in denen junge Menschen mit Migrationshintergrund lernen, sowie mit Vereinen, in denen Migrant/-innen aktiv sind, befördern ebenso das Kennenlernen, den Austausch und die Förderung von gegenseitigem Respekt.

Detaillierte Vorschläge zur konkreten Umsetzung sind in den Kapiteln Interkulturelle Orientierung und Öffnung und Politische Teilhabe zu finden.

Der Bedarf der Stadtgesellschaft an Informationen über die verschiedenen Weltreligionen und ihre Gestaltung in Leipzig ist immer noch sehr hoch. Angebote, die es ermöglichen, in einen interreligiösen Austausch zu treten beziehungsweise migrantisch geprägte Religionsgemeinschaften kennenzulernen, wie zum Beispiel Tage der offenen Tür religiöser Gemeinschaften, interreligiöse Stadtteilrundgänge oder Bildungsprojekte zum Thema Religion, finden eine gute Resonanz und sollten unterstützt werden. Gleichzeitig gibt es z. B. von Seiten muslimischer Migrant/-innen Bestrebungen, das religiöse Angebot zu erweitern und den Wunsch nach Unterstützung durch die Stadtverwaltung, um dies zu verwirklichen.

48) Leipzig 2030. Integriertes Stadtentwicklungskonzept (INSEK), S. C 3 – 6

Maßnahmen

Amt für Jugend, Familie und Bildung

- Finanzielle Unterstützung von Projekten im Rahmen der Kommunalen Gesamtstrategie „Leipzig. Ort der Vielfalt"/der Partnerschaft für Demokratie
- Unterstützung und Würdigung von Projekten im Rahmen des Wettbewerbs „Schule der Toleranz"

Referat für Migration und Integration

- Erhöhung der finanziellen Mittel für interkulturelle Projekte, die der Integration der in Leipzig lebenden Migranten – insbesondere ihrer gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Teilhabe – dienen
- Bereitstellung finanzieller Mittel zur Stärkung der Vereinsstrukturen der Migrantenorganisationen

6. Handlungsfeld

Interkulturelle Orientierung und Öffnung

Integration setzt die interkulturelle Orientierung und Öffnung von Institutionen voraus:

Die gleichberechtigte Teilhabe der Migrantinnen und Migranten an allen städtischen Angeboten und Leistungen erfordert eine interkulturelle Öffnung und Qualifizierung gesellschaftlicher Einrichtungen, die den Abbau von Schranken und Hemmnissen auf Seiten der Migrantinnen und Migranten (Informationsdefizite über die Angebote, Hemmschwellen gegenüber deutschen Institutionen, bestehende Sprachbarrieren und Erklärungsnot u. a. m.), wie auch auf Seiten der Institutionen (Wissenslücken und Ausbildungsversäumnisse in Bezug auf die Lebensbedingungen, die Bedürfnisse und die rechtliche Situation hier lebender Migrantinnen und Migranten, Mangel an spezifischen, auf diese Bedürfnisse abgestimmten Angebotsformen, fehlende bilinguale/bikulturelle Mitarbeiter/-innen u. a. m.) beinhaltet. Eine verstärkte Beschäftigung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit Migrationshintergrund in der Verwaltung und in den städtischen Unternehmen ist deshalb wünschenswert. Die Mehrsprachigkeit und die Kenntnisse anderer Kulturen sind dabei als wichtige Zusatzqualifikationen anzusehen.
Zugangsbarrieren für Migrantinnen und Migranten, die die deutsche Sprache noch nicht ausreichend beherrschen, im gesamten Sozial- und Gesundheitsbereich (einschl. der Angebote der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe) können mit Hilfe von Kultur- und Sprachmittlern reduziert werden.

Entwicklungen seit 2013 und aktuelle Herausforderungen

„Interkulturelle Öffnung kann zusammenfassend verstanden werden als ein bewusst gestalteter Prozess, der (selbst-)reflexive Lern- und Veränderungsprozesse von und zwischen unterschiedlichen Menschen, Lebensweisen und Organisationsformen ermöglicht, wodurch Zugangsbarrieren und Abgrenzungsmechanismen in den zu öffnenden Organisationen abgebaut werden und Anerkennung ermöglicht wird."[49]

Mit der vielfältiger werdenden Gesellschaft wächst auch die Bedeutung der interkulturellen Öffnung. Die sich verändernde Bevölkerungsstruktur spiegelt sich in Kundschaft und Zielgruppen des Verwaltungshandelns wider. Die Angebote, Leistungen und Strukturen müssen dahingehend überprüft werden, inwiefern sie den sich verändernden Gegebenheiten Rechnung tragen. Die interkulturelle Öffnung ist dabei als langfristiger Veränderungs- und Beteiligungsprozess zu verstehen, der alle Verwaltungseinheiten betrifft und sich sowohl nach innen an die Bediensteten in der Verwaltung als auch nach außen an die Stadtgesellschaft richtet. Mit der Verabschiedung des Integrierten Stadtentwicklungskonzepts „Leipzig 2030" haben sich Politik und Verwaltung zur Fortsetzung dieses Prozesses bekannt: „Die weitere interkulturelle Öffnung der Angebote und Dienstleistungen der Stadtverwaltung ist … Bestandteil der angestrebten Willkommenskultur."[50]

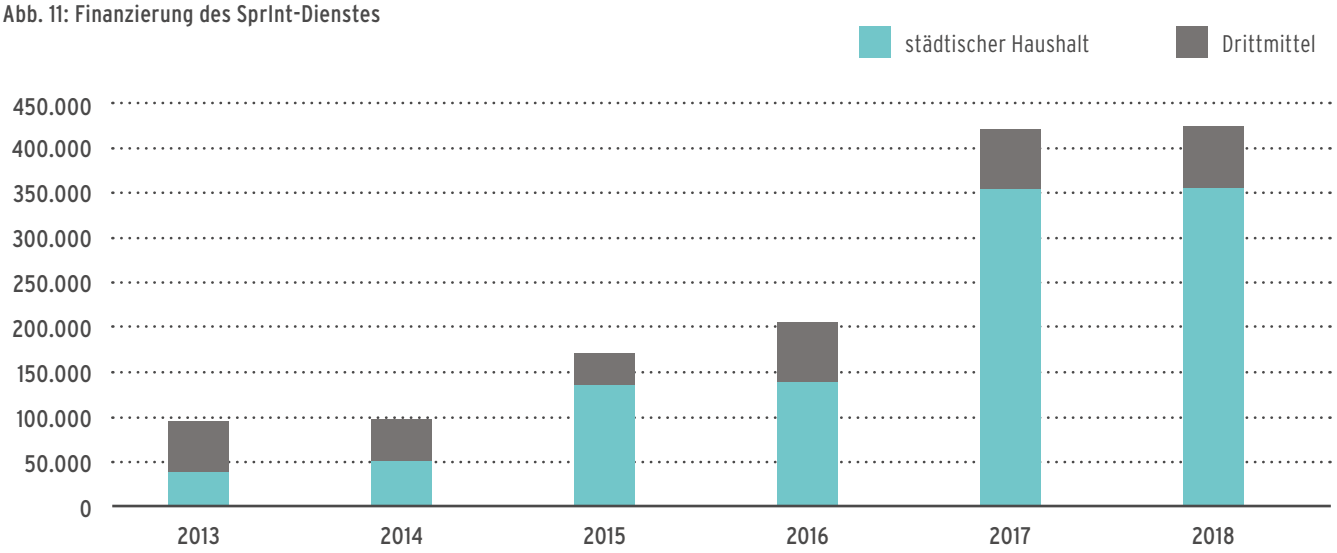
Ein weiteres Bekenntnis zur interkulturellen Öffnung hat die Stadt Leipzig mit der Unterzeichnung der Charta der Vielfalt 2013 abgegeben. Damit verpflichtet sie sich, die Anerkennung der vielfältigen Fähigkeiten und Talente aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sicherzustellen und ihnen Rechnung zu tragen. Außerdem sagt sie zu, die Umsetzung der Charta zum Thema des internen und externen Dialogs zu machen.

In der kommunalen Gesamtstrategie „Leipzig. Ort der Vielfalt" wird die interkulturelle Öffnung als eines von drei übergreifenden Handlungszielen zur Umsetzung definiert und jährlich mit Fördermitteln aus einem Initiativ-, einem Aktions- und einem Jugendfonds untersetzt, wobei der Aktionsfonds im Laufe des Jahres 2018 durch weitere Bundesmittel aufgestockt wurde.

Die praktische Umsetzung des interkulturellen Öffnungsprozesses ist in den letzten Jahren vorangekommen. Ein Baustein ist das im April 2018 eröffnete Willkommenszentrum, das eine zentrale, niedrigschwellige Anlaufstelle zur Erstorientierung für Neu-Leipzigerinnen und Neu-Leipziger mit Migrationshintergrund darstellt. An der Absicherung der Beratungszeiten sind neben dem Referat für Migration und Integration und dem Hauptamt, Abteilung Bürgerservice auch der Verband binationaler Familien und Partnerschaften e. V., Mosaik Leipzig e. V., der Internationale Bund (IB) und ARBEIT UND LEBEN Sachsen e. V. beteiligt.

Nutzung der SprInt-Dienstleistung

Abb. 11: Finanzierung des SprInt-Dienstes



Quelle: Stadt Leipzig, Referat für Migration und Integration; RAA Leipzig - Verein für interkulturelle Arbeit, Jugendhilfe und Schule e.V.

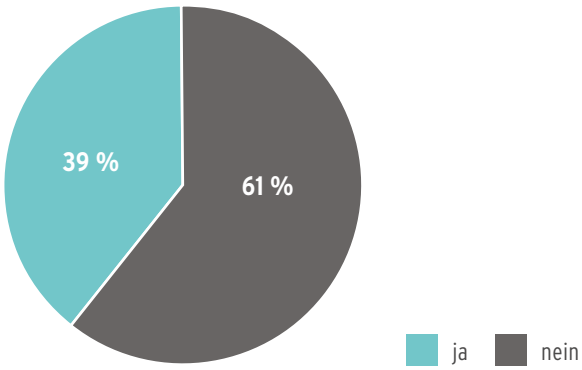
49) Schröer, H.: Interkulturelle Öffnung und Diversity-Management, in: Analysen und Konzepte zu Migration, Integration Community Development/Evaluation. München 2007,

50) Leipzig 2030. Integriertes Stadtentwicklungskonzept (INSEK), S. C 3 – 5

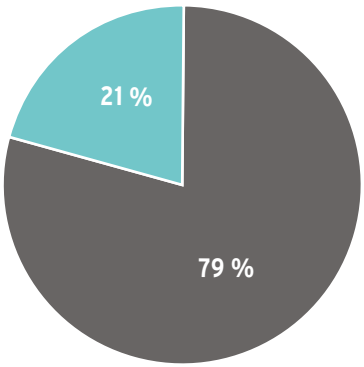
Verständigungsschwierigkeiten bei Ämtern oder Behörden der Stadtverwaltung

Abb. 12: Verständigungsschwierigkeiten in der Stadtverwaltung und Nutzung des SprInt-Dienstes

Hatten Sie schon einmal Verständigungsschwierigkeiten bei Ämtern oder Behörden der Stadtverwaltung Leipzig?



Falls ja, wurde Ihnen die Unterstützung durch einen Dolmetscher angeboten?



Quelle: Stadt Leipzig. Migrantenbefragung 2016. Ergebnisbericht, S. 23

Das Willkommenszentrum bietet über die mehrsprachige Verweisberatung hinaus Spezialangebote und Veranstaltungen an. Seine Arbeit wird maßgeblich durch vier Kommunale Integrationskoordinatorinnen (KIK) unterstützt, die durch Landesfördermittel, allerdings nur befristet, beschäftigt werden können.

Ämter- und dezernatsübergreifend spielt das Personalamt mit seinen Bereichen Personalaus- und Fortbildung sowie Personalgewinnung eine wichtige Rolle für den Prozess der interkulturellen Orientierung und Öffnung. Die Haltungen und Einstellungen sowie die interkulturelle Handlungskompetenz der städtischen Mitarbeiter/-innen haben unmittelbare Auswirkungen auf die Gestaltung und Qualität der Kontakte zu Bürger/-innen und Kund/-innen und ob und in welchem Umfang die Zielgruppe von den Angeboten erreicht wird.

Obwohl das Fortbildungsangebot des Personalamts zu interkulturellen Themen gestiegen ist, sind im Verhältnis zur großen Zahl der städtischen Bediensteten nur relativ wenige Mitarbeiter/-innen auf diesem Weg erreicht worden. Dieses Angebot existiert allerdings neben der Möglichkeit der einzelnen Ämter, auf eigene Kosten Referent/-innen zu beauftragen und Fortbildungen zu organisieren. Neu im Fortbildungskatalog des Personalamtes sind Weiterbildungen zur Führung heterogener Teams. Außerdem wurde eine Stelle für Personalmarketing geschaffen, die die Erhöhung der Diversität des Personals erreichen soll.

Parallel zu den Angeboten des Personalamtes hatte das Referat für Migration und Integration als Träger des Teilprojektes Interkulturelle Öffnung der Verwaltungen im Rahmen des IQ-Netzwerkes Sachsen einen maßgeblichen Anteil an der Fortbildung von Mitarbeiter/-innen der Stadtverwaltung zu interkultureller Kompetenz.

Neben der interkulturellen Sensibilisierung ist die Überbrückung sprachlicher und kultureller Hürden in der Kommunikation zwischen Mitarbeiter/-innen der Stadtverwaltung und Migrant/-innen als Kund/-innen eine Herausforderung. Dieser Herausforderung hat sich die Stadt mit dem Bekenntnis zur dauerhaften Etablierung eines Sprach- und Integrationsmittlerdienstes (SprInt) gestellt.[51] Die Verwaltung hat so die Möglichkeit, den Bedarf zumindest für städtische Dienstleistungen sowie seit 2016 zunehmend auch für Angebote ausgewählter freier Träger decken zu können. SprInt verbessert damit sowohl den Zugang zu städtischen Dienstleistungen als auch deren qualitative Umsetzung und trägt zur Reduzierung von Missverständnissen und Konflikten zwischen Fachkraft und Klient/-innen bei. Auch nichtkommunale Träger wie die Agentur für Arbeit und das Landesamt für Schule und Bildung nutzen auf eigene Kosten die SprInt-Struktur. Städtische Einrichtungen sind jedoch mit Abstand größter Nutzer der SprInt-Servicestelle beim Leipziger Träger Verein für Interkulturelle Arbeit, Jugendhilfe und Schule e. V. (RAA Leipzig e. V.)[52]. Die Begleitung der quantitativen und qualitativen Weiterentwicklung des SprInt-Dienstes in Leipzig erfolgt in der Interkommunalen AG SprInt und in der UAG SprInt Freie Träger, die durch das Referat für Migration und Integration geleitet werden.

Dass die sprachliche Verständigung bei Ämtern und Behörden nicht immer reibungslos verläuft, zeigte die Migrantenbefragung 2016. Vier von zehn Befragten hatten bei Behördengängen Verständigungsschwierigkeiten, jedoch wurde nur 21 Prozent dieser Personen die Unterstützung durch eine/-n Dolmetscher/-in angeboten.[53] Dies bestätigen die praktischen Erfahrungen der in der Integrationsarbeit Tätigen: der Bedarf an Sprachmittlerleistungen ist hoch und er wird aus verschiedenen Gründen noch nicht ausreichend gedeckt.

»Die interkulturelle Öffnung ist … als langfristiger Veränderungs- und Beteiligungsprozess zu verstehen, der alle Verwaltungseinheiten betrifft und sich sowohl nach innen an die Bediensteten in der Verwaltung als auch nach außen an die Stadtgesellschaft richtet.«

Die Nachfrage nach der Dienstleistung SprInt, welche der gesamten Stadtverwaltung sowie ihr nachgeordneten Einrichtungen zur Verfügung steht, ist in den letzten Jahren stetig gestiegen. Dies liegt zum einen an der weiterhin wachsenden Zahl der Einwohner/-innen mit Migrationshintergrund (2012: 9,3%; 2018: 14,7%), zum anderen am überzeugenden Nutzen der SprInt-Dienstleistung. Nachdem 2013 eine Summe von 40.000 € für den Sprach- und Integrationsmittlerdienst aus städtischen Mitteln zur Verfügung stand, wurde in den Folgejahren aufgestockt, so dass 2017 und 2018 jeweils 360.000 € aus dem kommunalen Haushalt für Einsatz- und Strukturkosten inklusive des Budgets für freie Träger und Einsätze im Verbund gemeindenaher Psychiatrie ausgegeben werden konnten (siehe Abb. 11). Auch der Freistaat Sachsen unterstützt seit 2016 das Anliegen einer flächendeckenden Etablierung von Sprachmittlerdiensten in Sachsen und stellt im Rahmen der Richtlinie Integrative Maßnahmen finanzielle Hilfen dafür bereit.

Über Fragen der Kommunikation hinaus finden die Themen Vielfalt und Integration von Migrant/-innen zunehmend Berücksichtigung in den Fachplanungen der einzelnen Ämter. Dabei ist der Umfang und die Tiefe der Auseinandersetzung mit diesen Themen verschieden und reicht von der expliziten Benennung von Migrant/-innen als Zielgruppe der Angebote und Dienstleistungen bis zur Entwicklung amtsinterner Konzepte zur interkulturellen Öffnung.

Besonders viel hinsichtlich einer interkulturellen Öffnung hat sich im Bereich der Kultur getan. Das Integrierte Stadtentwicklungskonzept „Leipzig 2030" (INSEK) fasst das Ziel der Bemühungen im Kulturbereich gut zusammen: „Leipzig verfügt heute über die [kulturelle] Angebotsvielfalt einer Millionenstadt. Die besondere Herausforderung liegt darin, dieses Angebot qualitativ weiter zu entwickeln und dabei auf zunehmende Diversität angemessen zu reagieren."[54]

Ein eigenes Konzept zur interkulturellen Öffnung haben die Leipziger Städtischen Bibliotheken für ihren Bereich entwickelt. Anlass für die Verschriftlichung der eigenen Ziele und der Konzeptentwicklung war die erhöhte Nachfrage durch Geflüchtete ab Ende 2015. Das 2016 fertig gestellte Konzept „Interkulturelle Ausrichtung der Leipziger Städtischen Bibliotheken" definiert die interkulturelle Öffnung als „Querschnittsaufgabe" des Amtes und zielt darauf ab, die interkulturellen Kompetenzen der Mitarbeiter/-innen zu fördern und die Dienstleistungen für Migrant/-innen zu optimieren.

Das Museum der bildenden Künste (MdbK) hat sich ebenfalls aktiv mit dem Prozess der interkulturellen Öffnung befasst. Kulturelle Diversität bedeutet für das MdbK neben der interkulturellen Schulung seiner Mitarbeiter/-innen, einer Förderung von Kunst- und Kulturprojekten, die die kulturelle Vielfalt Leipzigs repräsentieren, auch die Schaffung von Teilhabemöglichkeiten, die Etablierung von Austauschprogrammen sowie die Erleichterung des Zugangs zu seinen Angeboten für Besucher/-innen mit Migrationshintergrund.

51) Siehe RBV-1458/12, 52) Dieser Träger ist in das bundesweite SprInt-Netzwerk eingebunden, das der größte Zusammenschluss von Akteuren/-innen der Sprach- und Integrationsmittlung in Deutschland ist,

53) Stadt Leipzig: Migrantenbefragung 2016. Ergebnisbericht, S. 23, 54) Leipzig 2030. Integriertes Stadtentwicklungskonzept (INSEK), S. A – 7

» Das Engagement vieler Leipziger Kultureinrichtungen hinsichtlich einer interkulturellen Öffnung des Spielplans bzw. des Programms, der Akteur/-innen und des Publikums hat seit 2016 erheblich zugenommen.«

Das Museum der bildenden Künste hat sich erfolgreich für eine Förderung aus dem „360°-Fonds für Kulturen der neuen Stadtgesellschaft" der Kulturstiftung des Bundes beworben. So kann der Einsatz von Personal finanziert werden, das Vorschläge und Maßnahmen für eine interkulturelle Öffnung erarbeitet.

Im Rahmen der Reihe „Impuls Kulturpolitik", zu denen in regelmäßigen Abständen die Kulturbürgermeisterin Dr. Skadi Jennicke einlädt, gab es öffentliche Diskussionsveranstaltungen zum Thema Umgang mit kultureller Vielfalt. Im Oktober 2016 wurde unter dem Titel „Impuls Kulturpolitik – Interkulturelle Zugänge" diskutiert, wie zukünftig eine interkulturelle Kulturpraxis für Leipzig gestaltet werden kann. Konkretes Ziel der Veranstaltung war, eine Agenda für eine vielfältige interkulturelle und internationale Kulturarbeit in Leipzig zu formulieren. Eine inhaltliche Fortsetzung der Diskussion erfolgte ein Jahr später im November 2017 mit der Veranstaltung zum Thema „Transkulturelle Kulturarbeit", die der Frage nachging, wie sich im Zeichen der Migration und Globalisierung die Diversität des Publikums in den künstlerischen Narrativen widerspiegeln kann und wie im Austausch mit auswärtigen Partnerinnen und Partnern internationale Diskurse aufgegriffen und mitgestaltet werden können.

Auf Dezernatsebene gibt der neue Kulturentwicklungsplan für die Jahre 2016 bis 2020 ein Beispiel für neue Impulse in Richtung einer weiteren interkulturellen Öffnung. Als einer von drei Schwerpunkten der Kulturentwicklung in Leipzig wurde festgeschrieben: Kulturelle Vielfalt ist ein unverwechselbares Markenzeichen Leipzigs. Die Stadt bekennt sich zur Pluralität der kulturellen Ausdrucksformen und erklärt deren Wertschätzung und Förderung auch zukünftig zu einem der wichtigsten kulturpolitischen Ziele. Im Dezember 2018 wurde dem Stadtrat ein detailliertes Konzept zur internationalen und interkulturellen Kulturarbeit vorgelegt.[55]

Das Engagement vieler Leipziger Kultureinrichtungen hinsichtlich einer interkulturellen Öffnung des Spielplans bzw. des Programms, der Akteur/-innen und des Publikums hat seit 2016 erheblich zugenommen. Die Öffnung für Geflüchtete, die Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen und -initiativen sowie viele interkulturelle Projekte bereichern das kulturelle Leben der Stadt.

Viele Projekte, die zu einer interkulturellen Öffnung der Stadtgesellschaft und zu einer Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts beitragen, wurden über die finanzielle Förderung im Rahmen der Fachförderrichtlinien einzelner Ämter, insbesondere des Kulturamtes, des Sozialamtes und des Referats für Migration und Integration ermöglicht.

Um diese finanzielle Unterstützung auch für migrantische Vereine zugänglicher zu machen und Integrationsprojekte und interkulturelle Vorhaben finanziell zu unterstützen, gibt es seit 2013 zu diesen städtischen Fördermöglichkeiten eine jährliche Informationsveranstaltung für Migrantenorganisationen. Seit 2017 wird im Rahmen dieses Angebots auch über Fördermöglichkeiten für interkulturell engagierte Vereine informiert, die außerhalb der Verwaltung bestehen.

55) Informationsvorlage „Transkulturelle Kulturarbeit in Leipzig – Haltungen und Empfehlungen" Nr. VI-Ifo-06460

Das durch die Flüchtlingszuwanderung gestiegene öffentliche Interesse an den Themen Migration, Integration und an der Lebenssituation von Migrant/-innen wurde in den letzten Jahren in vielen öffentlichen Veranstaltungen aufgegriffen. Am 5. April 2016 diskutierten etwa 130 Leipzigerinnen und Leipziger in der Kongresshalle am Zoo unter der Überschrift „Leipzig – Heimat für alle?" über Integration und Weltoffenheit, aber auch über Demokratiefeindlichkeit und aktuelle Radikalisierungstendenzen. Im Rahmen des Forums Bürgerstadt fanden mit Unterstützung der Stiftung Bürger für Leipzig in der Volkshochschule Gesprächsreihen zu den Themen Migration und Flucht statt. Die Leipziger Städtischen Bibliotheken reagierten mit eigenen Veranstaltungen auf das Interesse der Leipzigerinnen und Leipziger. Darüber hinaus engagierte sich die Volkshochschule in der Fortbildung ehrenamtlich Tätiger in der Flüchtlingshilfe. Mitarbeiter/-innen des Sozialamtes und des Referats für Migration und Integration absolvierten viele Termine, um Informationen über Migrant/-innen und Geflüchtete in Leipzig zu geben und stellten sich den sehr kontrovers diskutierten Themen zu Flucht und Asyl.

Was schriftliche Informationsmaterialien anbelangt, können Mitarbeiter/-innen der Stadtverwaltung, in der Integrationsarbeit Tätige sowie Interessierte inzwischen auf ein großes Angebot zu den Themen Migration und Flucht sowie auf spezifische integrationsrelevante Materialien für die Bereiche Arbeit, Bildung und Gesundheit zurückgreifen. Die vom Referat für Migration und Integration herausgegebene Handreichung „Migration und Asyl" war stark nachgefragt, eine neue Seite zum Thema Flüchtlinge wurde auf der Homepage der Stadt eingerichtet, die Seiten zum Thema Migration und Integration ausgeweitet sowie von verschiedenen städtischen Dienststellen Flyer und Broschüren mit Informationen systematisch gesammelt, in verschiedene Sprachen übersetzt oder neu erstellt.

Dennoch bleibt auf dem Gebiet der Information über Angebote und Dienstleistungen sowie zur Arbeit der Stadtverwaltung noch viel zu tun. Auf Seiten vieler Migrant/-innen gibt es nach wie vor große Informationsdefizite zu Arbeit und Aufgaben der Verwaltung, zu Rechten und Pflichten des Einzelnen, zu Angeboten in der Stadt wie auch zu Beteiligungsmöglichkeiten. Informationen sind oft nicht so aufbereitet, dass sie alle Bürger/-innen erreichen.

Nicht vergessen werden darf, dass durch den starken Anstieg der Zuwandererzahlen, insbesondere durch die Fluchtmigration, das Arbeitsvolumen in vielen Bereichen der Stadtverwaltung aufgrund gestiegener Fallzahlen bzw. verstärkter Nutzung von Dienstleistungen und Angeboten durch Migrant/-innen gestiegen ist. Die Anforderungen an das Personal und an die Hilfestrukturen stiegen quantitativ und qualitativ. Nach und nach konnte mit Neueinstellungen auf den gestiegenen Bedarf reagiert werden. Gerade in Bereichen mit Publikumsverkehr zeigt sich immer wieder, dass interkulturelle Kompetenzen sowie Fremdsprachenkenntnisse zu den Qualifikationen der Mitarbeiter/-innen gehören müssen.

Lösungsansätze

Die gesellschaftliche Vielfalt nimmt zu. Der produktive Umgang mit dieser Tatsache ist eine Chance, soziale Gerechtigkeit und gleiche Teilhabechancen in unserer Stadt zu verwirklichen. Die Ausrichtung der öffentlichen Dienstleistungen muss der kulturellen Vielfalt und den diversen Lebensentwürfen Rechnung tragen und diese auch in der Mitarbeiterschaft der Verwaltung widerspiegeln.

Mittelfristig sollte sowohl verwaltungsintern als auch öffentlich eine Diskussion geführt werden, inwiefern Konzepte der Interkulturellen Orientierung und Öffnung in ein zu entwickelndes verwaltungsübergreifendes Konzept des Vielfaltsmanagements in Anlehnung an den Diversity-Ansatz eingebunden werden können.

Mit allen Führungskräften sollte diskutiert und entschieden werden, welcher Stellenwert der Interkulturellen Öffnung eingeräumt wird und mit welchen Ressourcen dieser Prozess auszustatten ist. Der Leitungsebene kommt die wichtige Aufgabe zu, Akzeptanz für den Öffnungsprozess zu schaffen, dabei aufkommende unterschiedliche Sichtweisen und Konflikte zu bearbeiten und für die Umsetzung von Maßnahmen zu motivieren. Auch externe fachliche Unterstützung kann nützlich sein, um die Prozesse der Öffnung zu begleiten und zu evaluieren.

Der erreichte Stand bezüglich einer interkulturellen Orientierung und Öffnung in den einzelnen Organisationseinheiten ist unterschiedlich. Sie bleibt eine Querschnittsaufgabe, der sich alle Ämter und Referate sowie die Eigenbetriebe stellen müssen. Die Übertragbarkeit von in der Umsetzung befindlichen Konzepten zur interkulturellen Öffnung auf weitere Ämter und Referate sollte geprüft werden. Um die Sicherstellung der gesteckten Ziele zu erreichen, müssen konkrete Schritte pro Amt/Referat formuliert werden und das Thema in allen Fachplanungen berücksichtigt werden. Sinnvoll wäre die Benennung von Expert/-innen zum Thema Migration/Integration/Interkulturelle Öffnung in jedem Amt/Referat, die die spezifische Fachsicht auf diese Themen bündeln und als Ansprechpersonen sowohl verwaltungsintern als auch für Externe (Multiplikator/-innen, freie Träger) zur Verfügung stehen. Dies würde auch eine ämterübergreifende Vernetzung zu Migrationsthemen erleichtern und eine zügige verwaltungsinterne Abstimmung zu migrationsbezogenen Verwaltungsabläufen und allgemeinen Fragen zu Integration befördern. Das Referat für Migration und Integration steht mit seiner Expertise für eine Beratung der Ämter zum Thema Interkulturelle Öffnung jetzt schon zur Verfügung. Eine nachhaltige Begleitung der Gesamtverwaltung erfordert jedoch zusätzliche personelle Ressourcen.

Die Stadt Leipzig unterstützt auf der Grundlage mehrerer Fachförderrichtlinien sowie im Rahmen der kommunalen Gesamtstrategie „Leipzig. Ort der Vielfalt" Projekte und Veranstaltungen, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt über Herkunftsgrenzen hinweg zum Ziel haben und damit zu einem offenen und toleranten Miteinander in unserer Stadt beitragen. Die Höhe des Budgets, das innerhalb dieser Förderungen für Projekte der Interkulturellen Öffnung zur Verfügung steht, sollte jährlich überprüft und dem Bedarf angepasst werden. Migrantenorganisationen sind als Zuwendungsempfänger stärker zu berücksichtigen bzw. als Kooperationspartner einzubeziehen. Ein Kriterium der Vergabe von Fördermitteln muss die nachgewiesene interkulturelle Kompetenz der Antragstellenden sein.

Interkulturelle Kompetenz, Empathie und Selbstreflexion sind auf der Ebene der Mitarbeiter/-innen der Stadtverwaltung wichtige Voraussetzungen, damit eine interkulturelle Öffnung gelingen kann. Schulungen zur diesbezüglichen Sensibilisierung können einen Beitrag leisten, um die Relevanz der interkulturellen Öffnung für die eigene Arbeit zu erkennen, sich ihre Bedeutung bewusst zu machen und den Prozess der Öffnung aktiv mitzugestalten. Das Personalamt bietet regelmäßig Schulungen zur interkulturellen Kompetenzentwicklung an, die jedoch stärker beworben und genutzt werden könnten. Verschiedene Meinungen gibt es darüber, ob Schulungen zur interkulturellen Sensibilisierung zumindest für Mitarbeiter/-innen mit regelmäßigem Kundenkontakt verpflichtend sein sollten oder nicht. Als Anregung zur Durchführung der Fortbildungen wurde der unbedingte Praxisbezug und die Einbindung von Migrantinnen und Migranten als Expert/-innen von den Teilnehmenden des Workshops zur Interkulturellen Öffnung gewünscht. Neue, niedrigschwellige Fortbildungsformate wurden ebenso vorgeschlagen wie „der Blick über den Tellerrand" – auf andere Verwaltungen, national und international. Ein Fortbildungsformat, das die Internationalität und das migrantisch geprägte Leben Leipzigs in den Blick nimmt und in dessen Rahmen Vereine/Akteure/ Communities vor Ort besucht werden, würde die vorhandenen Formate sinnvoll ergänzen.

Im Rahmen der kommunalen Ausbildungsgänge ist die Vermittlung interkultureller Kompetenzen bisher nicht verankert. Dieses Thema gilt es als integralen Bestandteil der Ausbildung zu etablieren.

Zur Personalentwicklung gehört auch die sprachliche Fortbildung (Fremdsprachen und einfache Sprache) der Verwaltungsmitarbeiter/-innen. Multilinguale Kompetenzen der Bediensteten sollten anerkannt, genutzt, ausgebaut und bei Neueinstellungen stärker gewichtet werden.

Insgesamt muss die (Weiter-) Bildung und Qualifizierung der Verwaltungsmitarbeiter/-innen zu inter- und transkulturellen Themen stärker ermöglicht und gefördert werden. Ab 2019 gibt es für die Bediensteten der Stadt Leipzig die Möglichkeit, sich drei Tage pro Jahr von ihrer Arbeit freistellen zu lassen und diese nach eigenen Prioritäten für die Erweiterung ihres Wissens und Könnens – vielleicht ja auch auf diesem Gebiet – zu nutzen, so wie es in anderen Bundesländern durch den Bildungsurlaub möglich ist.

Die Gewährleistung der sprachlichen Verständigung zwischen Verwaltung und den Nutzer/-innen ihrer Dienstleistungen ist ein wichtiger Baustein zur Umsetzung der Interkulturellen Öffnung. Schon mit der Verabschiedung des ersten Konzepts zur Integration 2012 hatte sich die Stadt zur dauerhaften Etablierung eines Sprach- und Integrationsmittlerdienstes bekannt. In den letzten Jahren hat die Nutzung dieses Dienstes aufgrund des wachsendes Bedarfs und der positiven Erfahrungen damit stark zugenommen. Der Stadtrat hat die Bedeutung des kommunalen Sprach- und Integrationsmittlerdienstes mit der Verabschiedung des INSEK erneut bestätigt. Dort heißt es: „Zur Verbesserung der Kommunikation gehört die bedarfsgerechte langfristige finanzielle Absicherung des städtischen Sprach- und Integrationsmittlerdienstes."[56]

In den Workshops zur Fortschreibung des Integrationskonzepts wurde die Sicherstellung und bedarfsgerechte Erweiterung der qualifizierten Sprach- und Integrationsmittlung als unverzichtbar bekräftigt. Zusätzlich zu den schon etablierten face-to-face-Sprachmittlungsformaten werden weitere Möglichkeiten der Sprachübertragung, wie z. B. Video- oder Telefondolmetschen geprüft.

Um auch weiterhin alle Anfragen nach qualifizierten Sprach- und Integrationsmittler/-innen abdecken zu können, startete im Dezember 2018 eine neue 18-monatige Qualifizierungsreihe nach dem bundesweit einheitlichen SprInt-Curriculum.

56) Leipzig 2030. Integriertes Stadtentwicklungskonzept (INSEK), S. C 3 – 5

»Die gesellschaftliche Vielfalt nimmt zu. Der produktive Umgang mit dieser Tatsache ist eine Chance, soziale Gerechtigkeit und gleiche Teilhabechancen in unserer Stadt zu verwirklichen.«

Neben der mündlichen Sprachmittlung sollte es möglich sein, schriftliche Materialien wie fachliche Standards, Gesetzestexte, Empfehlungen, Verordnungen und Einwilligungserklärungen in verschiedene Sprachen übersetzen zu lassen. Englisch-Übersetzungen sind hier erfahrungsgemäß nicht ausreichend.

Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die täglich mit kultureller Vielfalt umgehen, spielt über das Vorhandensein interkultureller Kompetenzen hinaus auch die arbeitszeitliche Berücksichtigung des Themas eine Rolle. Gute Ideen der Mitarbeiter/-innen für die Umsetzung der interkulturellen Öffnung scheitern darüber hinaus oft an nicht vorhandenen finanziellen Ressourcen. Die Ergebnisse der Ämterbefragung 2016 spiegeln, dass finanzielle, zeitliche und personelle Ressourcen von großer Bedeutung für die Umsetzung einer interkulturellen Öffnung sind. [57]

Als Arbeitgeberin stellt sich für die Verwaltung die Frage, wie es gelingen kann, im Rahmen von Stellenneubesetzungen und Ausbildungsverträgen die Vielfalt der Mitarbeiterschaft auszubauen. Bisherige Maßnahmen[58] haben nicht zum gewünschten Ergebnis geführt. Die Gewinnung neuer Mitarbeiter/-innen mit Migrationshintergrund kann mit Werbekampagnen unterstützt werden und muss mit einer Öffentlichkeitsarbeit Hand in Hand gehen, die die Arbeit der Verwaltung leicht verständlich erklärt und ihre Funktion als Partner der Bürger/-innen (auch derer mit Migrationshintergrund) stärker in die Stadtgesellschaft vermittelt. Verschiedene Formate wie Tage der Offenen Tür, Kennenlernangebote für verschiedene Zielgruppen sowie der Ausbau der Möglichkeiten, Praktika in der Stadtverwaltung zu absolvieren, bieten sich für die Umsetzung dieses Anliegens an. Darüber hinaus sollten Diskriminierungsrisiken bei Bewerbungsverfahren für Studien- und Ausbildungsplätze sowie bei Stellenbesetzungen analysiert und entsprechende Maßnahmen zur Minimierung dieser Risiken umgesetzt werden. Eine Datengrundlage zum Anteil der städtischen Mitarbeiter/-innen mit Migrationshintergrund existiert bisher nicht. Dies sollte angegangen werden, um eine Erfolgskontrolle zu gewährleisten.

Informationen über kommunale Angebote und Dienstleistungen sollten so zur Verfügung gestellt werden, dass sie alle Bevölkerungsgruppen erreichen. Im INSEK heißt es: "Der Zugang zu Leistungen und Angeboten wird einfach und niedrigschwellig gestaltet, um allen Leipziger/-innen eine Inanspruchnahme zu ermöglichen. Informationen werden barrierefrei aufbereitet (z. B. barrierefreies Internet, einfache Sprache, Gebärdensprachdolmetscher, SprInt)." [59]

Zur konkreten Umsetzung dieses Anliegens, über fremdsprachliche Fortbildungen und den Einsatz von SprInt hinaus, gab es eine ganze Reihe von Vorschlägen: mehrsprachige Beschilderung in Verwaltungsgebäuden, mehrsprachige „Willkommen" - Schilder in Bereichen mit Bürgerkontakt, Formulare vereinfachen und gegebenenfalls mehrsprachig vorhalten, Schreiben und Bescheide in gut verständlicher Sprache ausstellen, Webseiten vereinfachen und aus Nutzersicht strukturieren, Informationen in Übersichten zur Verfügung stellen, verschiedene Medien für die Öffentlichkeitsarbeit nutzen (auch soziale Medien), je nach Zielgruppe prüfen, welche sprachlichen Anpassungen notwendig sind (mehrere Sprachen, einfache Sprache), Geschlechterspezifika berücksichtigen.

Einen wichtigen Beitrag zur Weitergabe von Informationen an Migrantinnen und Migranten leistet das im April 2018 neu eröffnete Willkommenszentrum. In einer Stadt, die international Menschen anzieht, ist ein solches Zentrum sinnvoll und notwendig. Die Verwaltung sollte alles daran setzen, die Reichweite seiner Angebote zu vergrößern und seine Arbeitsfähigkeit langfristig auf feste Füße zu stellen.

Für die Stadt bleibt es nach wie vor eine Herausforderung, Dienstleistungen und Veranstaltungsformate so zu gestalten, dass sie von allen Leipziger/-innen genutzt werden. Erfolgversprechend ist, schon bei der Planung Migrant/-innen, ihre Organisationen oder den Migrantenbeirat einzubeziehen bzw. in Arbeitsgremien Personen zu beteiligen, die die Sicht der Migrant/-innen vertreten können. Darüber hinaus sollten Beteiligungsmöglichkeiten, die es in der Stadt gibt, stärker an Migrant/-innen vermittelt werden. Generell bedarf es einer Stärkung der Migrantenorganisationen, damit eine Beteiligung auf Augenhöhe möglich ist und sie die wichtige Brückenfunktion zwischen Zugewanderten und der Mehrheitsgesellschaft ausüben können.

Durch die Verzahnung stadtübergreifender Konzepte und Strategien wie des Integrierten Stadtentwicklungskonzepts, der Kommunalen Gesamtstrategie „Leipzig. Ort der Vielfalt", des Teilhabeplans und des Integrationskonzepts untereinander als auch mit den einzelnen Fachplanungen gilt es, Synergieeffekte zu nutzen.

Die Mitgliedschaften bzw. Selbstverpflichtungen der Stadt Leipzig, z. B. in den Städteverbünden Integrating Cities und Europäische Städtekoalition gegen Rassismus, können stärker für die Umsetzung ämterübergreifender Ziele eingesetzt werden. Dazu müssen entsprechende Ressourcen zur Verfügung stehen.

In einem öffentlichen Diskurs, in dem eher die Nachteile der Zuwanderung im Fokus stehen, sollten Beispiele gelingender Integration und positive Aspekte der gesellschaftlichen Vielfalt mehr ins öffentliche Bewusstsein gerückt werden. Auch hier kann die Stadtverwaltung einen größeren Beitrag leisten.

57) Informationsvorlage Nr. VI-DS-03306, 58) Siehe Ratsbeschluss RBV-1673/13 und VI-DS-01617, 59) Leipzig 2030. Integriertes Stadtentwicklungskonzept (INSEK), S. C 2.5 – 11, Maßnahme 2–2

Maßnahmen

alle Ämter und Referate

» Erstellung von weiteren mehrsprachigen Informationsquellen (gedruckt, online) und Gewährleistung des Informationsflusses zu den Zielgruppen

» Benennung von Ansprechpartnern zu Migration/Integration in jedem Amt (alternativ Amtsleitung) sowohl für verwaltungsinterne Anliegen zu diesem Thema als auch für Multiplikatoren außerhalb der Verwaltung

alle Ämter und Referate (Verwaltung des Pools durch das Referat für Migration und Integration)

» Pool zur Finanzierung der Übersetzung von städtischen Webseiten

» Pool zur Finanzierung schriftlicher Übersetzungen von städtischen Veröffentlichungen und Formularen

alle Ämter und Referate mit Publikumsverkehr

» In die Stellenausschreibungen der Stadt, die Publikumsverkehr betreffen, werden "interkulturelle Kompetenzen" in die Liste der Anforderungen aufgenommen.

Amt für Gebäudemanagement

» Bei der Aktualisierung oder Neu-Gestaltung von Wegeleitsystemen in Verwaltungsgebäuden (durch Umzug oder Umstrukturierung) werden diese mehrsprachig erstellt

» „Willkommen"-Schriftzug mehrsprachig in allen Ämtern/Referaten/Eigenbetrieben mit Bürgerkontakt

Amt für Statistik und Wahlen, Referat für Migration und Integration

» Wiederholung der Migrantenbefragung

Hauptamt, Personalamt

» Thema Diversity in Führungskräfteklausur verankern

» Durchführung von Fortbildungen für Führungskräfte zur interkulturellen Sensibilisierung

Kulturamt, Leipziger Städtische Bibliotheken, Volkshochschule, GRASSI Museum für Angewandte Kunst, Museum der bildenden Künste, Theater der Jungen Welt, Schauspiel Leipzig, Gewandhaus zu Leipzig, Oper Leipzig

» Weiterführung der interkulturellen Veranstaltungsarbeit, auch mit migrantischen Projektpartnern

Kulturamt

» Prüfung der Anpassung der Entgeltordnung städtischer Museen mit dem Ziel, den Eintritt für Gruppen aus Sprach-, Orientierungs- und Integrationskursen zu einem ermäßigten Bildungspreis zu ermöglichen

Museum der bildenden Künste

» Entwicklung einer Diversifizierungsstrategie für Personal, Ausstellungen, Programm und Publikum des Museums der bildenden Künste

Stadtgeschichtliches Museum, Museum der bildenden Künste, GRASSI Museum für Angewandte Kunst

» Durchführung mehrsprachiger Führungen

Stadtgeschichtliches Museum

» Gestaltung des Wegeleitsystems in den Museumsgebäuden sowie der Haupttexte in den Ausstellungen zweisprachig deutsch/englisch

Personalamt

» Durchführung von Fortbildungen zur Unterstützung der interkulturellen Öffnung der Stadtverwaltung

» Schülerpraktika in der Verwaltung ermöglichen, mit dem Ziel der Gewinnung von Azubis (auf Anteil Schüler mit Migrationshintergrund achten)

» Referent/-innenpool für interkulturelle Fortbildungen erstellen, v.a. sächsische Expertise in Weiterbildungen nutzen

» Im Rahmen des Personalmarketings werden Strategien und Maßnahmen für mehr Vielfalt in der Personalstruktur entwickelt

» Die Vermittlung interkultureller Kompetenzen stärker in der Ausbildung verankern

» Rahmenbedingungen schaffen, die Vorortbesuche bei Vereinen/Akteuren/Migranten-Communities im Rahmen von Fortbildungen möglich machen

» Datenerhebung zum Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund in der Stadtverwaltung im Rahmen der datenschutzrechtlich zulässigen Methoden

Referat für Migration und Integration

» Qualifizierte Sprach- und Integrationsmittlung für kommunale Angebote absichern

» Erhöhung des SprInt-Budgets für freie Träger

» Fortführung der Stelle „Koordinationskraft Integration" im Referat für Migration und Integration

» Regelmäßige thematische Veranstaltungen zur Erstorientierung für Neuzugewanderte durch das Willkommenszentrum Leipzig

» Verstetigung der Afeefa-Plattform absichern

7. Handlungsfeld

Politische Teilhabe

Erfolgreiche Integration erfordert politische Teilhabe:

Integration kann nur gelingen, wenn Migrantinnen und Migranten und ihre Organisationen an den sie betreffenden Entscheidungen beteiligt werden. Politische Partizipation fördert die Identifikation mit und die Integration in die Gesellschaft. Daher ist sie eine wesentliche Dimension des Integrationsprozesses.
Eine direkte gleichberechtigte politische Teilhabe ist nur über das aktive und passive Wahlrecht möglich. Während eingebürgerte Migrantinnen und Migranten und Spätaussiedler/-innen auf allen Ebenen und Unionsbürger/-innen bei Kommunalwahlen wahlberechtigt sind, haben drittstaatsangehörige Ausländer/-innen kein Kommunalwahlrecht, was auch als Demokratiedefizit betrachtet werden kann.
Da die Behebung dieses Defizits nicht in der kommunalen Zuständigkeit liegt, kann die Stadt zumindest zweierlei versuchen: über Einbürgerungskampagnen die Zahl derer zu reduzieren, die das Kommunalwahlrecht nicht haben, und zugleich über gezielte Maßnahmen die Beteiligung der wahlberechtigten Migrantinnen und Migranten an Kommunalwahlen zu erhöhen.
Eine weitere Form der Beteiligung bietet in Leipzig der Migrantenbeirat, den es zu stärken gilt. Darüber hinaus ist auch eine stärkere Unterstützung für das bürgerschaftliche Engagement von Migrantinnen und Migranten in ihren Organisationen und ihre Einbeziehung in alle Felder bürgerschaftlichen Engagements, in denen sie bislang in der Regel unterrepräsentiert sind, erforderlich.

Entwicklungen seit 2013 und aktuelle Herausforderungen

Betrachtet man die direkte politische Teilhabe von Migrant/-innen – die Teilnahme an Wahlen, ihre Präsenz im Stadtrat und in politischen Parteien – kann davon ausgegangen werden, dass sie nicht entsprechend des Anteils der migrantischen Wahlberechtigten bzw. ihres Anteils an der Gesamtbevölkerung in den politischen Gremien vertreten sind. Angesichts eines kontinuierlichen Anstiegs der Bevölkerung mit Migrationsbiografie ist dies unbefriedigend, da die Gefahr besteht, dass die Belange dieser Gruppe nicht adäquat berücksichtigt und vertreten werden.

Nötig für ihre angemessene politische Teilhabe sind – neben einer rechtlichen Gleichstellung, die im Moment nur über eine Einbürgerung zu erreichen ist – der Abbau von Zugangsbarrieren, Grundkenntnisse über das politische System sowie der Zugang von Migrant/-innen zu Informationen über vorhandene Mitwirkungsmöglichkeiten.

Um die Beteiligung aller Bürger/-innen an der Gestaltung ihres Umfeldes und ihrer Stadt zu stärken, hat Leipzig für 2018 das Jahr der Demokratie ausgerufen. Das Anliegen, die Bürger der Stadt für ein gesellschaftliches Engagement zu gewinnen, ist an sich nicht neu. Auch im Bericht zur Kommunalen Bürgerumfrage 2017 heißt es: „Ziel ist die Stärkung der lokalen Demokratie, u.a. der Gremien vor Ort. 28 Prozent der Leipzigerinnen und Leipziger kennen ihren zuständigen Stadtbezirksbeirat bzw. Ortschaftsrat. 8 Prozent kennen ein bestelltes bzw. gewähltes Mitglied des lokalen Gremiums. Nur Wenige besuchen die öffentlichen Sitzungen im Stadtbezirk oder in der Ortschaft (2 Prozent binnen 5 Jahren)." [60]

Daten, wie viele Migrant/-innen einen Stadtrat/eine Stadträtin oder ein Mitglied ihres Stadtbezirksbeirats oder Ortschaftsrat kennen, gibt es nicht. Aber auch der Migrantenbeirat, das Gremium, das die Belange der migrantischen Bevölkerung im Stadtrat vertreten soll, ist ähnlich unbekannt unter den Migrant/-innen wie Stadtbezirksbeiräte oder Ortschaftsräte in der deutschen Mehrheitsgesellschaft. Nur sieben Prozent der Befragten [61] kennen dieses Gremium, das die Sichtweise dieser Bevölkerungsgruppe in die Kommunalpolitik einbringen kann und Möglichkeiten für eine aktive politische Teilhabe bietet. Um die Öffentlichkeits- und Netzwerkarbeit des Migrantenbeirats zu stärken, wurde Anfang 2018 eine Personalstelle in seiner Geschäftsstelle eingerichtet. Ein Jahr zuvor benannte der Migrantenbeirat Ansprechpartner für die Fachausschüsse, um die migrantische Sicht in integrationsrelevante Diskussionen einzubeziehen und die Arbeit dieser Gremien stärker mit dem Migrantenbeirat zu vernetzen. Im Dezember 2017 wurde die Einführung einer migrationspolitischen Stunde im Stadtrat beschlossen [62] und damit das Thema Integration auch dort stärker verankert.

Auf Landesebene gibt es seit April 2017 einen Dachverband sächsischer Migrantenorganisationen e. V., der die Interessen der Migrant/-innen gegenüber der Landesregierung vertreten soll.

Aktivitäten des Migrantenbeirats

Tabelle 3: Vorlagen und Anträge, die der Leipziger Migrantenbeirat behandelt bzw. selbst eingebracht hat

	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Anzahl der behandelten Vorlagen aus der Verwaltung	10	6	4	5	12	7
Anzahl der behandelten Anträge der Stadtratsfraktionen	-	1	4	6	5	10
Anzahl der eigenen Anträge des Migrantenbeirats (ohne Änderungsanträge)	-	1	-	-	4	5

Quelle: Stadt Leipzig: Migrantenbefragung 2016. Ergebnisbericht, S. 35

60) Stadt Leipzig: Schnellbericht zur Kommunalen Bürgerumfrage 2017, S. 6, 61) Stadt Leipzig: Migrantenbefragung 2016. Ergebnisbericht, S. 31 f.,

62) Vgl. Beschluss der Ratsversammlung VI-A-04714

»Die gesellschaftliche und letztendlich auch die politische Teilhabe beginnt im Wohnumfeld, auf Orts- und Stadtteilebene. Das bürgerschaftliche Engagement von Migrantinnen und Migranten auf dieser Ebene muss weiter gefördert und begleitet werden.«

Die Wertschätzung migrantischer Organisationen im Allgemeinen ist insbesondere angesichts der Fluchtmigration in den letzten Jahren und der Übernahme von Integrationsaufgaben auch durch Migrantenselbstorganisationen gestiegen. Sie sind Ansprechpartner geworden, wenn es um die Ermittlung von Bedarfen, um die Umsetzung von Integrationsprojekten und die Verbreitung von Informationen unter migrantischen Zielgruppen geht. Andererseits sind die Migrantenorganisationen – gemessen an den Erwartungen, die an sie herangetragen werden – finanziell, räumlich und personell schlecht ausgestattet.

Aus diesem Grunde ist die Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements der Migrant/-innen und ihrer Organisationen weiterhin sehr wichtig. Sie sind oft Anlaufstelle für Neuzugezogene und Geflüchtete und leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur Integration der Zugewanderten. Dies geschieht in großem Umfang ehrenamtlich.

Ein Teil der durch die Fluchtmigration zusätzlich angefallenen Beratung und Begleitung Zugezogener wurde durch Zuschüsse aus dem kommunalen Haushalt sowie durch Bundes- und Landesfördermittel unterstützt. Für den Haushalt 2019/2020 ist die Aufstockung der Fördermittel für Migrantenselbstorganisationen vorgesehen.

Es gibt eine Reihe von Unterstützungsangeboten für Vereine und Initiativen, die neben anderen Vereinen und Initiativen auch Migrantenorganisationen offen stehen. Städtisch finanziert sind z. B. die Servicestelle für Vereine und Initiativen bei der Freiwilligen-Agentur Leipzig e. V. sowie Veranstaltungen der Volkshochschule zur Qualifizierung der Vereinsarbeit. Darüber hinaus machen auch freie Träger Angebote zur Professionalisierung der Vereinsarbeit, z. B. der Verband binationaler Familien und Partnerschaften und der Dachverband sächsischer Migrantenorganisationen.

Beratung und Unterstützung erhalten Migrantenorganisationen durch die im Referat für Migration und Integration angesiedelte und durch Landesmittel finanzierte „Koordinationskraft Integration", die seit dem Frühjahr 2016 tätig ist. Gut angenommen wird auch die jährliche städtische Informationsveranstaltung zur Förderung von Vereinen, die infolge der Verabschiedung des ersten Gesamtkonzepts zur Integration ins Leben gerufen wurde.

Herausforderung bleibt, die migrantischen Vereine über Unterstützungsmöglichkeiten zu informieren und ihre Arbeit zu qualifizieren.

Trotz dieser Bemühungen ist die Beteiligung von Migrant/-innen an öffentlich zugänglichen Veranstaltungen, Diskussionsrunden und Arbeitsgremien, in denen über verschiedene Aspekte der städtischen Entwicklung diskutiert wird, nicht zufriedenstellend. Eine breitere Mitwirkung der Bürger/-innen unabhängig von der Herkunft ist anvisiertes Ziel, auch im Sinne der Stärkung der lokalen Demokratie.

Anzahl Einbürgerungen

Tabelle 4: Anzahl der Einbürgerungen in Leipzig

	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Einbürgerungen insgesamt	329	325	427	489	525	630

Quelle: Stadt Leipzig, Ordnungsamt, Ausländerbehörde

Lösungsansätze

Eine vollständige Gleichstellung von Migrantinnen und Migranten hinsichtlich der Teilnahme an Wahlen ist derzeit nur über die deutsche Staatsbürgerschaft zu erreichen. Eine Studie in Sachsen belegt, dass eingebürgerte Migrant/-innen von ihrem Wahlrecht rege Gebrauch machen: 77,8 Prozent der Befragten gab an, sich an der Bundestagswahl 2017 beteiligt zu haben.[63] In diesem Sinne unterstützen Maßnahmen, die die Förderung der Einbürgerung zum Ziel haben, auch die politische Teilhabe von Migrant/-innen.

Die wirksamere Öffentlichkeitsarbeit über Möglichkeiten der politischen Teilhabe ist ein weiteres wichtiges Instrument, um Migrant/-innen zu aktivieren, für ihre Interessen einzustehen. Dabei ist zu prüfen, ob das vorhandene Informationsmaterial für diese Zielgruppe zugänglich ist und durch welche Veranstaltungsformate Migrant/-innen am besten erreicht werden können bzw. ob es weiterer Informationsmaterialien und neuer niederschwelliger Veranstaltungsformate bedarf, um diese Zielgruppe zu erreichen.

Zur Öffentlichkeitsarbeit über Möglichkeiten der politischen Teilhabe gehört auch, die Arbeit des Migrantenbeirats bekannter zu machen. Die Migrant/-innen wünschen sich beispielsweise mehr Informationen über dieses Gremium via Internet (Homepage, soziale Medien, Newsletter).[64] Dabei ist für die gesamte Öffentlichkeitsarbeit der barrierefreie Zugang zu diesen Informationen zu beachten sowie die Übertragung in einfache Sprache und in die Muttersprachen der größten Herkunftsgruppen zu prüfen.

Die Beschäftigung mit Politik sollte attraktiver gemacht und die Mitwirkung an demokratischen Prozessen beworben werden. Eine öffentlich wirksame Kampagne zur politischen Beteiligung wäre ein guter Beitrag dazu.

Ein Grundsatz bei der Diskussion, Planung und Durchführung integrationsrelevanter Maßnahmen, Projekte und Angebote sollte sein, die Expertise von Migrant/-innen einzuholen und nicht ohne ihre Beteiligung zu agieren. Gleichzeitig bedarf es einer Unterstützung der Migrant/-innen bzw. ihrer Organisationen, um sie strukturell, personell und finanziell in die Lage zu versetzen, diese Expertise zur Verfügung zu stellen und ihre Interessen angemessen artikulieren und vertreten zu können. Um diesem Anspruch zu genügen bedarf es einer besseren Ressourcenausstattung migrantischer Organisationen zum qualitativen und quantitativen Ausbau ihrer Arbeit. Die Einstellung von Migrant/-innen in die Regelinstitutionen und die Öffnung der Strukturen der Aufnahmegesellschaft mildern die Gefahr, migrantische Sichtweisen und Interessen zu übersehen.[65]

Die gesellschaftliche und letztendlich auch die politische Teilhabe beginnt im Wohnumfeld, auf Orts- und Stadtteilebene. Das bürgerschaftliche Engagement von Migrantinnen und Migranten auf dieser Ebene muss weiter gefördert und begleitet werden – am besten durch längerfristig angelegte hauptamtliche Strukturen. Dabei ist die Vernetzung mit den Ortschaftsräten und den Quartiers- und Stadtteilmanagements von großer Bedeutung, um auch dort die Vertretung der Interessen der Migrant/-innen zu gewährleisten und Beteiligungsinstrumente für diese Gruppe zu schaffen.[66] Ausgeschriebene finanzielle Hilfen zur Förderung des Ehrenamts könnten von migrantischen Initiativen noch stärker genutzt werden.

Der Blick in andere Städte kann Ideen für Leipzig liefern. Die Stadt Leipzig ist überregional und international in verschiedenen fachlichen Zusammenhängen und auf verschiedenen Verwaltungsebenen gut vernetzt. Andernorts erfolgreiche Maßnahmen zur Förderung der (politischen) Teilhabe von Migrant/-innen können auch auf eine Umsetzung in Leipzig hin geprüft werden.

Die oben bereits erwähnte städtische Informationsveranstaltung zur Förderung von Vereinen sollte weitergeführt werden. Veränderungen bezüglich des Formats, z. B. Ergänzung durch ein konkretes Beratungs- oder Workshop-Angebot können vom Bedarf abhängig gemacht werden.

Maßnahmen

Amt für Statistik und Wahlen, Referat für Migration und Integration

» Wiederholung der Migrantenbefragung

Amt für Statistik und Wahlen

» Durchführung der Wahl des Migrantenbeirates

Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters I

» Herausgabe einer Broschüre zur Arbeit des Stadtrates in einfacher Sprache und in mehreren Fremdsprachen

Ordnungsamt/Ausländerbehörde

» Informationen zum Einbürgerungsverfahren auf leipzig.de zur Verfügung stellen bzw. vorhandenes Material dazu bündeln

Referat für Migration und Integration

» Bereitstellung finanzieller Mittel zur Stärkung der Vereinsstrukturen der Migrantenorganisationen

» Erhöhung der finanziellen Mittel für interkulturelle Projekte, die der Integration der in Leipzig lebenden Migranten – insbesondere ihrer gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Teilhabe – dienen

» Ergänzung der Seiten unter leipzig.de/migranten um Informationen zu politischen Teilhabemöglichkeiten für Migrant/-innen

63) Dresdner Forschungswerk: Lage der eingebürgerten Migranten in Sachsen, Dezember 2018, siehe https://sab.landtag.sachsen.de/dokumente/Ergebnisbericht_Langfassung.pdf, 64) Stadt Leipzig: Migrantenbefragung 2016. Ergebnisbericht, S. 31, 65) für Ausführungen zur interkulturelle Orientierung und Öffnung siehe auch Kapitel 6, 66) siehe auch Ausführungen im Kapitel 4 Sozialräumliche Integration

8. Handlungsfeld

Bekämpfung von Diskriminierung und Rassismus

Die entschiedene Bekämpfung von Diskriminierung und Rassismus ist eine wesentliche Voraussetzung für erfolgreiche Integration:

Eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben kann auf Dauer nur gelingen, wenn allen Formen von Rassismus, von strukturellen und persönlichen, von direkten und indirekten Diskriminierungen entschieden entgegengetreten wird.
In Leipzig existieren eine Reihe guter Ansätze für die Auseinandersetzung mit und die Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung. Der 2009 erfolgte Beitritt zur Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus und die Annahme ihres 10-Punkte-Aktionsplanes bieten eine gute Grundlage, diese Ansätze zu verstetigen und auszubauen, einschließlich einer verstärkten Förderung von Beratungs- und Unterstützungsangeboten der damit befassten freien Träger. Für diese sind Qualitätskriterien zu erstellen und zu beschließen.

Entwicklungen seit 2013 und aktuelle Herausforderungen

Leipzig ist internationaler geworden – sowohl durch Flucht-Zuwanderung als auch durch Arbeitsmigration, internationale Verflechtungen in Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und als Ziel für Tourist/-innen. Diese Internationalität macht Leipzig attraktiv und trägt zur Prosperität der Stadt bei. Wo Heterogenität zunimmt, entstehen jedoch auch leichter Konflikte, treten persönliche Einstellungen an die Oberfläche und nehmen Polarisierungen zu. In den letzten Jahren sind wir Zeug/-innen des Erstarkens rechtspopulistischer Parteien und Bewegungen in ganz Europa geworden. Populistische Diskurse in Verbindung mit Antisemitismus und Muslimfeindlichkeit finden zunehmend Eingang in gesellschaftliche Debatten.

Besorgniserregend ist die Zunahme von Haltungen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, wie z. B. antimuslimischem Rassismus und die Tatsache, dass Teile der Bevölkerung für rechtsextreme Ziele mobilisierbar sind.[67] Auch in Leipzig sind in den letzten Jahren rassistische Einstellungen sichtbar geworden, erinnert sei an die Legida-Demonstrationen, die Proteste gegen einen geplanten Moscheebau und die offen geäußerten Vorbehalte und Anfeindungen gegen in der Nachbarschaft untergebrachte geflüchtete Menschen.

Die Integration verschiedener Bevölkerungsgruppen und die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts sind Herausforderungen, die stärker in den Fokus gerückt sind. Konflikte müssen konstruktiv gelöst und Vorbehalte aufgebrochen werden.

In der kommunalen Bürgerumfrage 2017 platzierten die jungen Erwachsenen (18- bis unter 25-jährige) die Fremdenfeindlichkeit auf Rang drei der größten städtischen Probleme. Damit unterschieden sie sich vom Leipziger Durchschnitt, der dieses Problem auf Rang acht verwies. 2016 wurde dieses städtische Problemfeld von den jungen Erwachsenen allerdings noch am häufigsten genannt.[68]

(Rassistische) Diskriminierung ist eine gesellschaftliche Realität, der Migrant/-innen in besonderem Maße ausgesetzt sind. Viele beschreiben rassistische Erfahrungen als Bestandteil ihres täglichen Lebens. Dies betrifft u. a. die Suche nach einer Wohnung, die Bewerbung um einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz ebenso wie den Zugang zu Gesundheitsleistungen oder den Kontakt zu Behörden. Bei der Leipziger Migrantenbefragung 2016 gaben 25 Prozent der Befragten an, bereits mindestens einmal Benachteiligungen bei der Stadtverwaltung oder anderen Behörden erlebt zu haben.[69]

Veranstaltungen zu den Internationalen Wochen gegen Rassismus Leipzig

Tabelle 5: Veranstalter und Veranstaltungen im Rahmen der Internationalen Wochen gegen Rassismus

	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Anzahl der Veranstaltungen	50	40	50	50	60	60
Anzahl der veranstaltenden Organisationen	25	40	45	55	40	50

Quelle: Stadt Leipzig, Referat für Migration und Integration

67) Leipziger Autoritarismus-Studie 2018, siehe unter: www.boell.de/de/2018/11/07/leipziger-autoritarismus-studie-2018-methode-ergebnisse-langzeitverlauf

68) Stadt Leipzig: Schnellbericht zur Kommunalen Bürgerumfrage 2017, S. 7 und 9, 69) Stadt Leipzig: Migrantenbefragung 2016. Ergebnisbericht, S. 36

»Integrations-, Antidiskriminierungs- und Vielfaltspolitik müssen Hand in Hand gehen. Sie betreffen alle gesellschaftlichen Bereiche und damit auch alle kommunalen Verwaltungseinheiten.«

Diskriminierungen können auf die von ihr Betroffenen massive Auswirkungen haben. Bezogen auf Menschen mit Migrationshintergrund kann dies die individuelle Integrationsbereitschaft deutlich senken und zu Radikalisierungs- und Reethnisierungsprozessen führen. Vorurteile und Stereotypisierungen, die auch unabhängig von einer persönlichen Diskriminierungserfahrung wirken, haben negative Folgen etwa auf den Bildungserfolg oder eine gelingende Arbeitsmarktintegration der betroffenen Personen. [70]

In den letzten Jahren ist der Beratungsbedarf für Betroffene von Diskriminierung gestiegen. Die Arbeit des Antidiskriminierungsbüros Sachsen e. V. in Leipzig und der Opferberatungsstelle der RAA konnte durch Landesförderung und städtische Zuschüsse gesichert und ausgebaut werden.

Im Rahmen der kommunalen Gesamtstrategie „Leipzig – Ort der Vielfalt" wurden und werden weiterhin Projekte und Maßnahmen im Themenfeld „Diskriminierung und Rassismus" gefördert. Etabliert seit vielen Jahren ist der Wettbewerb „Schule der Toleranz", der seit 2006 das Engagement von Schüler/-innen gegen Vorurteile, Diskriminierung und Gewalt würdigt.

Diskriminierung und Rassismus sind gesamtgesellschaftliche Phänomene, ihre Bekämpfung ist daher eine Querschnittsaufgabe. Integrations-, Antidiskriminierungs- und Vielfaltspolitik müssen Hand in Hand gehen. Sie betreffen alle gesellschaftlichen Bereiche und damit auch alle kommunalen Verwaltungseinheiten. Die Integration der Migrant/-innen im Sinne einer gleichberechtigten Teilhabe ordnet sich dabei in den größeren Kontext einer umfassenderen Antidiskriminierungs- und Vielfaltspolitik ein.

An dieser Stelle sei noch einmal auf die Querverbindungen zu den vorangegangenen Kapiteln dieses Konzepts verwiesen. Der gleichberechtigte und diskriminierungsfreie Zugang zu Bildung, Arbeit, Wohnen und Gesundheit wird auch dort thematisiert.

70) Merx, E. und Perabo, T.: Kommunale Antidiskriminierungspolitik. Wege zu mehr Gleichbehandlung, Vielfalt und Inklusion in Kommunen, in: Gesemann F. /Roth, R., Handbuch Lokale Integrationspolitik, Wiesbaden 2018, S. 660

Lösungsansätze

Um Diskriminierungen vorzubeugen bzw. entgegen zu treten, sollte die Stadt den Blick auch auf die eigenen Strukturen und das Handeln ihrer Bediensteten richten und kritisch prüfen, welche Mechanismen in der Praxis zu Ausgrenzungen führen. Dass 25% der befragten Migrant/-innen angeben, sie hätten mindestens einmal Benachteiligungen bei der Stadtverwaltung oder anderen Behörden erlebt, ist ein Ergebnis, dass es zu verändern gilt.

In den Workshops zur Fortschreibung des Konzepts gab es viele Hinweise, wie man Diskriminierungen in den verschiedenen Handlungsfeldern zurückdrängen kann. In anderen Kapiteln schon genannte Lösungsansätze werden im Folgenden nur angerissen. Bezüglich der Bekämpfung von Diskriminierung und Rassismus tauchten die folgenden Handlungsbereiche immer wieder auf:

Um Chancengleichheit für Wohnungssuchende herzustellen, gilt es, zusammen mit den Akteur/-innen des Wohnungsmarktes auf eine Zurückdrängung von Diskriminierungen hinzuwirken.

Rassismuskritische Bildungsarbeit muss in Regelsystemen wie Kitas und Schulen zum Standard werden und sollte sich nicht auf einzelne Projekte und Aktionen beschränken. Da bisher keine flächendeckende Bildungsarbeit zu diesem Thema erfolgt, ist die städtische Förderung von Bildungsprojekten im Rahmen der kommunalen Gesamtstrategie „Leipzig – Ort der Vielfalt" umso wichtiger.

Auch der Wettbewerb „Schule der Toleranz" sensibilisiert Schüler/-innen für antidemokratische Tendenzen wie Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus in ihrem Umfeld und motiviert dazu, sich aktiv mit diesen Themen auseinander zu setzen.

Zu einer rassismuskritischen Bildungsarbeit gehört auch, die Erinnerungskultur zu fördern und die Geschichte (Nationalsozialismus, Auswirkungen des Kolonialismus bis heute) und das Gedenken an die Opfer rassistischer Gewalttaten für die Bildung und Erziehung zu nutzen.

Die Sensibilisierung der Beschäftigten in der Stadtverwaltung für diskriminierende Handlungen und Situationen steht in engem Zusammenhang mit einer Öffnung für Vielfalt und dem Abbau von Zugangsbarrieren, insbesondere auf dem Gebiet der interkulturellen Kommunikation. Die darauf ausgerichteten Fortbildungen der Mitarbeiter/-innen bzw. der Einsatz des Sprach- und Integrationsmittlerdienstes (SprInt) können ebenso wie die Ausbildung und Einstellung von Migrant/-innen zu einem diskriminierungsärmeren Umgang führen. Bei der Vergabe städtischer Fördermittel sollte Wert auf die interkulturelle Kompetenz der Projektträger sowie auf eine Beteiligung von Migrant/-innen gelegt werden. Eine bessere, leichter verständliche Begründung behördlicher Entscheidungen kann dazu führen, dass der Kontakt mit Ämtern und Einrichtungen der Stadtverwaltung nicht als diskriminierend empfunden wird. Die konsequente Ächtung von rassistischer Gewalt und diskriminierendem Verhalten durch städtische Beschäftigte sollte selbstverständlich sein.

Der vom Ordnungsamt koordinierte Kommunale Präventionsrat Leipzig beschäftigt sich in seiner Arbeitsgruppe Extremismusprävention gezielt auch mit Maßnahmen zur Bekämpfung von Diskriminierung und Rassismus. Zu überlegen wäre, ob eine Öffnung der bisher ausschließlich aus Behördenvertreter/-innen zusammengesetzten Runde für weitere Interessierte (Engagierte, freie Träger) sinnvoll ist, um die Aktivitäten auf eine breitere Basis zu stellen.

Die Stadtverwaltung sollte überprüfen, ob ihre Ausschreibungen, Verträge, Konzepte und Leitbilder den Erfordernissen des Diskriminierungsschutzes gerecht werden und vorbeugende Maßnahmen, wie die Aufnahme von Antidiskriminierungsklauseln in städtische Verträge umsetzen.

Von der Stadt herausgegebene Materialien und Veröffentlichungen gilt es zu reflektieren und auf diskriminierende Inhalte zu überprüfen.

Beteiligung am Wettbewerb Schule der Toleranz

Tabelle 6: teilnehmende Leipziger Schulen am Wettbewerb Schule der Toleranz

	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Anzahl der teilnehmenden Schulen	11	18	13	20	10	7

Quelle: Amt für Familie, Jugend und Bildung, Zentrum für demokratische Bildung

Die Wahrnehmbarkeit und die informative und sensibilisierende Wirkung der jährlich stattfindenden Internationalen Wochen gegen Rassismus könnten durch eine bessere Ressourcenausstattung durchaus gesteigert werden. Auch die Interkulturellen Wochen sind eine Plattform, um Vielfalt und Toleranz zu fördern und damit Diskriminierungen vorzubeugen.
Der 10-Punkte-Aktionsplan der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus, deren Mitglied Leipzig seit 2009 ist, sollte stärker im Bewusstsein der städtischen Mitarbeiter/-innen verankert und als Leitfaden kommunalen Handelns auch nach außen in die Stadtgesellschaft kommuniziert werden.
Die Arbeit des Antidiskriminierungsbüros in Leipzig und der Opferberatung muss auch in Zukunft unterstützt und finanziell abgesichert werden. Da der Beratungsbedarf zu Diskriminierungsfällen zugenommen hat, braucht es mehr Ressourcen für Beratungsleistungen und die Unterstützung von Betroffenen. Auch Mehrfachdiskriminierungen sollten stärker in den Blick genommen (z. B. zugewanderte Menschen mit Behinderungen, Frauen mit Migrationshintergrund) und im Sinne der Betroffenen alle Unterstützungsmöglichkeiten ausgeschöpft werden.
Ein einheitliches kontinuierliches Diskriminierungsmonitoring ist die Grundlage für die Entwicklung von Handlungsstrategien und Maßnahmen. Beispielsweise wird Rassismus als Motiv für Gewalttaten oftmals negiert und taucht als solches in der Statistik nicht auf. Eine systematische Erfassung und die Erstellung gemeinsamer Erhebungsrichtlinien aller Einrichtungen, die Ansprechpartner/-innen in Diskriminierungsfällen sind, sollten zeitnah umgesetzt werden.
Nicht zuletzt dient auch eine stärkere Einbeziehung von Migrant/-innen bzw. ihrer Organisationen in die Gremienarbeit der Stadtverwaltung und in kommunale Beteiligungsprozesse der Sensibilisierung für diskriminierende Strukturen und Verhaltensweisen. Entscheidungen, die auf der Basis einer multiperspektivischen Betrachtung getroffen werden, haben das Potential, in ihrer Umsetzung diskriminierungsarm zu sein.

Maßnahmen

Amt für Jugend, Familie und Bildung

» Finanzielle Unterstützung von Projekten im Rahmen der Kommunalen Gesamtstrategie „Leipzig. Ort der Vielfalt"/der Partnerschaft für Demokratie

» Unterstützung und Würdigung von Projekten im Rahmen des Wettbewerbs „Schule der Toleranz"

Büro für Ratsangelegenheiten in Zusammenarbeit mit dem Referat für Migration und Integration

» Durchführung der migrationspolitischen Stunde des Stadtrates entsprechend Ratsbeschluss VI-A-04714 vom 13.12.2017

Amt für Statistik und Wahlen, Referat für Migration und Integration

» Wiederholung der Migrantenbefragung

Hauptamt, Rechtsamt, Referat für Migration und Integration

» Prüfung der Aufnahme einer Antidiskriminierungsklausel bei Aufträgen durch die Stadt Leipzig

Referat für Migration und Integration

» Erhöhung der finanziellen Mittel für interkulturelle Projekte, die der Integration der in Leipzig lebenden Migranten – insbesondere ihrer gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Teilhabe – dienen

» Durchführung von Informationsveranstaltungen im Willkommenszentrum, die Mieter/-innen mit Migrationshintergrund über ihre Rechte und Pflichten bei der Wohnungsanmietung sowie über Beratungs- und Unterstützungsangebote im Bereich Wohnen aufklären (Umsetzung des Ratsbeschlusses VI-A-04523)

» Durchführung von Schulungen der Mitarbeiter/-innen in Wohnungsunternehmen zum Migrationsrecht (Umsetzung des Ratsbeschlusses VI-A-04523) Referat für Migration und Integration

Referat für Kommunikation (Medienthemen), Referat für Migration und Integration (Fachthemen)

» Entwicklung einer öffentlichkeitswirksamen Kampagne, die die kulturelle, gesellschaftliche und religiöse Vielfalt der Leipziger/-innen darstellt (VI-A-05884-ÄA-03)

II. Interkulturelles und Internationales: Außenwirkun
der Verwaltung
Informationen in Übersichten
Angebote besser kommunizieren
Amts-Wegweiser - welches Amt wofür
Website-Gestaltung - einfacheres Navigieren / Auffinden von Inhalten
Ansprechpartner in den Fachämtern auch für Externe
Neue Formen von Kommunikation: z.B. Facebook
Formulare, Schreiben und Bescheide in leichter Sprache
Projekt „Rathaus-Rallye" auch für Erwachsene anbieten
Beschilderung in Gebäuden
Sprachmittlung ermöglichen
Pool für schriftliche Übersetzungen
Mehrsprachigkeit
Solevita

Anhang 1
Zusammengefasste Liste der Maßnahmen

Laufzeit der Maßnahmen: fortlaufend, sofern nicht durch Förderprogramme und finanzielle Mittel aus dem städtischen Haushalt (ab 2021/22) begrenzt

Die Deckung aller in der nachfolgenden Tabelle aufgeführten Maßnahmen erfolgt auf dreierlei Art (s. Spalte „Finanzierung"):

(1) Entweder sind die Mittel bereits im Budget des verantwortlichen Amts/Referats eingestellt oder

(2) die Deckung erfolgt über Drittmittel oder aber

(3) es ist keine bzw. keine ausreichende Finanzierung über das Amtsbudget oder Drittmittel möglich. In diesem Fall kann die Deckung aus den zusätzlich im Referat Migration und Integration eingestellten Haushaltsmitteln in Höhe von 60 T€ p. a. erfolgen.

lfd. Nr.	Maßnahme	Handlungsfelder (entsprechend der Kapitel)								verantwortliches Amt	Finanzierung			
											Ämter-budget	Dritt-mittel	Finanzierung (in €) aus separatem Budget (Mittel eingestellt bei OE 18)"	
		1	2	3	4	5	6	7	8				2019	2020
1	Erstellung von weiteren mehrsprachigen Informationsquellen (gedruckt, online) und Gewährleistung des Informationsflusses zu den Zielgruppen						x			alle Ämter und Referate	x	x	0	0
2	Benennung von Ansprechpartnern zu Migration/ Integration in jedem Amt (alternativ Amtsleitung) sowohl für verwaltungsinterne Anliegen zu diesem Thema als auch für Multiplikatoren außerhalb der Verwaltung						x			alle Ämter und Referate	_	_	0	0
3	Pool zur Finanzierung der Übersetzung von städtischen Webseiten						x			alle Ämter und Referate (Verwaltung des Pools durch das Referat für Migration und Integration)	x	_	10.000	10.000
4	Pool zur Finanzierung schriftlicher Übersetzungen von städtischen Veröffentlichungen und Formularen						x			alle Ämter und Referate (Verwaltung des Pools durch das Referat für Migration und Integration)	x	_	6.000	6.000
5	In die Stellenauschreibungen der Stadt, die Publikumsverkehr betreffen, werden „interkulturelle Kompetenzen" in die Liste der Anforderungen aufgenommen						x			alle Ämter und Referate	_	_	0	0
6	Finanzielle Unterstützung von Projekten im Rahmen der Kommunalen Gesamtstrategie „Leipzig. Ort der Vielfalt"/ der Partnerschaft für Demokratie				x	x			x	Amt für Jugend, Familie und Bildung	x	x	0	0
7	Unterstützung und Würdigung von Projekten im Rahmen des Wettbewerbs „Schule der Toleranz"				x	x			x	Amt für Jugend, Familie und Bildung	x	_	0	0

lfd. Nr.	Maßnahme	Handlungsfelder (entsprechend der Kapitel)								verantwortliches Amt	Finanzierung			
											Ämter-budget	Dritt-mittel	Finanzierung (in €) aus separatem Budget (Mittel eingestellt bei OE 18)“	
		1	2	3	4	5	6	7	8				2019	2020
8	Wiederholung der Migrantenbefragung						x	x	x	Amt für Statistik und Wahlen, Referat für Migration und Integration	x	_	0	0
9	Weiterführung der interkulturellen Veranstaltungsarbeit, auch mit migrantischen Projektpartnern				x		x			Kulturamt, Leipziger Städtische Bibliotheken, Volkshochschule, GRASSI Museum für Angewandte Kunst, Museum der bildenden Künste, Theater der Jungen Welt, Schauspiel Leipzig, Gewandhaus zu Leipzig, Oper Leipzig	x	x	0	0
10	Qualifizierte Sprach- und Integrationsmittlung für kommunale Angebote absichern	x	x	x			x			Referat für Migration und Integration	x	x	0	0
11	Erhöhung des SprInt-Budgets für freie Träger	x		x			x			Referat für Migration und Integration	x	x	0	0
12	Fortführung der Stelle „Koordinationskraft Integration“ im Referat für Migration und Integration				x		x			Referat für Migration und Integration	x	x	0	0
13	Regelmäßige thematische Veranstaltungen zur Erstorientierung für Neuzugewanderte durch das Willkommenszentrum Leipzig		x	x			x			Referat für Migration und Integration	x	x	0	0
14	Verstetigung der Afeefa-Plattform absichern		x		x		x			Referat für Migration und Integration	x	x	0	0
15	Bereitstellung finanzieller Mittel zur Stärkung der Vereinsstrukturen der Migrantenorganisationen					x		x		Referat für Migration und Integration	x	_	0	0
16	Erhöhung der finanziellen Mittel für interkulturelle Projekte, die der Integration der in Leipzig lebenden Migranten – insbesondere ihrer gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Teilhabe – dienen				x	x		x	x	Referat für Migration und Integration	x	_	0	0
17	Durchführung von Informationsveranstaltungen im Willkommenszentrum, die Mieter/-innen mit Migrationshintergrund über ihre Rechte und Pflichten bei der Wohnungsanmietung sowie über Beratungs- und Unterstützungsangebote im Bereich Wohnen aufklären (Umsetzung des Ratsbeschlusses VI-A-04523)				x				x	Referat für Migration und Integration	x	x	0	0
18	Durchführung von Schulungen der Mitarbeiter/-innen in Wohnungsunternehmen zum Migrationsrecht (Umsetzung des Ratsbeschlusses VI-A-04523)	x			x				x	Referat für Migration und Integration	x	_	0	0

lfd. Nr.	Maßnahme	Handlungsfelder (entsprechend der Kapitel)								verantwortliches Amt	Finanzierung			
											Ämter-budget	Dritt-mittel	Finanzierung (in €) aus separatem Budget (Mittel eingestellt bei OE 18)“	
		1	2	3	4	5	6	7	8				2019	2020
19	Einsatz von Sprach- und Kulturmittler/-innen in Kindertagesstätten und Schulen (Schulsozialarbeit)	x								Amt für Jugend, Familie und Bildung	x	_	0	0
20	Einarbeitung der bei Tagespflegepersonen vorhandenen Sprachkenntnisse in das entsprechende Verzeichnis auf leipzig.de	x								Amt für Jugend, Familie und Bildung	x	_	0	0
21	Abschluss von Zielvereinbarungen zwischen Schule und Sozialarbeit (wo noch nicht geschehen), die das Thema Integration von migrantischen Schüler/-innen berücksichtigen, Prüfung des interkulturellen Fortbildungsbedarfs und Durchführung der Fortbildungen	x								Amt für Jugend, Familie und Bildung	x	_	0	0
22	Etablierung der integrationskursbegleitenden Kinderbetreuung	x								Amt für Jugend, Familie und Bildung	x	_	0	0
23	Einsatz „Zusätzlicher Begleitung von Schüler/-innen mit Migrationshintergrund im ganztägigen Schulalltag“ über arbeitsmarktpolitische Maßnahmen	x								Amt für Jugend, Familie und Bildung, Referat für Beschäftigungspolitik, Kommunaler Eigenbetrieb Engelsdorf	x	x	0	0
24	Ausbau und Aktualisierung von Lernmaterialien zu interkulturellen Themen, von Klassensätzen in einfacher Sprache sowie von speziellen Medienboxen für DaZ-Klassen	x								Leipziger Städtische Bibliotheken	x	_	0	0
25	Konzeption und Durchführung von Veranstaltungen für DaZ-Klassen	x								Leipziger Städtische Bibliotheken	x	_	0	0
26	Bibliothekseinführungen für Sprach- und Integrationskurse	x								Leipziger Städtische Bibliotheken	x	_	0	0
27	Ausbau und Aktualisierung des Bestandes an fremdsprachlichen und bilingualen Medien sowie von Publikationen in leichter Sprache	x								Leipziger Städtische Bibliotheken	x	_	0	0
28	Herausgabe der Broschüre „Erstsprache und Zweitsprache – Wie helfe ich meinem Kind gut Deutsch zu lernen?“ in weiteren Sprachen (neben arabisch)	x								Referat für Migration und Integration	x	_	0	1.000
29	Erstellung von Videos zur Erklärung des sächsischen Schulsystems in verschiedenen Sprachen und einfacher Sprache	x								Referat für Migration und Integration	x	_	13.200	23.200
30	Beibehaltung des seit 2008 existierenden Angebotes „Deutschkurse für Asylsuchende“ (200 Ustd. pro TN) – Lückenförderung Land/Kommune für Sprachförderung	x								Sozialamt	x	_	0	0

lfd. Nr.	Maßnahme	Handlungsfelder (entsprechend der Kapitel)								verantwortliches Amt	Finanzierung			
											Ämter-budget	Dritt-mittel	Finanzierung (in €) aus separatem Budget (Mittel eingestellt bei OE 18)“	
		1	2	3	4	5	6	7	8				2019	2020
31	Stadtteilorientierte Angebote zur Beschäftigungsförderung (Jobpoint Leipziger Westen, Mobiler Jobcoach Schönefeld, Projekt „Arbeit im Quartier“)		x							Amt für Wohnungsbau und Stadterneuerung	x	x	0	0
32	Weiterführung des Projekts „Gründungsunterstützung für Migrantinnen und Migranten in Leipzig“		x							Amt für Wirtschaftsförderung	x	_	0	0
33	Öffentlichkeitswirksame Vorstellung migrantischer Unternehmensgründungen		x							Amt für Wirtschaftsförderung	x	_	0	0
34	Präsentation migrantischer Gründungen auf der Integrationsmesse		x							Amt für Wirtschaftsförderung	x	_	0	0
35	Fortführung und Ausbau des Bereichs/Beratungsangebots „MATE – Migrationsspezifische Arbeitsmarktberatung und Teilhabe am Erwerbsleben“ in der rechtskreisübergreifenden Beratungseinrichtung des KEE		x							Kommunaler Eigenbetrieb Leipzig/Engelsdorf	x	_	0	0
36	Fortführung des Projekts „BJM – Berufsorientierte Jugendmigrationsberatung“ in Zusammenarbeit mit dem ASD Fachdienst umA, zur Vermittlung beruflicher Perspektiven (duale oder schulische Ausbildung, weiterführende Schulen) für jugendliche Migrant/-innen, im Anschluss an den Schulbesuch		x							Kommunaler Eigenbetrieb Leipzig/Engelsdorf	x	_	0	0
37	Fortführung des Projekts „AMB – Arbeitsmarktorientierte Migrationsberatung“ durch die Unterstützung im Bewerbungsprozess, bei der Anerkennung ausländischer Bildungs- und Berufsabschlüsse und bei der Suche nach Weiterbildungen und Qualifizierungen, Praktika und öffentlich-geförderter Beschäftigung etc.		x							Kommunaler Eigenbetrieb Leipzig/Engelsdorf	x	_	0	0
38	Fortführung und Ausbau des Projekts „Alif – Arbeitsmarktspezifische lebensweltorientierte Integrationsberatung für Frauen“ in Kooperation mit DaMigra		x							Kommunaler Eigenbetrieb Leipzig/Engelsdorf	x	_	0	0
39	Fortführung des Projekts „AKub – Arbeitsmarktspezifische Kurzberatung“ für ratsuchende Migrant/-innen zur Integration in den deutschen Arbeitsmarkt		x							Kommunaler Eigenbetrieb Leipzig/Engelsdorf	x	_	0	0
40	Fortführung des Angebots „Kompetenzfeststellung FITT © KEE“ zur effektiveren Gestaltung des Integrationsprozesses durch eignungsdiagnostische und klinisch diagnostische Testverfahren zur Berufsorientierung, kognitiven Fähigkeiten, Persönlichkeit und weiteren Bereichen in Verbindung mit einer Deutschtestung nach dem europäischen Referenzrahmen (TELC)		x							Kommunaler Eigenbetrieb Leipzig/Engelsdorf	x	x	0	0

lfd. Nr.	Maßnahme	Handlungsfelder (entsprechend der Kapitel)								verantwortliches Amt	Finanzierung			
											Ämter-budget	Dritt-mittel	Finanzierung (in €) aus separatem Budget (Mittel eingestellt bei OE 18)“	
		1	2	3	4	5	6	7	8				2019	2020
41	Weiterführung von AKZESS		x							Ordnungsamt/Ausländerbehörde	x	_	0	0
42	Durchführung des Projekts JOBLINGE-KOMPASS zur Integration von Geflüchteten auf dem 1. Arbeitsmarkt		x							Referat für Beschäftigungspolitik	x	x	0	0
43	Durchführung des Projekts Frauen in Arbeit (FiA): Fraueninformations- und Beratungszentrum für Migrantinnen zum Themenkreis Arbeitsmarkt-integration und Fachkräfte		x							Referat für Beschäftigungspolitik	x	x	0	0
44	Durchführung eines Projekts zur Integration internationaler Fach- und Führungskräfte in den Arbeitsmarkt durch praxisbezogene Lehre und Forschung		x							Referat für Beschäftigungspolitik	_	x	0	0
45	Projektbegleitung und kommunale Kofinanzierung des Projektes der HWK Leipzig zur Integration von Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund in den 1. Arbeitsmarkt über Ausbildung oder Beschäftigung im Rahmen der Fachkräfteallianz Leipzig		x							Referat für Beschäftigungspolitik	x	x	0	0
46	Etablierung des neuen Koordininierungsgremiums „Integration von Migrant/-innen in Ausbildung und Arbeit“ in Leipzig		x							Referat für Migration und Integration	x	x	0	0
47	Fortführung der Beteiligung am IvAF- Netzwerk, Projekt RESQUE 2.0		x							Referat für Migration und Integration	x	x	0	0
48	Organisation und Durchführung eines jährlichen Fachtages zur Arbeitsmarktintegration von Migrantinnen		x							Referat für Migration und Integration	x	x	0	0
49	Weiterführung und Leitung der AG Arbeit und Ausbildung		x							Referat für Migration und Integration	x	_	0	0
50	Fortführung der Beteiligung am IQ Netzwerk Sachsen im Handlungsschwerpunkt Interkulturelle Qualifizierung / Diversity Management der Arbeitsmarktakteure und Institutionen		x							Referat für Migration und Integration	x	x	0	0
51	Finanzielle und organisatorische Absicherung sowie Beteiligung an der jährlichen Integrationsmesse		x							Referat für Migration und Integration	x	x	0	2.500
52	Aktualisierungen und Übersetzungen „Mein Ordner“		x							Referat für Migration und Integration	x	x	0	3.000
53	Aktualisierung und Neuauflage des Willkommensstadtplans		x							Referat für Migration und Integration	x	x	5.000	0

lfd. Nr.	Maßnahme	Handlungsfelder (entsprechend der Kapitel)								verantwortliches Amt	Finanzierung			
											Ämter-budget	Dritt-mittel	Finanzierung (in €) aus separatem Budget (Mittel eingestellt bei OE 18)“	
		1	2	3	4	5	6	7	8				2019	2020
54	Integrative Sportangebote erhalten bei der Vergabe von kommunalen Sportstätten abhängig von der Verfügbarkeit eine besondere Priorität			x						Amt für Sport	x	_	0	0
55	Umsetzung des Projekts Kultursensible Gesundheitslotsen für Leipzig (KuGeL)			x						Gesundheitsamt	x	x	0	0
56	Laufende Aktualisierung des Verzeichnisses „Leipziger Ärzte, Hebammen, Logopäden mit Fremdsprachenkenntnissen und weitere Beratungsangebote“ in der online-Variante, Aktualisierung und Layout der Broschüre			x						Gesundheitsamt	x	_	0	500
57	Fortführung des Projekts „Meriem trifft Maria“: sexualpädagogisch angeleitete Gesprächsrunde für Frauen mit Fluchthintergrund zu den Themen Frauenbilder, Körperwissen und Familienplanung			x						Gesundheitsamt	x	_	0	0
58	Ausbau der Seite Migration und Gesundheit auf leipzig.de			x						Gesundheitsamt, Referat für Migration und Integration	x	_	0	0
59	Sensibilisierung der SprInt zu geschlechterspezifischen Angeboten, LGBTTIQ, psycho-soziale Themen: 6 Fortbildungstermine			x						Referat für Migration und Integration	x	_	3.000	3.000
60	Weiterführung der Quartiers- bzw. Stadtteilmanagements im Leipziger Osten, in Grünau, Paunsdorf und Schönefeld				x					Amt für Wohnungsbau und Stadterneuerung	x	x	0	0
61	Netzwerkbildung und Koordinierung von Netzwerken in den Stadtteilen für/mit Zielgruppe Migrant/-innen				x					Amt für Wohnungsbau und Stadterneuerung	x	x	0	0
62	Stadtteilorientierte Unterstützungsangebote für die Zielgruppe Migrant/-innen, z.B. „Ankommen im Alltag“ in Schönefeld				x					Amt für Wohnungsbau und Stadterneuerung	x	x	0	0
63	Weiterführung der stadtteilorientierten Migrantenhilfe in Grünau und Paunsdorf				x					Amt für Wohnungsbau und Stadterneuerung, Sozialamt	x	_	0	0
64	Weiterführung des Projekts Koordinierungsstelle Energieberatung des Mosaik Leipzig e. V.				x					Sozialamt, Amt für Wohnungsbau und Stadterneuerung	x	_	0	0
65	Bei der Aktualisierung oder Neu-Gestaltung von Wegeleitsystemen in Verwaltungsgebäuden (durch Umzug oder Umstrukturierung) werden diese mehrsprachig erstellt						x			Amt für Gebäudemanagement	x	_	0	0

lfd. Nr.	Maßnahme	Handlungsfelder (entsprechend der Kapitel)								verantwortliches Amt	Finanzierung			
											Ämter-budget	Dritt-mittel	Finanzierung (in €) aus separatem Budget (Mittel eingestellt bei OE 18)“	
		1	2	3	4	5	6	7	8				2019	2020
66	„Willkommen“s-Schriftzug mehrsprachig in allen Ämtern/Referaten/Eigenbetrieben mit Bürgerkontakt						x			Amt für Gebäudemanagement	x	_	2.000	0
67	Thema Diversity in Führungskräfteklausur verankern						x			Hauptamt, Personalamt	x	_	0	0
68	Durchführung von Fortbildungen für Führungskräfte zur interkulturellen Sensibilisierung						x			Hauptamt, Personalamt	x	_	0	0
69	Prüfung der Anpassung der Entgeltordnung städtischer Museen mit dem Ziel, den Eintritt für Gruppen aus Sprach-, Orientierungs- und Integrationskursen zu einem ermäßigten Bildungspreis zu ermöglichen						x			Kulturamt	x	_	0	0
70	Entwicklung einer Diversifizierungsstrategie für Personal, Ausstellungen, Programm und Publikum des Museums der bildenden Künste						x			Museum der bildenden Künste	x	x	0	0
71	Durchführung mehrsprachiger Führungen						x			Stadtgeschichtliches Museum, Museum der bildenden Künste, GRASSI Museum für Angewandte Kunst	x	_	0	0
72	Gestaltung des Wegeleitsystems in den Museumsgebäuden sowie der Haupttexte in den Ausstellungen zweisprachig deutsch/englisch						x			Stadtgeschichtliches Museum	x	_	0	0
73	Durchführung von Fortbildungen zur Unterstützung der interkulturellen Öffnung der Stadtverwaltung						x			Personalamt	x	_	0	0
74	Schülerpraktika in der Verwaltung ermöglichen mit dem Ziel der Gewinnung von Azubis (auf Anteil Schüler mit Migrationshintergrund achten)						x			Personalamt	x	_	0	0
75	ReferentInnenpool für interkult. Fortbildungen erstellen, v.a. sächsische Expertise in Weiterbildungen nutzen						x			Personalamt	x	_	0	0
76	Im Rahmen des Personalmarketings werden Strategien und Maßnahmen für mehr Vielfalt in der Personalstruktur entwickelt						x			Personalamt	x	_	0	0
77	Die Vermittlung interkultureller Kompetenzen stärker in der Ausbildung verankern						x			Personalamt	x	_	0	0
78	Rahmenbedingungen schaffen, die Vorortbesuche bei Vereinen/Akteuren/Migranten-Communities im Rahmen von Fortbildungen möglich machen						x			Personalamt	x	_	800	800
79	Datenerhebung zum Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund in der Stadtverwaltung im Rahmen der datenschutzrechtlich zulässigen Methoden						x			Personalamt	x	_	0	0

lfd. Nr.	Maßnahme	Handlungsfelder (entsprechend der Kapitel)								verantwortliches Amt	Finanzierung			
											Ämter-budget	Dritt-mittel	Finanzierung (in €) aus separatem Budget (Mittel eingestellt bei OE 18)“	
		1	2	3	4	5	6	7	8				2019	2020
80	Durchführung der Wahl des Migrantenbeirates							x		Amt für Statistik und Wahlen	x	_	10.000	0
81	Herausgabe einer Broschüre zur Arbeit des Stadtrates in einfacher Sprache und in mehreren Fremdsprachen							x		Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters I	x	_	0	0
82	Informationen zum Einbürgerungsverfahren auf leipzig.de zur Verfügung stellen bzw. vorhandenes Material dazu bündeln							x		Ordnungsamt/Ausländerbehörde	x	_	0	0
83	Ergänzung der Seiten unter leipzig.de/migranten um Informationen zu politischen Teilhabemöglichkeiten für Migrant/-innen							x		Referat für Migration und Integration	x	_	0	0
84	Durchführung der migrationspolitischen Stunde des Stadtrates entsprechend Ratsbeschluss VI-A-04714 vom 13.12.2017								x	Büro für Ratsangelegenheiten in Zusammenarbeit mit dem Referat für Migration und Integration	x	_	0	0
85	Prüfung der Aufnahme einer Antidiskriminierungsklausel bei Aufträgen durch die Stadt Leipzig								x	Hauptamt, Rechtsamt, Referat für Migration und Integration	x	_	0	0
86	Entwicklung einer öffentlichkeitswirksamen Kampagne, die die kulturelle, gesellschaftliche und religiöse Vielfalt der Leipziger/-innen darstellt (VI-A-05884-ÄA-03)								x	Referat für Kommunikation (Medienthemen), Referat für Migration und Integration (Fachthemen)	x	_	10.000	10.000
	Summe												60.000	60.000

Durch die Ratsversammlung am 29.01.2020 beschlossene Maßnahmen für den Doppelhaushalt 2021/22 (siehe auch Beschlussausfertigung im Anhang 4)

lfd. Nr.	Maßnahme	Handlungsfelder (entsprechend der Kapitel)								verantwortliches Amt	Finanzierung			
											Ämter-budget	Dritt-mittel	Finanzierung (in €) aus separatem Budget (Mittel eingestellt bei OE 18)“	
		1	2	3	4	5	6	7	8				2019	2020
1	Unterstützung und Stabilisierung des Vereins „Clearingstelle und Anonymisierter Behandlungsschein Leipzig” (CABL e. V.) im Doppelhaushalt 2021/22			x						Sozialamt	o.A	o.A	o.A	o.A
2	Weiterführung und Stärkung der Kontaktstelle Wohnen durch Förderung des Sozialamtes im Doppelhaushalt 2021/22				x					Sozialamt	o.A	o.A	o.A	o.A
3	Prüfung der Etablierung von Formaten der politischen Bildung in Gemeinschaftsunterkünften durch die VHS (in Kooperation mit dem Migrantenbeirat)							x		Volkshochschule, Sozialamt	o.A	o.A	o.A	o.A

Anhang 2
Teilnehmende an den Workshops und inhaltliche Schwerpunkte

Workshop zum Handlungsfeld 1 Bildung und Erziehung am 23.01.2018

Teilnehmende Institutionen:
Berlitz Leipzig / Bundesamt für Migration und Flüchtlinge / Deutsches Rotes Kreuz, Kreisverband Leipzig-Stadt e. V. / Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Stadtrat Leipzig / Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Leipzig / Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig / Internationaler Bund / Johanniter-Unfall-Hilfe e. V., Bildungsinstitut Mitteldeutschland / Kindertagesstätte Eisenbahnstraße / Kompetenzzentrum Sprachliche Bildung / Landesamt für Schule und Bildung / Language Coach Institute / Leibniz-Gymnasium / Leipzig-Kolleg / MEPa e. V. / Migrantenbeirat / Mosaik Leipzig e. V. / Produktionsschule Schauplatz gGmbH / Soziokulturelles Stadtteilzentrum Mühlstraße 14 e. V. / Soziokulturelles Zentrum „DIE VILLA" / Stadt Leipzig: Amt für Jugend, Familie und Bildung, Referat für Gleichstellung von Mann und Frau, Referat für Migration und Integration, Referat Wissenspolitik, Sozialamt (Abteilung Migrantenhilfe), Volkshochschule Leipzig / Studentenwerk Leipzig (Sozialberatung) / Union of Scientists Albert Einstein / Universität Leipzig (Akademisches Auslandsamt) / Universität Leipzig (Welcome Centre) / Upgrade e. V. / Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e. V.

Inhaltliche Schwerpunkte:
» Begleitung und Angebote für Kinder und Jugendliche vorhalten, die als Quereinsteiger und/oder mit geringen Bildungsvoraussetzungen ins deutsche Bildungssystem kommen (Möglichkeit Schulabschluss nachzuholen, Nachhilfe),
» Migrationssensible Information über Angebote im Bildungs- und Erziehungsbereich und letztere so gestalten, dass sie auch für zugewanderte Eltern und Kinder attraktiv sind
» Ausbau der präventiven Hilfen wie Angebote der Eltern-/Familienbildung und der Erziehungsberatung und Abbau der Zugangsbarrieren für Migrantinnen und Migranten
» Absicherung der Kinderbetreuung
» Erhöhung der frühkindlichen Bildungsbeteiligung von Kindern mit Migrationshintergrund, Übergänge Kita – Schule/Hort erfolgreich gestalten
» Einsatz der Sprach- und Integrationsmittler im Kita- und Hortbereich
» Schulsozialarbeit als ein Mittel zur Integrationsförderung und zur Sicherung des Schulerfolgs
» Schließung von Lücken in der Förderung des Deutschlernens
» Ausbau der Kinderbetreuungskapazitäten für Besucher/-innen von Deutschsprachkursen
» Abbau von Hürden, die internationale Studierende daran hindern, ein Studium aufzunehmen und erfolgreich abzuschließen

Workshop zum Handlungsfeld 2 Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung am 06.03.2018

Teilnehmende Institutionen:
ARBEIT UND LEBEN Sachsen e. V. / Arbeitsagentur Leipzig / Arbeitsladen Plus / Bundesagentur für Arbeit / DAA/Projekt RESQUE / DPFA DRK Leipzig / Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Leipzig / IHK zu Leipzig / Internationaler Bund Leipzig / IQ-Netzwerk Sachsen / Jobcenter Leipzig / Jobpoint Basic / Johanniter Akademie / Johanniter-Unfall-Hilfe e. V./ Klinikum St. Georg / Kommunaler Eigenbetrieb Engelsdorf / Language Coach Institute / Lecos GmbH / Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft mbH / Leipzig-Kolleg / Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH / Netzwerk Integration – Migrant/-innen in Leipzig / Stadt Leipzig: Amt für Jugend, Familie und Bildung, Amt für Wirtschaftsförderung, Ausländerbehörde Leipzig, Referat Beauftragte für Senioren und Menschen mit Behinderungen, Personalamt, Referat für Beschäftigungspolitik, Referat für Migration und Integration, Sozialamt, Stadtplanungsamt / Städtische Altenpflegeheime Leipzig gGmbH / TÜV Rheinland Akademie / Verband binationaler Familien und Partnerschaften e. V. / Zoo Leipzig

Inhaltliche Schwerpunkte:
» Sprachliche Voraussetzungen für erfolgreichen Ausbildungsabschluss sichern, v.a. auch schriftlich, berufsbezogene Deutschsprachförderung für Auszubildende ausbauen
» Verbesserung der Deutschkenntnisse auch parallel zu Ausbildung und Arbeit ermöglichen
» Zugang zu finanzieller und fachlicher Unterstützung vor und während der Ausbildung
» Sensibilisierung der Berufsschullehrer für die unterschiedlichen Lebenslagen
» städtische "Vorbildfunktion" bei der Ausbildung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund
» Informationsaustausch zwischen den beteiligten Akteuren zur zielgerichteten Beratung/Betreuung der Azubis (Beratungsstellen, Lehrer, Betrieb etc.)
» Ermittlung berufsbezogener, einsatzbefähigender Qualifikationen
» Möglichkeiten der Qualifizierung für Erwachsene mit unterbrochener Bildungsbiographie bzw. ohne formale Abschlüsse
» Übergang Integrationskurs – Arbeitsaufnahme bzw. weitere berufliche Perspektive
» Passgenaue Zusteuerung in arbeitsmarktpolitische Maßnahmen / Vermeidung von „Maßnahmekarrieren"
» Kombimodelle Deutschförderung und Arbeitsmarktinstrumente mit sozialpädagogischer Betreuung
» Wann ist der richtige Zeitpunkt zum Einstieg in Arbeit – sofort oder erst nach einer Qualifizierung?
» Assistierte Vermittlung und Begleitung zur Aufnahme bzw. Fortführung einer Ausbildung oder Beschäftigung
» Informationen über Wege der Zuwanderung von Fachkräften aus dem Ausland bei Arbeitsmarktakteuren, insbesondere KMU häufig nicht vorhanden
» „Stärken stärken – Perspektive" statt „Defizitperspektive"
» Einzelne Unternehmen als gute Beispiele präsentieren (die ausbilden, Tariflohn zahlen)
» Arbeitgeberbetreuung ausbauen
» Leitstelle/ Servicestelle Vielfalt für KMU Vorort
» Entwicklungsperspektiven aufzeigen – Karrierechancen

Workshop zum Handlungsfeld 3: Gesundheitsversorgung und Gesundheitsförderung am 28.08.2017

Teilnehmende Institutionen:
AK Schwangerenberatungsstellen / Das Boot gGmbH Sozialpsychiatrisches Zentrum / DRK Kreisverband Leipzig-Stadt e. V. / Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Stadtrat Leipzig /Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Leipzig / Frauenkultur, Projekte Mio und FiA / IKK Classic / Internationaler Bund Leipzig gGmbH / Medinetz Leipzig / Migrantenbeirat / Mosaik Leipzig e. V. (Psychosoziales Zentrum) / Pandechaion-Herberge e. V. / Rosalinde Leipzig e. V. (Queer Refugee Network) / Stadt Leipzig: Amt für Jugend, Familie und Bildung (Kommunaler Bildungskoordinator), Gesundheitsamt, Referat für Gleichstellung von Mann und Frau, Referat für Migration und Integration, Sozialamt, Stadtplanungsamt / Uniklinikum Leipzig (Notaufnahme) / Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e. V.

Inhaltliche Schwerpunkte:
» Abbau von Zugangsbarrieren, die eine Inanspruchnahme der Angebote der Gesundheitsförderung und -versorgung durch Migrantinnen und Migranten erschweren bzw. verhindern
» Rolle der Sprache bzw. der Verständigung, Notwendigkeit der qualifizierten Sprachmittlung
» Angebote für besonders benachteiligte Gruppen wie Menschen mit Behinderungen, Personen ohne einen regulären Aufenthalt, nicht-krankenversicherte EU-Bürger und Menschen mit Suchterkrankungen sowie bildungsferne Familien
» Ausbau der Angebote zur klinischen und ambulanten psychiatrischen und psychosozialen Versorgung von Migrant/-innen
» bessere Vernetzung der Akteure (Ämter, Ärzte, Krankenhäuser, Krankenkassen) bezüglich der gesundheitlichen Versorgung von Migrant/-innen als auch stärkere Zusammenarbeit des medizinischen Fachpersonals mit Trägern der Migrantenarbeit

Workshop zum Handlungsfeld 4: Sozialräumliche Integration am 24.05.2017

Teilnehmende Institutionen:
Bürogemeinschaft Gauly & Volgmann (bgh.) / Deutsch-Spanische Freundschaft e. V. / DRK Kreisverband Leipzig-Stadt e. V. / Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft mbH / Magistralenmanagement Georg-Schwarz-Straße / Quartiersmanagement Grünau / Quartiersmanagement Leipziger Osten / Stadt Leipzig (Amt für Jugend, Familie und Bildung), Sozialamt (Migrantenhilfe), Amt für Wohnungsbau und Stadterneuerung, Referat für Migration und Integration / Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e. V. / Verein Migration-Entwicklung-Partizipation MEPa e. V. / Zusammen e. V./Kontaktstelle Wohnen

Inhaltliche Schwerpunkte:
» Soziale Segregation
» Fehlender günstiger Wohnraum
» bedarfsgerechte soziale Infrastruktur in den Sozialräumen
» erfolgreiche, zeitlich begrenzte Angebote verstetigen
» Vernetzung und Bekanntmachung der Angebote wichtig, dabei kommt den Stadtteilmanagements und den Integrationskoordinatoren eine besondere Bedeutung zu
» Bildungsorte sind auch Orte der Integration, ihre Öffnung in den Sozialraum unter Berücksichtigung der ethnischen und kulturellen Vielfalt soll weiterhin im Fokus bleiben
» Zusammenarbeit der Institutionen und Angebotsträger mit Vereinen und Initiativen der Migrantinnen und Migranten in den Sozialräumen
» Möglichkeiten der Unterstützung des Engagements von Migrantenorganisationen und interkulturell arbeitenden Vereinen sowie des bürgerschaftlichen Engagements im Allgemeinen (Stärkung Ehrenamt durch Hauptamt)
» Kulururelle Angebote ermöglichen ein positives Erleben von Vielfalt und machen verschiedene kulturelle und religiöse Hintergründe sichtbar
» ämterübergreifende sozialraumbezogene Zusammenarbeit einschließlich der Verzahnung gesamtstädtischer und stadtteilbezogener Strategien und Programme
» Potential der Nutzung von Förderprogrammen für die Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts

Workshop zum Handlungsfeld 5: Interkultureller und interreligiöser Dialog am 07.06.2017

Teilnehmende Institutionen:
Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Leipzig / GRASSI Museum Leipzig / Internationale Frauen Leipzig e. V. / Internationaler Bund JMD (FSA Landessportbund Sachsen e. V.) / Netzwerk Integration – Migrant/-innen in Leipzig e. V. / Soziokulturelles Zentrum „DIE VILLA", Projekt Lernpaten / Stadt Leipzig: Amt für Jugend, Familie und Bildung, Amt für Sport, Dezernat Kultur, Kulturamt, Leipziger Städtische Bibliotheken, Referat für Migration und Integration, Stadtplanungsamt / Theater der Jungen Welt Leipzig / Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e. V.

Inhaltliche Schwerpunkte:
» Nebeneinander einer Vielzahl unterschiedlicher Lebensentwürfe, sozialer, religiöser und ethnischer Prägungen – Begegnung und Dialog sind wichtig
» gegenseitiger Respekt, Toleranz und Akzeptanz als Basis des interkulturellen und interreligiösen Dialogs
» Zugänge zu kulturellen Angeboten ermöglichen
» zur Ausgestaltung des interkulturellen und interreligiösen Dialogs gehören die Interkulturellen Wochen, der Interreligiöse Runde Tisch sowie die Umsetzung der Strategie „Leipzig. Ort der Vielfalt."
» Unterstützungsmöglichkeiten für Projekte und Initiativen, die eine Auseinandersetzung mit verschiedenen Identitäten zum Inhalt haben
» Vernetzung zwischen interkulturellen und Migrant/-innenvereinen mit Kultur- und Bildungseinrichtungen der Stadt

Workshop zum Handlungsfeld 6: Interkulturelle Orientierung und Öffnung am 09.04.2018

Teilnehmende Institutionen:
Antidiskriminierungsbüro Sachsen / Caritas (Ökumenische Flüchtlingshilfe) / DER PARITÄTISCHE, Regionalleitung / Eigenbetrieb Stadtreinigung / Freiwilligen Agentur / Grassimuseum für Angewandte Kunst / Johanniter Akademie / Patenschaftsprogramm / Migrantenbeirat der Stadt Leipzig / Mosaik Leipzig e. V. / Netzwerk Integration – Migrant/-innen in Leipzig / RAA Leipzig e. V. / Sagart e. V. / Soziokulturelles Zentrum „Die Villa" / Soziokulturelles Stadtteilzentrum Mühlstraße 14 e. V. / Stadt Leipzig: Amt für Familie, Jugend und Bildung (Bildungskoordinatoren, Jugendpflege), Amt für Wohnungsbau und Stadterneuerung, Amt für Statistik und Wahlen, Bürgeramt, Gesundheitsamt, Kulturamt, Leipziger Städtische Bibliotheken, Personalamt, Referat für Gleichstellung von Mann und Frau, Referat für Internationale Zusammenarbeit, Referat für Migration und Integration, Referat Wissenspolitik, Sozialamt (Abteilung Migrantenhilfe), Volkshochschule, Referat für Beschäftigung / Stadtgeschichtliches Museum

Inhaltliche Schwerpunkte:
» Zugängliche Informationen, zielgruppengerechte Bekanntmachung städtischer Angebote (mehrere Sprachen, einfache Sprache)
» Interkulturelle Sensibilität und Handlungskompetenz in allen Bereichen der Stadtverwaltung voranbringen
» Sprachkenntnisse von Verwaltungsmitarbeiter/-innen verbessern
» Qualifizierte Sprachmittlung ermöglichen und ausbauen
» Integrationsangebote koordinieren und vernetzen
» Verständnis und Umsetzung des Diversity-Ansatzes
» Verwaltung als Arbeitgeberin für Migrant/-innen attraktiver machen
» Vorbildwirkung bei der Gewinnung von Personal(-Nachwuchs) nutzen
» Mehr Beteiligung von Migrant/-innen bei Veranstaltungen und Angeboten erreichen
» inter- und transkulturelle Projekte durchführen, erfolgreiche Projektansätze verstetigen
» Datenbasis zu Menschen mit Migrationshintergrund verbessern
» Zusammenarbeit mit Migrantenorganisationen

Workshop zum Handlungsfeld 7: Politische Teilhabe am 29.03.2017

Teilnehmende Institutionen:
Deutsch-Spanische Freundschaft e. V. / DPFA / DRK Kreisverband / Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Stadtrat Leipzig / Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Leipzig / Initiativkreis Menschen.würdig / Internationale Frauen Leipzig e. V. / Internationaler Bund Leipzig / MEPA e. V. (Projekt samo.fa) / Migrantenbeirat / Mosaik Leipzig e. V. / Netzwerk Integration – Migrant/-innen in Leipzig e. V. / Stadt Leipzig: Amt für Jugend, Familie und Bildung (Fachstelle Extremismus und Gewaltprävention), Amt für Wohnungsbau und Stadterneuerung, Dezernat Allgemeine Verwaltung, Ordnungsamt (Ausländerbehörde), Referat Beauftragte für Senioren und Menschen mit Behinderungen, Referat für Gleichstellung von Mann und Frau, Referat für Migration und Integration, Stadtplanungsamt

Inhaltliche Schwerpunkte:
» Beteiligung der Migrantinnen und Migranten und ihrer Organisationen an den sie betreffenden Entscheidungen
» Voraussetzungen für eine politische Teilhabe schaffen: Förderung der Einbürgerung, demokratische Bildung, Kenntnis gesellschaftlicher und politischer Strukturen und der Beteiligungsmöglichkeiten
» bürgerschaftliche Engagement von Migrantinnen und Migranten fördern
» Bestreben, dass Zugewanderte stärker an städtischen Beteiligungsverfahren und -veranstaltungen teilnehmen und ihre spezifischen Sichtweisen und Belange zum Ausdruck bringen

Workshop zum Handlungsfeld 8: Bekämpfung von Diskriminierung und Rassismus am 24.04.2017

Teilnehmende Institutionen:
Antidiskriminierungsbüro Sachsen e. V. / Deutsch-Spanische Freundschaft e. V. / DRK Kreisverband Leipzig Stadt e. V. / Engagierte Wissenschaft e. V. (AG Postkolonial) / Entwicklungspolitisches Netzwerk Sachsen e. V. / Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Stadtrat Leipzig / Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Leipzig / Initiativkreis Menschen.würdig / MEPA e. V. (Projekt samo.fa) / Migrantenbeirat der Stadt Leipzig / Mosaik Leipzig e. V. / Netzwerk Integration – Migrant/-innen in Leipzig e. V. / RAA Leipzig e. V. (Opferberatung) / Stadt Leipzig: Ordnungsamt (Fachstelle Kriminalprävention), Personalamt, Referat für Migration und Integration, Stadtplanungsamt / Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e. V. / Zusammen e. V. / Kontaktstelle Wohnen

Inhaltliche Schwerpunkte:
» Bekämpfung von Rassismus und Diskriminierung insbesondere auf dem Wohnungsmarkt
» Informations-, Beratungs- und Unterstützungsangebote für Betroffene von Diskriminierung erhalten und stärken
» Bildungs- und Aufklärungsarbeit, um verschiedene Formen von Diskriminierung und Rassismus zu erkennen und ihnen entgegen zu treten
» die Mitgliedschaft in der Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus und die Unterzeichnung der Charta der Vielfalt mit Leben erfüllen

Anhang 3
Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen

Abbildung 1: Handlungsfelder der Integration in Leipzig 6
Abbildung 2: Leipziger/-innen mit Migrationshintergrund 8
Abbildung 3: Abfolge der konzeptbezogenen Beschlüsse 9
Abbildung 4: Veranschaulichung des Merkmals „Migrationshintergrund" 13
Abbildung 5: Kinder mit Migrationshintergrund in Leipziger Kitas 16
Abbildung 6: DaZ-Klassen in Leipzig 19
Abbildung 7: höchster beruflicher Abschluss Leipziger Migrant/-innen 23
Abbildung 8: SprInt-Einsätze im Auftrag des Gesundheitsamtes 33
Abbildung 9: Verteilung der Einwohner/-innen mit Migrationshintergrund auf die Ortsteile 41
Abbildung 10: Qualität der Kontakte zwischen Leipzigern mit und ohne Migrationshintergrund 49
Abbildung 11: Finanzierung des SprInt-Dienstes 53
Abbildung 12: Verständigungsschwierigkeiten in der Stadtverwaltung und Nutzung des SprInt-Dienstes 54

Tabelle 1: Anteil der befragten Migrant/-innen in Leipziger Sportvereinen nach Wohndauer in Deutschland 36
Tabelle 2: Ortsteile mit den höchsten und niedrigsten Migrantenanteilen 42
Tabelle 3: Vorlagen und Anträge, die der Migrantenbeirat behandelt bzw. selbst eingebracht hat 63
Tabelle 4: Anzahl der Einbürgerungen in Leipzig 64
Tabelle 5: Veranstalter und Veranstaltungen im Rahmen der Internationalen Wochen gegen Rassismus 67
Tabelle 6: teilnehmende Leipziger Schulen am Wettbewerb Schule der Toleranz 69

Anhang 4
Beschluss der Ratsversammlung vom 29.01.2020

(Fortsetzung der Sitzung vom 22.01.2020)

Vorlage VI-DS-08033-NF-02

Eingereicht von: Dezernat Allgemeine Verwaltung

18.12 Fortschreibung des Gesamtkonzepts zur Integration der Migrantinnen und Migranten in Leipzig

Status: öffentlich

Beschluss:

1. Die Ratsversammlung beschließt das fortgeschriebene Gesamtkonzept zur Integration der Migrantinnen und Migranten in Leipzig (entsprechend Anlage 2).
2. Parallel zur Planung jedes Doppelhaushaltes wird der Maßnahmenkatalog des vorliegenden Gesamtkonzepts aktualisiert, fortgeschrieben und ergänzt.
   Die Stadtverwaltung erstattet dem Stadtrat (mit FA Allgemeine Verwaltung und Migrantenbeirat), sowie dem Sachverständigengremium Bürgerbeteiligung mindestens einmal im Jahr Bericht über den aktuellen Umsetzungsstand des Konzeptes und der Maßnahmen. Mit der Erstberichterstattung im Jahr 2021 erfolgt die Vorlage eines Evaluations- und Fortschreibungsplans.
3. Zur Umsetzung des Gesamtkonzepts zur Integration der Migrantinnen und Migranten sind im Rahmen der diesjährigen Haushaltsplanung mindestens je 90.000,00 EUR für die HH-Jahre 2021 und 2022 einzustellen.
4. Im Jahr 2020 werden zu den bereits genannten 60.000 Euro weitere 20.000 Euro als unterjähriger finanzieller Puffer bereitgestellt. Um eine Umverteilung anderer bereits fachlich geplanter und gebundener Mittel zu vermeiden, sollen die zur Umsetzung des Antrages notwendigen Haushaltsmittel dem Dezernat zusätzlich zur Verfügung gestellt werden.
5. In der Vorlage werden in den jeweiligen Handlungsfeldern folgende Maßnahmen ergänzt:

   Handlungsfeld 3. Gesundheitversorgung und Gesundheitsförderung
   - weitere Unterstützung und Stabilisierung des Vereins „Clearingstelle und Anonymisierter Behandlungsschein Leipzig" (CABL e. V.) im Doppelhaushalt 2021/22

   Handlungsfeld 4. Sozialräumliche Integration
   - Weiterführung und Stärkung der Kontaktstelle Wohnen durch Förderung des Sozialamtes im Doppelhaushalt 2021/22

   Handlungsfeld 7. Politische Teilhabe
   - Prüfung der Etablierung von weiteren Formaten der politischen Bildung in Gemeinschaftsunterkünften durch die VHS (in Kooperation mit dem Sozialamt und dem Migrantenbeirat)

Abstimmungsergebnis: 40/7/7

Protokollnotiz:
Herr Weber meldet Befangenheit nach § 20 SächsGemO zur Vorlage an.
Er nimmt nicht an der Diskussion und Beschlussfasssung teil.

Impressum

Herausgeber
Stadt Leipzig
Der Oberbürgermeiser
Dezernat Allgemeine Verwaltung
Referat für Migration und Integration

V.i.S.d.P.: Manuela Andrich

Redaktion: Judith Jonas-Kamil

Redaktionsschluss: 31.01.2019

Gestaltung | Satz | Produktion
LARJ LEVEL, Leipzig
www.larjlevel.com

Anschrift
Stadt Leipzig, Der Oberbürgermeister
Referat für Migration und Integration
04092 Leipzig

E-Mail: migration.integration@leipzig.de
Internet: www.leipzig.de/migranten

Bildnachweise
Titelbilder – Tom Thiele und Unsplash
S. 5, 10, 12, 17, 19, 21, 23, 25, 26, 27, 29, 32, 35, 37, 40, 43, 51, 52, 62, 64, 66, 68 – Unsplash
S. 14, 34, 38, 44, 46, 48, 59 – iStock / S. 56, 57 – LARJ LEVEL, Leipzig / S. 4, 71 – Stadt Leipzig